

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

22. JAHRGANG

AUGUST 1969

8

INHALT

Seite

Soziale Struktur der Arbeiter und Angestellten im Oktober 1966	185
Schichtung der Einkünfte natürlicher Personen	190
Vermögensformen der privaten Haushalte im Januar 1969	193
Die wirtschaftliche Leistung des produzierenden Gewerbes 1950 bis 1968	195
Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im Jahre 1968	202
Ernteaussichten für 1969	204
Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz	57*
Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes	63*



HERAUSGEBER
STATISTISCHES LANDESAMT RHEINLAND-PFALZ BAD EMS

In Kürze erscheint

Band 191 der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz

STRUKTUR DER LANDWIRTSCHAFTLICHEN BETRIEBE IN RHEINLAND - PFALZ IM JAHRE 1966

Umfang ca. 200 Seiten, Format DIN A 4, Karton, Preis ca. DM 12,-

Nach dem EWG-Weinbaukataster war die EWG-Strukturerhebung in der Landwirtschaft 1966/67 die zweite große statistische Erhebung auf dem Agrarsektor innerhalb der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Der in Kürze erscheinende Band 191 der Reihe Statistik von Rheinland-Pfalz gibt in ausführlicher Form eine Darstellung der Ergebnisse dieser Repräsentativerhebung für das Land und die Regierungsbezirke. Der umfangreiche Tabellenteil bringt für die landwirtschaftlichen Betriebe detaillierte Angaben über

wirtschaftliche Integration

Besitzformen

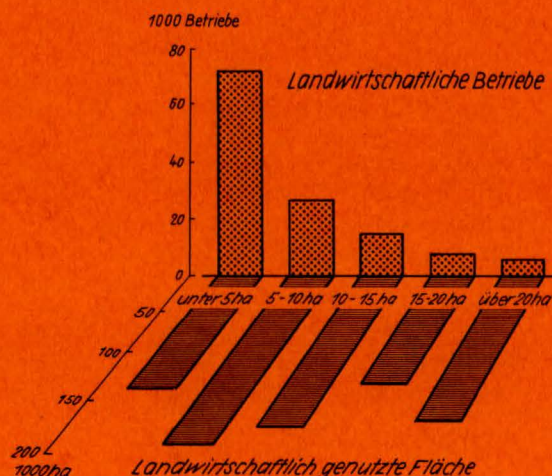
Bodennutzung

Viehbestand

Maschinenverwendung

Arbeitskräfte

und ausgewählte Strukturdaten.



Ein den Tabellen vorangestellter Textteil mit einer großen Zahl von Schaubildern und Textübersichten enthält Ausführungen über die methodischen Grundlagen der Erhebung sowie eine Kommentierung der wichtigsten Ergebnisse.

In Anbetracht der jüngsten agrarpolitischen Diskussionen in der Bundesrepublik und im EWG-Raum ist diese Veröffentlichung von Zahlenmaterial über die strukturelle Lage der rheinland-pfälzischen Betriebe von besonderer Aktualität.

Zeichenerklärungen

— = nichts vorhanden

0 = mehr als nichts, aber weniger als die Hälfte der kleinsten dargestellten Einheit

. = kein Nachweis vorhanden / Angabe aus Gründen der Geheimhaltung nicht möglich

.. = Angabe sachlogisch nicht möglich

... = Angabe fällt später an

Ø = Durchschnitt

p = vorläufige Angabe

r = berichtigte Angabe

s = geschätzte Angabe

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ

Jg. 1 - 8, 1948 - 1955 u.d. Titel: Wirtschaftszahlen Rheinland - Pfalz

Jg. 9 - 10, 1956 - 1957 u.d. Titel: Zahlenspiegel Rheinland - Pfalz

Bezugspreis: Einzelheft DM 2,-; Jahresabonnement DM 20,-; zuzüglich Zustellgebühr.

Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland - Pfalz, 5427 Bad Ems, Mainzer Str. 15/16, oder durch den Buchhandel.

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet

STATISTISCHE MONATSHEFTE

RHEINLAND-PFALZ

22. Jahrgang

Heft 8

August 1969

Soziale Struktur der Arbeiter und Angestellten im Oktober 1966

Ergebnisse der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft
und im Dienstleistungsbereich

Die Dritte Verordnung über die Durchführung einer Sondererhebung zur Lohnstatistik vom 25. Juni 1966 ordnete in Verbindung mit dem Gesetz über die Lohnstatistik vom 18. Mai 1956 eine Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in der gewerblichen Wirtschaft und im Dienstleistungsbereich für den Oktober 1966 an. Seit der letzten entsprechenden Erhebung waren vier Jahre vergangen. Mit der neuen Befragung wurden zugleich Anforderungen der EWG abgedeckt (Verordnung Nr. 188/64 des Rates der EWG vom 12. Dezember 1964), so daß eine eigene Erhebung für EWG-Zwecke vermieden werden konnte. Da in den übrigen Mitgliedstaaten die Trennung zwischen Industrie und Handwerk unbekannt ist, mußten bei der deutschen Erhebung der Vergleichbarkeit halber erstmals auch einige Handwerkszweige einbezogen werden.

Ebenso wie die Erhebungen in den Jahren 1957 und 1962 will die Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966 Aufschluß über bestimmte Merkmale geben, die sich durch das bei den laufenden Erhebungen angewandte Lohnsummenverfahren nicht feststellen lassen. Deshalb werden bei den Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen im Individualzählverfahren die Arbeitsverdienste und die Arbeitszeiten - letztere nur für Lohnempfänger - für einzelne ausgewählte Arbeitnehmer festgestellt, wodurch eine Gliederung der Arbeitnehmer unter soziologischen Gesichtspunkten sowie nach Verdienstgruppen, Beschäftigungsarten und weiteren Strukturmerkmalen möglich wird. Da die einmaligen Zahlungen, welche im Laufe eines Jahres den Lohn- und Gehaltsempfängern zufließen, insbesondere in Zeiten einer ansteigenden Konjunktur, in ihrer Bedeutung stark ins Gewicht fallen, wurden mittels einer nachträglichen Befragung nach der Jahreswende 1966 zum ersten Male Angaben über den Bruttojahresverdienst erfragt, wobei auf die Weihnachtsg Gratifikationen besonderes Gewicht gelegt wurde.

Die Erhebung wurde mit einem in Rheinland-Pfalz angestrebten durchschnittlichen Auswahlsatz von 7,5% der Arbeitnehmer im Stichprobenverfahren durchgeführt. Es handelte sich dabei um eine zweistufige Auswahl. Das bedeutet, daß zunächst nur ein Teil der Betriebe zur Erhebung herangezogen

gen und die dort Beschäftigten wiederum nur zu einem bestimmten Prozentsatz über die Anfangsbuchstaben der Familiennamen erfaßt worden sind. Um die Ergebnisse zu verbessern, wurden, abweichend von dem Verfahren der vorangegangenen Erhebungen, je nach der Besetzung der Betriebsgrößenklassen mit Betrieben in den einzelnen Wirtschaftszweigen unterschiedliche Auswahlabstände bei der Auswahl der Betriebe und unterschiedliche Buchstabenkombinationen bei der Auswahl der Arbeitnehmer vorgegeben. Tiefer gegliederte Ergebnisse können auf Landesebene nur aus den stärker besetzten Wirtschaftsbereichen zur Veröffentlichung kommen. Im Anschluß an diese Darstellung der sozialen Struktur der Arbeitnehmer werden zu gegebener Zeit noch je eine Analyse der Verdienst- und Arbeitszeitstruktur der Arbeiter und der Verdienststruktur der Angestellten folgen.

1. Arbeiter

Das Unterscheidungsmerkmal zwischen Arbeitern und Angestellten war bei der Gehalts- und Lohnstrukturerhebung 1966, ebenso wie bei früheren Erhebungen und bei den laufenden Verdienststatistiken, die Art der Sozialversicherung: arbeiterrenten- bzw. angestelltenrentenversichert, wobei als Angestellte auch die Personen zählten, deren Gehaltsbezüge die Versicherungspflichtgrenze überschritten bzw. die unter besondere Befreiungsvorschriften fielen. Es war gleichgültig, ob die erfaßten Personen unmittelbar in der Produktion tätig waren oder nicht.

a. Leistungsgruppen: Die im folgenden verwendeten Leistungsgruppen 1, 2 und 3 können vereinfachend mit den Begriffen Facharbeiter, angelernter Arbeiter und Hilfsarbeiter gleichgesetzt werden. In dieser Gliederung ergaben sich für die Arbeiter innerhalb der Wirtschaftsbereiche im Vergleich zu der 1962er Erhebung Verschiebungen der Anteile an der Gesamtzahl der Arbeiter des jeweiligen Bereichs, welche sich allerdings in der Zusammenfassung aller erfaßten Industriezweige kaum bemerkbar machten. Anders dagegen war die Situation bei den Arbeiterinnen. Dort ist gegenüber 1962 eine stärkere Verdichtung der Leistungsgruppe 2 festzustellen. Für den Zeitraum von 1957 bis 1962

Leistungsgruppe	Arbeiter					Arbeiterinnen		
	insgesamt	Energie- wirtschaft	Verarbeitende Industrie		Bau- gewerbe	insgesamt	Verarbeitende Industrie	
			zusammen	Chemische Industrie			zusammen	Chemische Industrie
	%							
Oktober 1962								
Leistungsgruppe 1	51,6	76,0	46,7	42,9	63,5	9,8	9,8	0,6
Leistungsgruppe 2	34,2	19,1	41,3	53,4	16,4	40,1	39,8	36,4
Leistungsgruppe 3	14,2	4,9	12,0	3,7	20,1	50,1	50,4	63,0
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
Oktober 1966								
Leistungsgruppe 1	50,1	80,8	48,3	47,7	62,7	8,1	8,1	4,2
Leistungsgruppe 2	35,5	17,2	37,5	49,1	16,5	42,6	42,6	40,9
Leistungsgruppe 3	14,4	2,0	14,2	(3,2)	20,8	49,3	49,3	54,9
I n s g e s a m t	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

war eine ähnliche Entwicklung zu beobachten, jedoch muß einschränkend dazu gesagt werden, daß die bei der Veröffentlichung der Ergebnisse aus der Erhebung von 1962 geäußerten Bedenken auch jetzt noch zutreffen: Zwar stellt die fortschreitende Rationalisierung in den Betrieben höhere qualitative Ansprüche an die Beschäftigten, so daß zumindest die angelernten Kräfte zwangsläufig künftig immer stärker vertreten sein werden; es ist aber auch zu bedenken, daß insbesondere bei den Betrieben nicht immer die geforderte exakte Eingliederung der Beschäftigten nach Leistungsgruppen vorgenommen wird. Leider ist es nicht möglich, die Wirkung dieser beiden Komponenten zu quantifizieren.

Rund die Hälfte der in der Industrie erfaßten Arbeiter wurden als Facharbeiter in der Leistungsgruppe 1 nachgewiesen, fast 36% waren Angelernte und etwas über 14% Hilfsarbeiter. Diese Prozentsätze entsprechen etwa den für das Jahr 1962 ermittelten Werten, nur hat der Anteil der Angelernten geringfügig zugenommen. Auf die Leistungsgruppe 3 (Hilfskräfte) entfiel etwa die Hälfte der Arbeiterinnen, rund 43% gehörten zu den Angelernten und nur 8% waren der Gruppe 1 (Fachkräfte) zuzuordnen.

Sehr unterschiedlich zeigte sich jedoch die Besetzung der Leistungsgruppen in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Am stärksten mit etwa 81% waren die Facharbeiter in der Energiewirtschaft (hier und im folgenden einschließlich Wasserversorgung und Bergbau) vertreten. Dort machten die Hilfsarbeiter nur 2% und die Angelernten rund 17% aus. Geringer als im Durchschnitt für die gesamte Industrie waren Facharbeiter in der verarbeitenden Industrie und besonders in der chemischen Industrie vorhanden. Ihr Anteil erreichte dort etwa 48%, dafür lag der Anteil der Angelernten wiederum wesentlich höher, nämlich bei über 37 bzw. 49%. Die Hilfsarbeiter kamen dagegen in der verarbeitenden Industrie auf über 14%, in der chemischen Industrie nur auf etwas mehr als 3%. Diese Werte haben sich gegenüber 1962 nur wenig verschoben. Wesentlich geringer stellte sich indessen der Anteil der Angelernten im Baugewerbe. Hier überwogen mit rund 63%

die Facharbeiter, und die Hilfsarbeiter überschritten mit etwa 21% weit den für alle Wirtschaftsabteilungen errechneten Durchschnitt.

Die erfaßten Arbeiterinnen waren fast ausschließlich in der verarbeitenden Industrie beschäftigt. Der Anteil der Angelernten hat sich dort seit 1962 von rund 39% auf 43% erhöht, während sich die obere und die untere Leistungsgruppe entsprechend verringerten. In der chemischen Industrie verschob sich dagegen die Beschäftigung von der untersten Stufe in die beiden oberen nicht unbeträchtlich.

b. L o h n f o r m e n : Die 1966er Erhebung unterscheidet, ebenso wie die vorangegangenen, drei Lohnformen, nämlich Zeitlohn, Leistungslohn und Mischlohn. Diese Einteilung ermöglichte den Betrieben eine eindeutige Zuordnung. Unter Zeitlohn ist die Vergütung zu betrachten, welche für Arbeiter im Stundenlohn gezahlt wird, als Leistungslöhner gelten die ausgesprochenen Akkordarbeiter und Mischlöhner sind solche, die teils im Stundenlohn, teils im Akkordlohn arbeiten.

Der Zeitlohn ist auch nach den Ergebnissen der Lohnstrukturhebung 1966 die häufigste Lohnform geblieben. Sein Anteil war 1966 mit fast 72% sogar wesentlich höher als 1962 mit knapp 60%. Der damals beobachtete Trend zum Leistungs- und Mischlohn hat sich demnach nicht durchgesetzt, denn die Anteile der beiden anderen Lohnformen gingen bis 1966 erheblich zurück. Die gleiche Entwicklung war auch bei der Beschäftigung der Arbeiterinnen festzustellen, wenn auch der Leistungslohn mit rund 28% noch etwas häufiger vorkam als bei den Männern mit einem Anteil von etwa 21%. Aus einer Unterscheidung der Lohnformen nach Leistungsgruppen geht hervor, daß der Leistungslohn bei den Arbeitern in der Leistungsgruppe 3 mit nicht ganz 14% am geringsten, der Zeitlohn dagegen mit über 79% am häufigsten war. In den Leistungsgruppen 1 und 2 ist der Leistungslohn gegenüber 1962 wesentlich zurückgegangen. Er hatte nur noch einen Anteil von etwa 22% gegenüber 24% bzw. fast 40% im Jahre 1962. Auch der Mischlohn verlor an Bedeutung. Bei den Arbeiterinnen

Lohnform	Insgesamt		Leistungsgruppe			Wirtschaftsbereich				
			1	2	3	Energie- wirtschaft	Verarbeitende Industrie	Bau- gewerbe		
	zusammen	Chemische Industrie								
	1962	1966								
	%									
Arbeiter										
Zeitlöhner	59,6	72,4	71,9	70,2	79,4	95,9	69,7	68,5	90,8	
Leistungslöhner	28,3	20,5	21,5	22,0	13,5	4,1	22,9	30,5	4,4	
Mischlöhner	12,1	7,1	6,6	7,8	7,1	-	7,4	1,0	4,8	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
Arbeiterinnen										
Zeitlöhner	52,1	64,0	55,4	60,7	68,3	100,0	64,0	92,6	-	
Leistungslöhner	33,7	27,9	32,8	29,9	25,3	-	27,9	7,4	-	
Mischlöhner	14,2	8,1	11,8	9,4	6,4	-	8,1	-	-	
Insgesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	-	

war der Leistungslohn in den drei Qualifikationsstufen noch verhältnismäßig häufig vertreten. Auch bestand zwischen Hilfsarbeiterinnen und Angelernten nicht ein solch großer Unterschied wie bei den Männern. Die weiblichen Hilfsarbeiter waren immerhin noch zu einem Viertel Leistungslöhner, jedoch auch zu über zwei Dritteln Zeitlöhner. Am häufigsten war bei den männlichen Arbeitern mit 23% der Leistungslohn in der verarbeitenden Industrie - in der chemischen Industrie sogar mit 30% - und am geringsten mit über 4% im Baugewerbe.

c. Altersgliederung: Die Untergliederung der Beschäftigten nach dem Alter schließt die Arbeiter unter 21 Jahren in allen Erhebungen aus, weil sie im allgemeinen noch nicht die höchste tarifmäßige Altersstufe und damit den Ecklohn erreicht haben.

Wie 1962 gehörten etwas mehr als zwei Drittel der Arbeiter den Altersgruppen bis unter 45 Jahren an, wobei die Gruppe der unter 30jährigen wesentlich geringer, die Gruppe der zwischen 30 und 45 Jahre alten Arbeiter dagegen stärker besetzt war als vier Jahre vorher. Der Anteil der 45- bis 55jährigen - es handelt sich um die geburtschwachen Jahrgänge des ersten Weltkrieges, die durch den zweiten noch dezimiert wurden - ist weiter zurückgegangen, während derjenige der über 55 Jahre alten Arbeiter etwas zugenommen hat. Diese Entwicklung läßt darauf schließen,

daß auch 1966 annähernd die gleichen wirtschaftlichen Verhältnisse vorgelegen haben wie 1962. Offenbar begünstigte die anhaltende Konjunktur die Beschäftigung bzw. das Verbleiben der älteren Jahrgänge im Arbeitsprozeß. In dem nicht unbeträchtlichen Rückgang des Anteils der 21- bis 30jährigen kommen die geringen Geburtenziffern während des zweiten Weltkrieges zum Ausdruck. Die Veränderungen der Altersstruktur waren auch innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche in ähnlichem Umfang gegeben. Eine noch etwas stärkere Verschiebung in die höheren Altersgruppen war bei den Arbeiterinnen festzustellen. Der Anteil der Arbeiterinnen, die 1962 älter als 55 Jahre waren, betrug nur 7%, 1966 dagegen weit über 12%. Für den geringen Anteil der unter 30jährigen dürften die gleichen Gründe ausschlaggebend gewesen sein wie bei den Arbeitern.

2. Angestellte

a. Leistungsgruppen: Für die kaufmännischen und technischen Angestellten wurde, ebenso wie für die Arbeiter, zur Unterscheidung ihrer Verwendung in den Betrieben als Qualifikationsmerkmal eine Gliederung nach Leistungsgruppen vorgenommen. Allerdings handelt es sich hier um eine wesentlich stärker spezifizierte Aufteilung als bei den Arbeitern, und zwar um acht Kategorien von der Gruppe I a bis V. Die Gruppen I a bis II sind leitende Angestellte bzw. solche mit hohem beruf-

Arbeiter und Arbeiterinnen der höchsten tarifmäßigen Altersstufe nach Wirtschaftsabteilungen und Altersgruppen im Oktober 1962 und 1966

Geschlecht Wirtschaftsabteilung	Unter 30 Jahre		30 bis unter 45 Jahre		45 bis unter 55 Jahre		55 Jahre und älter	
	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966
	%							
Arbeiter insgesamt	30,7	24,9	35,9	42,7	17,1	15,4	16,3	17,0
Energiewirtschaft	19,9	18,9	42,2	45,7	21,8	15,9	16,1	19,5
Verarbeitende Industrie	28,0	24,7	36,4	42,5	18,3	15,9	17,3	16,9
Baugewerbe	37,4	30,6	34,1	43,8	13,8	11,6	14,7	14,0
Arbeiterinnen insgesamt	43,2	30,9	34,1	36,8	15,6	19,9	7,1	12,4
Verarbeitende Industrie	42,7	30,9	34,5	36,8	15,9	19,9	6,9	12,4

lichem Können, die der Gruppe III Zugehörigen sind selbständig arbeitende, mit fachlichem Können ausgestattete Kräfte und die in den Gruppen IV und V sind Angestellte mit einfacheren Arbeiten bzw. in der untersten Gruppe mit der Verrichtung schematischer oder mechanischer Arbeiten Beschäftigte, für die keine besondere Berufsausbildung notwendig ist. Da für die höchste Qualifikationsstufe Ia, das sind leitende Angestellte mit einem Monatsgehalt von über 3 500 DM, im allgemeinen kein ausreichendes und zuverlässiges Zahlenmaterial anfällt, wird die Leistungsgruppe I ausschließlich durch die Gruppe Ib repräsentiert. Dies sind leitende Angestellte mit einem Monatsgehalt von weniger als 3 500 DM.

Von den Angestellten in den erfaßten Wirtschaftsbereichen waren fast 62% Männer und etwas über 38% Frauen. Der Anteil der Frauen ging nicht unbeträchtlich zurück, denn 1962 kam er immerhin noch auf 43%. Teilweise stärkere Veränderungen ergaben sich auch innerhalb der einzelnen Qualifikationsstufen. Der schon 1962 erkennbare Trend einer Verschiebung aus den unteren Leistungsgruppen zu den oberen hat sich bis 1966 verstärkt fortgesetzt. Mehr als die Hälfte, fast 54% der männlichen Angestellten, gehörten der Gruppe III an, reichlich ein weiteres Fünftel der Gruppe II, und in der Gruppe Ib wurden noch rund 7% ausgewiesen gegenüber 5% im Jahre 1962. Der Anteil in den Gruppen IV und V ging nicht unbeträchtlich von etwa 21 auf 17% und von über 4 auf knapp 2% zurück. Stärker als in den übrigen Zweigen machte sich die Verdichtung der oberen Qualifikationsstufen in der chemischen Industrie und im Baugewerbe bemerkbar. Im Handel und Versicherungsgewerbe mit einer von jeher verhältnismäßig dünnen Besetzung der oberen Leistungsgruppen zeigte sich indessen eine Verstärkung der Gruppe III, der eine Verschiebung aus den Gruppen IV und V zu Grunde lag. Diese Entwicklung läßt vermuten, daß nicht nur mehr qualifizierte Kräfte Verwendung fanden, sondern möglicherweise auch ein nicht

unerheblicher Teil der Beschäftigten von den berichtenden Betrieben lediglich auf Grund einer konjunkturbedingten besseren Bezahlung ohne Änderung der bisherigen Beschäftigungsmerkmale fälschlich in die nächsthöhere Leistungsgruppe eingereiht wurde.

Die Besetzung der Qualifikationsstufen für die weiblichen Angestellten unterscheidet sich zum Teil wesentlich von der der männlichen Angestellten. Über die Hälfte - etwas weniger als 1962 - der Angestellten wurde nämlich in die Leistungsgruppe IV eingestuft und nur 31% befanden sich in der Gruppe III. In der untersten Stufe der Gruppe V wurden immer noch 14% ausgewiesen, bei den Männern dagegen nicht ganz 2%. Allerdings liegt auch bei den weiblichen Angestellten eine Verschiebung zu den oberen Gruppen vor, denn der Anteil der weiblichen Angestellten in der Gruppe V belief sich 1962 immerhin noch auf rund 20%, im Jahre 1957 sogar noch auf nahezu 21%. Die Verdichtung liegt aber hier überwiegend bei der Gruppe III. Für diese Entwicklung sind die gleichen Gründe maßgebend wie bei den männlichen Angestellten.

Nach Wirtschaftsbereichen unterschieden ergibt sich hinsichtlich der Verteilung der weiblichen Angestellten auf die Leistungsgruppen die gleiche Situation, nur ist in der chemischen Industrie die Gruppe III wesentlich stärker, im Versicherungsgewerbe dagegen etwas schwächer besetzt, als es dem für alle Bereiche zutreffenden Mittelwert entspricht.

b. Beschäftigungsart: In der Zusammensetzung der Angestellten nach der Beschäftigungsart ergaben sich gegenüber 1962 kaum Unterschiede. Annähernd 25% der männlichen Angestellten wurden als technische und knapp 61% als kaufmännische Angestellte bezeichnet. Nicht ganz 15% waren Meister im Angestelltenverhältnis. Die weiblichen Angestellten wurden fast ausschließlich (über 96%) als kaufmännische Angestellte ausgewiesen. Der Anteil der technischen weiblichen Angestellten blieb zwar weiterhin unbedeutend, hat sich aber

Angestellte nach Geschlecht, Wirtschaftsbereichen und Leistungsgruppen im Oktober 1962¹⁾ und 1966²⁾

Geschlecht Wirtschaftsbereich	Leistungsgruppe									
	I b		II		III		IV		V	
	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966
	%									
Männliche Angestellte insgesamt	5,0	6,7	20,3	21,0	50,0	53,5	20,6	17,1	4,1	1,7
Energiewirtschaft	.	.	14,4	(12,8)	49,8	61,2	32,5	22,6	.	.
Verarbeitende Industrie	6,5	8,0	20,5	21,5	50,5	53,5	18,4	15,9	4,1	1,1
Chemische Industrie	8,7	12,2	19,3	21,0	52,0	47,6	19,0	18,2	(1,0)	.
Baugewerbe	.	5,2	20,4	29,3	67,4	57,4	9,3	(7,0)	.	.
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3,3	4,7	20,4	19,3	45,7	52,6	25,7	20,4	4,9	3,0
Weibliche Angestellte insgesamt	(0,3)	0,6	2,3	3,4	23,4	30,9	54,1	51,0	19,9	14,1
Verarbeitende Industrie	.	.	2,4	3,6	24,9	35,5	42,5	46,0	29,9	14,5
Chemische Industrie	.	.	(6,3)	.	35,7	42,1	44,4	39,4	13,6	(11,6)
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	.	.	2,1	3,3	21,3	26,5	62,2	55,2	14,2	14,3

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 000 DM und mehr. - 2) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 500 DM und mehr.

Angestellte nach Wirtschaftsbereichen, Geschlecht und Beschäftigungsarten im Oktober 1962¹⁾ und 1966²⁾

Wirtschaftsbereich	Männliche Angestellte						Weibliche kaufmännische Angestellte	
	Kaufmännische		Technische		Meister			
	1962	1966	1962	1966	1962	1966	1962	1966
	%							
Energiewirtschaft	61, 2	48, 6	23, 5	28, 9	15, 3	22, 5	95, 2	98, 4
Verarbeitende Industrie	45, 7	45, 1	33, 4	33, 9	20, 9	21, 0	91, 9	91, 5
Chemische Industrie	41, 9	33, 8	37, 6	43, 7	20, 5	22, 5	87, 5	85, 6
Baugewerbe	26, 2	31, 1	68, 7	61, 9	(5, 1)	.	96, 6	97, 1
Handel, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	94, 6	94, 2	(1, 0)	2, 8	4, 4	3, 0	99, 9	99, 7
Insgesamt	60, 7	60, 4	24, 8	24, 8	14, 5	14, 8	96, 9	96, 3

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 000 DM und mehr. - 2) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 500 DM und mehr.

seit 1962 etwas vergrößert, vor allem in der chemischen Industrie. Dort beträgt der Anteil der im technischen Dienst beschäftigten Frauen sogar mehr als 14%.

Teilweise beachtliche Veränderungen gegenüber 1962 waren indessen in der Beschäftigungsart der männlichen Angestellten innerhalb der einzelnen Wirtschaftsbereiche festzustellen. So waren 1966 die Anteile der technischen Angestellten und Meister in einigen Zweigen wesentlich höher als 1962. In der Energiewirtschaft erreichten die kaufmännischen Angestellten, die 1962 noch über 61% ausmachten, nicht einmal mehr 49%, und der Anteil der Techniker und Meister zusammen betrug über 51% gegenüber nur 39% bei der Strukturerhebung 1962. Ein ähnlicher Wechsel, wenn auch nicht in dem gleichen Ausmaß, vollzog sich in der chemischen Industrie, wo allerdings der Schwerpunkt weniger bei den Meistern, sondern stärker bei den technischen Angestellten lag. In der Bauwirtschaft ging dagegen der Anteil des technischen Personals etwas zurück. Die Ursachen für diese Entwicklung dürfen aber nicht völlig in einer Veränderung der Produktionsvorgänge gesucht werden, sondern sie liegen sicher zum Teil auch an der nicht immer leicht zu treffenden Entscheidung der Betriebe über die Zuordnung ihrer Angestellten nach der Beschäftigungsart. Darüber hinaus besteht jedoch kein Zweifel, daß durch die fortschreitende Rationalisierung eine stärkere Verschiebung zu den Angestellten im technischen Dienst zu erwarten ist und einige Arbeitsvorgänge kaufmännischer Angestellter infolge der Automatisierung in zunehmendem Maße sich durch technische Hilfsmittel bereits weitgehend ersetzen lassen.

In der Zuordnung nach Leistungsgruppen schneiden die im technischen Dienst Beschäftigten besser ab als die im kaufmännischen Dienst. In der höchsten Qualifikationsstufe befanden sich bei den technischen Angestellten nämlich nahezu 12%, bei den kaufmännischen Angestellten nur etwas über 6%.

c. Altersgliederung: Die Altersstruktur der männlichen Angestellten hat sich zwischen 1962 und 1966 nur wenig geändert. Nahezu 70% der Angestellten - 1962 etwas über zwei Drittel - wa-

ren jünger als 45 Jahre. Während bei den Arbeitern der Anteil der über 55jährigen etwas größer geworden ist, ging er bei den Angestellten zurück. Hinsichtlich der Altersgliederung bestehen jedoch zwischen den technischen und kaufmännischen Angestellten einige Unterschiede. Die Mittelschicht der 30- bis 45jährigen war bei den technischen Angestellten und Meistern wesentlich stärker als bei den kaufmännischen Angestellten. Von den Meistern überschritten rund 94% das 30. Lebensjahr, mehr als die Hälfte sogar das 45. Lebensjahr. Bei den technischen Angestellten waren mit über 46% die Altersgruppen 30 bis 45 Jahre am stärksten vertreten. Gegenüber 1962 sind allerdings die Anteile der über 45jährigen prozentual nicht unwesentlich zurückgegangen.

Fast entgegengesetzt wie bei den männlichen Angestellten, aber ähnlich wie bei den Arbeiterinnen, verlief die Entwicklung der Altersstruktur bei den weiblichen Angestellten. Hier nahm die Beschäftigung der älteren Jahrgänge etwas zu und die der jüngeren ab. Der Anteil von über zwei Dritteln der unter 30jährigen war zwar wesentlich höher als bei den Männern, ist aber im Vergleich zu 1962 etwas geringer geworden. Rund ein Fünftel entfiel auf die 30 bis 45 Jahre alten Frauen und etwa 14% der weiblichen Angestellten überschritten das 45. Lebensjahr. Bei den weiblichen Arbeitern war dagegen fast ein Drittel der Beschäftigten über 45 Jahre alt. Vermutlich verbleiben die Arbeiterinnen auch nach einer Verheiratung noch länger in ihren Arbeitsstellen als die weiblichen Angestellten. Die wenn auch nur verhältnismäßig geringe Zunahme in den oberen Altersgruppen der weiblichen kaufmännischen Angestellten läßt sich kaum anders als durch den Einfluß des anhaltenden konjunkturell bedingten Kräftenmangels erklären, der vielfach den Frauen auch in späteren Jahren einen Anreiz bietet, ohne größere Schwierigkeiten wieder eine lohnende Beschäftigung aufzunehmen.

Eine Gliederung der in den einzelnen Leistungsgruppen ausgewiesenen Angestellten nach Altersgruppen läßt erkennen, daß die Höhe der Qualifikationsstufe nur zum Teil mit dem Alter im Zusammenhang steht. Zwar gehörten die in der Leistungsgruppe Ib ausgewiesenen Beschäftigten den

Geschlecht Beschäftigungsart	Leistungsgruppe					Alter von ... bis unter ... Jahren				
	Ib	II	III	IV	V	unter 21	21 - 30	30 - 45	45 - 55	55 und mehr
	%									
Männliche Angestellte insgesamt ¹⁾	6,7	21,0	53,5	17,1	1,7	4,8	24,7	40,3	16,6	13,6
Kaufmännische	6,3	20,9	51,4	18,7	2,7	7,0	27,5	37,2	16,0	12,3
Technische	11,5	21,1	50,4	16,5	.	(2,2)	29,1	46,1	12,4	10,2
Meister	-	21,1	67,2	11,7	-	-	5,9	43,4	26,0	24,7
Weibliche Angestellte insgesamt ¹⁾	(0,6)	3,4	30,8	51,1	14,1	31,0	34,8	20,3	9,6	4,3
Kaufmännische	(0,5)	3,3	30,3	51,5	14,4	31,3	34,7	20,1	9,6	4,3

1) Ohne Angestellte mit einem Bruttomonatsverdienst von 3 500 DM und mehr.

etwas älteren Jahrgängen an, jedoch ist die Gruppe der 30- bis 45jährigen von den drei oberen Gruppen die weitaus am dichtesten besetzte. Allein knapp die Hälfte der kaufmännischen Angestellten der Gruppen Ib und II standen im Alter zwischen 30 und 45 Jahren und 43% bzw. 37% waren älter als 45 Jahre. In den drei unteren Gruppen sind jedoch die jüngeren Kräfte in der Überzahl. Das Alter der kaufmännischen Angestellten in der Gruppe III liegt zu 75% unter 45 Jahre, in der Gruppe IV sogar zu über 80%. In der Gruppe V nahmen die älteren Angestellten aber wieder zu, denn der Anteil der über 45jährigen macht dort wieder fast 38% aus. Es ist anzunehmen, daß ebenfalls infolge Kräftemangels in zunehmendem Maße ältere Personen als Aushilfskräfte Verwendung fanden und in Betrieben auch langjährig beschäftigte Arbeiter in das Angestelltenverhältnis übernommen worden sind.

In der höchsten Qualifikationsstufe der technischen Angestellten waren über 70% zwischen 30 und 45 Jahre alt und 23% älter als 45 Jahre. Auch in der Gruppe II machten die unter 30jährigen nicht ganz 12% aus. In den Gruppen III und IV überwogen die jüngeren Angestellten mit einem Alter von unter 30 Jahren bei weitem, während in der Gruppe V, ähnlich wie bei den kaufmännischen

Angestellten und offenbar auch aus den gleichen Gründen, die älteren Kräfte wieder etwas stärker vertreten waren. Anders war die Altersstruktur bei den Meistern. Diese gehörten überwiegend den älteren Jahrgängen an, wenn auch eine allmähliche Zunahme an jüngeren Kräften in dieser Sparte unverkennbar ist. So sind die Meister in der Gruppe II zu fast 56% und in der Gruppe III und IV noch jeweils zur Hälfte älter als 45 Jahre.

Eine wesentlich andere Altersstruktur als bei den männlichen kaufmännischen Angestellten ist bei den weiblichen kaufmännischen Angestellten gegeben. Dort sind in allen Qualifikationsstufen nur verhältnismäßig wenig ältere Personen vertreten. Zwei Drittel der weiblichen kaufmännischen Angestellten waren jünger als 30 Jahre und nur etwas über 4% hatten das 55. Lebensjahr überschritten. Von den in den drei untersten Leistungsgruppen nachgewiesenen Angestellten waren sogar weit über die Hälfte (53%) nicht einmal 21 Jahre alt. Diese altersmäßige Verteilung ist entscheidend durch das meist jüngere Verkaufspersonal im Einzelhandel beeinflusst. Mit den höheren Qualifikationsstufen verschiebt sich jedoch auch hier die Altersstruktur ebenfalls stärker in die mittleren und oberen Gruppen.

Dr. Th. Walter

Schichtung der Einkünfte natürlicher Personen

Nach Abschluß der Aufbereitung der Lohn- und Einkommensteuerstatistiken 1965 wird erstmals versucht, lohn- und einkommensteuerpflichtige Einkünfte zu einer einheitlichen Einkommenspyramide für Rheinland-Pfalz zusammenzufassen. Diese Möglichkeit bestand bei früheren Erhebungen wegen des unzureichenden Zahlenmaterials nur in begrenztem Maße. Das Programm der Erhebungen für 1965 wurde vor allem durch die erstmalige gesonderte Erfassung der Werbungskosten der Lohnsteuerpflichtigen und den getrennten Nachweis der individuellen Bruttolöhne zusammenveranlagter Ehegatten mit beiderseitigen Einkünften aus unselbstständiger Tätigkeit verbessert. Beides schuf die Voraussetzung zu einer tief gegliederten Schichtung der Einkünfte und ihrer Bezieher, wie sie derzeit auf Landesebene nur anhand der Steuerstatistiken möglich ist.

1. Methodische Vorbemerkungen

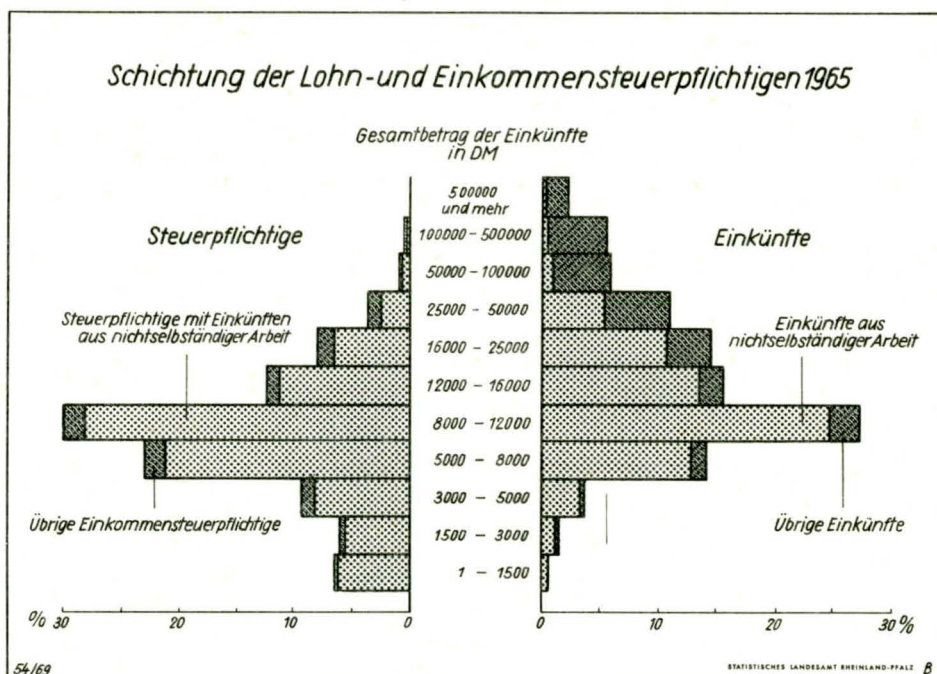
Die Steuerstatistiken sind als Sekundärstatistiken an die von den Finanzämtern im Besteuerungsverfahren erhobenen Tatbestände gebunden. Sie lassen daher nur einen Einblick in das steuerliche Einkommen zu, das begrifflich vom Einkommen im ökonomischen Sinne abweicht, das heißt enger gefaßt ist. So sind beispielsweise Einkommensbestandteile, wie Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung, nicht enthalten. Nicht erfaßt werden auch alle Einkünfte von Einkommensteuerpflichtigen, die wegen niedriger Einkünfte aus Vereinfachungsgründen nicht veranlagt wurden (sogenannte „nv“-Fälle), ferner Nebeneinkünfte nicht veranlagter Arbeitnehmer, soweit sie unter 800 DM jährlich lagen. Schließlich fehlen auch wesentliche Teile der landwirtschaftlichen Einkünfte, die wegen der Art der steuerlichen Einkommensermittlung sehr

häufig nicht oder zu niedrig ausgewiesen sind, sowie der Einkünfte aus Kapitalvermögen (zum Beispiel Sparzinsen), Sozialrenten und steuerfreie Einnahmen, wie Leistungen aus einer Krankenversicherung. Als Grundlage der Einkommenschichtung wurde der Gesamtbetrag der Einkünfte gewählt, der im Gegensatz zum veranlagten Einkommen noch die Sonderausgaben (Versicherungsbeiträge usw.) enthält.

Die Zusammenführung der Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen zu einer einheitlichen Schichtung ihrer Einkünfte wird dadurch erschwert, daß die Einkünfte der Veranlagten bereits um die Werbungskosten (zuzüglich des Weihnachts- und Arbeitnehmer-Freibetrags) vermindert sind, während der Bruttolohn in der Lohnsteuerstatistik keine entsprechende Kürzung aufweist. Die statistischen Ergebnisse für 1965 erlauben es zum ersten Mal, durch Absetzen dieser Beträge vom Bruttolohn die Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit der nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen zu errechnen, die dem Gesamtbetrag der Einkünfte der Einkommensteuerpflichtigen entsprechen. Da mindestens der Pauschbetrag für Werbungskosten (564 DM) abgezogen wurde, besteht zwar eine leichte Ungenauigkeit in den Fällen, in denen die tatsächlichen Werbungskosten hinter dem Pauschbetrag zurückbleiben. Dies beeinträchtigt den Aussagewert der Schichtung allerdings kaum.

Problematischer ist die Tatsache, daß in der Lohnsteuerstatistik ausschließlich Einzelpersonen und Individualeinkünfte, in der Einkommensteuerstatistik bei Zusammenveranlagungen auch Ehepaare und deren zusammengefaßte Einkünfte nachgewiesen werden. Außerdem werden veranlagte Lohnsteuerpflichtige in beiden Statistiken erfaßt, so daß zunächst die Gefahr einer Doppelerfassung besteht.

Während die Bereinigung um Doppelfälle einfach in der Weise erfolgte, daß von den Lohnsteuerpflichtigen insgesamt die nur in der Einkommensteuerstatistik besonders ausgegliederten veranlagten Lohnsteuerpflichtigen als Einzelfälle abgezogen wurden, um die nichtveranlagten Lohnsteuerpflichtigen zu erhalten, erwies sich die Abstimmung des unterschiedlichen Begriffs „Steuerpflichtiger“ als schwieriger. Dazu waren anhand der Ergebnisse der Lohnsteuerstatistik, teilweise auf der Basis von Schätzungen, Zahl und Bruttolohn der veranlagten und nichtveranlagten Ehegatten mit beiderseitigen Lohnverdienst in der Gliederung nach Brutto-



lohngruppen zu ermitteln. Durch Absetzung der ebenfalls nach Bruttolohngruppen gegliederten veranlagten Ehegatten errechneten sich die nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Ehegatten. Hierbei zeigte sich, daß die Bruttolohngruppen ab 75 000 DM in der Einkommensteuerstatistik mehr Lohnsteuerpflichtige aufwiesen als die entsprechenden Größenklassen der Lohnsteuerstatistik, für die offenbar nicht die Lohnsteuerkarten aller veranlagten Arbeitnehmer zur Auswertung vorgelegen haben. In diesen Fällen ist daher die Gesamtzahl der Arbeitnehmer an die der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen angeglichen worden. Nach rechnerischer Umsetzung der Bruttolohn-Gruppierung der nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Ehegatten in eine Gliederung nach Größenklassen der Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit war daraus eine entsprechende Schichtung der zusammengeführten Ehepaare (Steuerpflichtige im Sinne der Einkommensteuerstatistik) abzuleiten. Mit Hilfe der so gewonnenen Ergebnisse konnte die Schichtung der nichtveranlagten lohnsteuerpflichtigen Einzelfälle in eine solche der Steuerpflichtigen überführt werden, die eine Zusammenfassung mit den veranlagten Einkommensteuerpflichtigen (einschließlich der veranlagten Lohnsteuerpflichtigen) zu einer einheitlichen Pyramide der steuerlichen Einkünfte ermöglichte.

2. Resultat

Nach den Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik sind in Rheinland-Pfalz im Jahre 1965 die Einkünfte von mehr als 1 104 000 Alleinstehenden oder Ehepaaren versteuert worden. Bei mehr als 997 000 oder neun Zehnteln der Steuerpflichtigen lagen lohnsteuerpflichtige Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit vor, in 97% dieser Fälle bildeten sie die Haupteinkunftsquelle. Einkünfte aus Gewerbebetrieb überwogen bei 9% aller Steuerpflichtigen.

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte	Lohn- und Einkommensteuerpflichtige				Summe der Ein- künfte	Einkünfte aus			Gesamtbetrag der Einkünfte	
	insgesamt		Lohnsteuer- pflichtige			Ge- werbe- betrieb	selb- ständiger Arbeit	nichtselb- ständiger Arbeit		
	Anzahl	%	Anzahl	in % von insgesamt	Mill. DM	%			Mill. DM	%
1 bis unter 1 500 DM	71 102	6,4	70 083	98,6	45	0,7	0,1	97,0	45	0,4
1 500 " " 3 000 "	64 780	5,9	60 395	93,2	155	2,4	0,1	92,4	153	1,3
3 000 " " 5 000 "	102 366	9,3	90 773	88,7	422	5,9	0,2	87,5	415	3,5
5 000 " " 8 000 "	254 978	23,1	235 183	92,2	1 706	5,4	0,3	91,2	1 674	13,9
8 000 " " 12 000 "	331 297	30,0	310 627	93,8	3 283	5,7	0,3	92,1	3 232	26,9
12 000 " " 16 000 "	137 905	12,5	124 591	90,3	1 905	10,5	0,6	86,5	1 873	15,6
16 000 " " 25 000 "	88 608	8,0	73 001	82,4	1 749	21,3	1,8	73,1	1 716	14,3
25 000 " " 50 000 "	39 417	3,6	26 664	67,6	1 330	38,6	7,9	48,3	1 304	10,8
50 000 " " 75 000 "	7 010	0,6	3 109	44,4	435	54,1	24,0	15,4	424	3,5
75 000 " " 100 000 "	2 922	0,3	1 182	40,5	257	53,6	28,9	10,7	252	2,1
100 000 " " 250 000 "	3 319	0,3	1 339	40,3	488	63,3	20,6	8,5	480	4,0
250 000 " " 500 000 "	543	0,0	198	36,5	187	77,5	7,2	6,4	183	1,5
500 000 und mehr	242	0,0	89	36,8	274	86,8	2,0	3,3	273	2,2
Insgesamt	1 104 489	100,0	997 234	90,3	12 236	20,1	3,8	72,4	12 024	100,0

Die Summe der Einkünfte aus den einzelnen Einkunftsarten belief sich auf 12,2 Mrd. DM, der Gesamtbetrag der Einkünfte nach Ausgleich mit den Verlusten, die vor allem bei den Einkünften aus Vermietung und Verpachtung entstanden sind, auf rund 12 Mrd. DM. Zur Summe der Einkünfte trugen die unselbständig Erwerbstätigen etwas über 72%, die gewerblich Tätigen 20%, die freien Berufe knapp 4% und die Steuerpflichtigen mit Einkünften aus Land- und Forstwirtschaft, Vermietung und Verpachtung sowie Kapitalvermögen zwischen 1,4 und 1% bei.

In der Gliederung nach Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte konzentrierten sich die meisten Steuerpflichtigen, und zwar reichlich die Hälfte, auf Einkünfte zwischen 5 000 und 12 000 DM. Allein drei Zehntel der Steuerpflichtigen wiesen Einkünfte zwischen 8 000 und 12 000 DM nach. In den darüber liegenden Größenklassen ist eine steigende zahlenmäßige Abnahme festzustellen; insgesamt verteilte sich noch ein Viertel der Lohn- und Einkommensteuerverpflichtigen auf diese Schichten. Nur bei 242 Steuerpflichtigen überstiegen die Einkünfte 500 000 DM. In den Größenklassen unter 3 000 DM waren rund 12% der

Steuerpflichtigen vertreten. Überwiegend handelt es sich hierbei um nicht ganzjährig Beschäftigte, wie Gelegenheitsarbeiter, Werkstudenten, saisonal tätige Hausfrauen oder Steuerpflichtige, die erstmals in das Berufsleben eingetreten oder infolge Tod, Eheschließung, Erreichens der Altersgrenze vorzeitig ausgeschieden sind, sowie um nur stunden-, tage- oder wochenweise tätige Personen mit entsprechend niedrigen Einkünften. Für die Besetzung gerade der unteren Größenklassen dürfte auch die Tatsache bedeutsam sein, daß ein Teil der Lohnsteuerpflichtigen nicht erfaßt werden konnte, weil deren Lohnsteuerbelege nicht zur Verfügung standen. Es ist anzunehmen, daß zum großen Teil die Lohnsteuererklärungen solcher Personen fehlten, die bei geringerer Entlohnung tätig waren.

Auch die Verteilung der Einkünfte auf die Größenklassen weist bei einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 8 000 bis unter 12 000 DM ihren Schwerpunkt auf. Im Vergleich zur Schichtung der Steuerpflichtigen ist allerdings deutlich eine anteilmäßige Verlagerung in die jeweils höheren Größenklassen zu erkennen.

Das Bild der Einkommenspyramide wird in den unteren Größenklassen maßgeblich von den Arbeit-

Lohn- und Einkommensteuerverpflichtige nach überwiegender Einkunftsart und Größenklassen des Gesamtbetrags der Einkünfte 1965

Größenklasse des Gesamtbetrags der Einkünfte	Steuerpflichtige mit Einkünften überwiegend aus													
	Land- und Forstwirtschaft		Gewerbebetrieb		selbstständiger Arbeit		nichtselbstständiger Arbeit		Kapitalvermögen		Vermietung und Verpachtung		sonstigen Einkünften	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
1 bis unter 1 500 DM	559	3,1	194	0,2	9	0,1	70 037	7,2	128	5,0	102	1,5	73	10,7
1 500 " " 3 000 "	2 216	12,2	1 472	1,6	62	0,6	60 088	6,2	219	8,5	544	8,1	179	26,1
3 000 " " 5 000 "	3 838	21,1	6 111	6,2	224	2,3	89 934	9,3	450	17,4	1 617	24,0	192	28,0
5 000 " " 8 000 "	4 440	24,4	14 235	14,4	642	6,5	233 050	24,1	513	19,9	1 980	29,4	118	17,2
8 000 " " 12 000 "	3 254	17,9	18 585	18,8	860	8,7	307 053	31,7	383	14,8	1 118	16,6	44	6,4
12 000 " " 16 000 "	1 554	8,5	14 290	14,4	677	6,9	120 645	12,5	194	7,5	524	7,8	21	3,1
16 000 " " 25 000 "	1 448	8,0	19 395	19,6	1 307	13,2	65 743	6,9	253	9,8	436	6,5	26	3,8
25 000 " " 50 000 "	710	3,9	15 957	16,1	2 702	27,3	19 517	2,0	206	8,0	306	4,5	19	2,8
50 000 " " 75 000 "	100	0,5	4 117	4,2	1 696	17,2	944	0,1	82	3,2	66	1,0	5	0,7
75 000 " " 100 000 "	40	0,2	1 682	1,7	871	8,8	263	0,0	38	1,4	24	0,3	4	0,6
100 000 " " 250 000 "	32	0,2	2 195	2,2	780	7,9	210	0,0	80	3,1	18	0,3	4	0,6
250 000 " " 500 000 "	9	0,0	450	0,4	43	0,4	20	0,0	20	0,8	6	0,0	-	-
500 000 und mehr			212	0,2	5	0,1	5	0,0	15	0,6			-	-
Insgesamt	18 200	100,0	98 895	100,0	9 878	100,0	967 509	100,0	2 581	100,0	6 741	100,0	685	100,0

nehmern (Steuerpflichtige mit Einkünften überwiegend aus nichtselbständiger Arbeit) und den Lohneinkünften bestimmt. In der untersten Größenklasse repräsentieren sie nahezu sämtliche Einkommensteuerpflichtige. Mit zunehmendem Gesamtbetrag der Einkünfte verringert sich zwar der Anteil der Arbeitnehmer und der Einkünfte aus unselbständiger Tätigkeit zugunsten der übrigen Einkommensteuerpflichtigen und Einkunftsarten, doch stellen sie bis zur Größenklasse 25 000 bis unter 50 000 DM die stärkste Gruppe bzw. Einkunftsart dar. Umgekehrt gewinnen die Gewerbetreibenden und die gewerblichen Einkünfte mit steigender Größenklasse kontinuierlich an Bedeutung. Ab einem Gesamtbetrag der Einkünfte von 50 000 DM vereinigen sie die weitaus meisten Steuerpflichtigen und den größten Teil der nachgewiesenen Einkünfte auf sich.

Die Schichtung der Steuerpflichtigen nach dem Gesamtbetrag der Einkünfte weist je nach überwiegender Einkunftsart große Unterschiede auf. Hauptberuflich unselbständig Tätige zählen am häufigsten, nämlich zu fast 56%, zu den Größenklassen zwischen 5 000 und 12 000 DM. Dagegen treten die freien Berufe am stärksten bei Gesamteinkünften zwischen 25 000 und 50 000 DM in Erscheinung. Die Gliederung der Bezieher überwiegend gewerblicher Einkünfte nach der Höhe des Gesamtbetrags der Einkünfte läßt keinen ausgeprägten Schwerpunkt erkennen: Mehr als 83% sind verhältnismäßig gleichmäßig auf die Größenklassen zwischen 5 000 und 50 000 DM verteilt. Von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen sind die Größenklassen zwischen 3 000 und 8 000 DM am stärksten belegt.

Dipl.-Volkswirt H. W. Noe

Vermögensformen der privaten Haushalte im Januar 1969

Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1969

Wenn es gilt, den privaten Haushalt als wirtschaftende Einheit zu durchleuchten, kann sich die Beobachtung nicht allein auf Einkommenserzielung und -verwendung im engeren Sinn beschränken. Es sind darüber hinaus gewisse Rahmeninformationen unerlässlich, wie die Ausstattung der Haushalte mit hochwertigen Gebrauchsgütern, über die bereits an dieser Stelle berichtet wurde. Im einleitenden Interview vom Januar 1969 wurden außerdem Angaben über ausgewählte Vermögensformen erhoben. Auch aus diesem Bereich sollen hier einige Strukturdaten im Zuge einer aktuellen Berichterstattung als vorläufige Ergebnisse für Rheinland-Pfalz vorgelegt werden.

1. Methodische Hinweise

Einer der Schwerpunkte der diesjährigen Einkommens- und Verbrauchsstichprobe liegt bei Fragen nach der Ersparnis- und Vermögensbildung. Bereits zu Beginn der Erhebung sollten daher die rund 3 000 in Rheinland-Pfalz mitwirkenden Haushalte angeben, ob ein oder mehrere Haushaltsmitglieder über Sparbücher, Wertpapiere, Lebens- und Aussteuerversicherungsverträge, Sterbegeldversicherungsverträge, Bausparverträge sowie Haus- und Grundbesitz verfügten. Aus erhebungstechnischen Gründen wurde die Höhe des in den einzelnen Anlageformen angesammelten Vermögens nicht erfragt. Hierüber werden die laufenden Anschreibungen während des Jahres und detailliertere Fragestellungen des Abschlußinterviews im Februar 1970 hinreichend Aufschluß geben. Selbstverständlich ist mit den genannten Vermögensformen keineswegs der Gesamtkatalog der Anlagemöglichkeiten erschöpfend erfaßt. Trotzdem dürften die vorliegenden Ergebnisse über die Streuung der ausgewählten Vermögensformen in den privaten Haus-

halten für verschiedene wirtschafts- und sozialpolitische Überlegungen von Interesse sein.

Die Ergebnisse sind in gerundeten Prozentzahlen ausgewiesen. Um eine Hochrechnung auf die Grundgesamtheit zu ermöglichen, sind als „Zahl der Haushalte“ die Sollzahlen je Schicht angegeben, wie sie im Stichprobenplan bei einem Auswahlatz von 0,25% vorgesehen waren. Ein Mehrfachbesitz ein und derselben Sparform wurde in der Aufbereitung des Zahlenmaterials nicht berücksichtigt. Wenn also in einem Haushalt mehrere Personen über die gleiche Vermögensform, beispielsweise ein Sparbuch, verfügten, so wurde der Haushalt nur einmal als Besitzer dieser Sparform gezählt. Im übrigen sei auf die ausführlichen methodischen Erläuterungen in den vorangegangenen Veröffentlichungen verwiesen¹⁾.

2. Ergebnisse

Jede der ausgewählten Anlageformen ist charakterisiert durch Liquiditätsgrad, Rendite, Sicherheit und Zweckbindung. Individuelle Präferenzen bestimmen den Anleger, die eine oder andere Form zu wählen, da sich alle Zielsetzungen gleichzeitig und gleichermaßen bei keiner Anlage realisieren lassen.

Die beliebteste und weitest verbreitete unter allen Vermögensformen ist das sogenannte Kontensparen oder das Sparbuch. In nahezu allen Haushalten von Beamten (97%), Angestellten (96%) und Landwirten (96%) war diese Sparform vertreten. Nennenswerte Abstufungen zeigten sich lediglich bei den Nicht-Erwerbstätigen (83%) und in der Gliederung nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen in der Gruppe unter 800 DM (80%). Wenn man davon ausgeht, daß jeder Haushalt bemüht ist, neben dem für die laufenden Zahlungen erforderlichen Bargeld eine gewisse finanzielle Reserve bereitzuhalten, auf die er jederzeit zurückgreifen kann, so wird die Popularität des Kontensparens verständlich. Von jeder Zweckbindung frei,

¹⁾ Vgl. B. Knoblich: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 1968. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 5, Mai 1969 sowie: Die privaten Haushalte und ihre Ausstattung im Januar 1969. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 7, Juli 1969.

Vermögensform	Nach der sozialen Stellung des Haushaltsvorstandes						Nach dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen (ohne Landwirte)		
	Selbstständiger	Beamter	Angestellter	Arbeiter	Landwirt	nicht-erwerbstätig	unter 800 DM	800 bis unter 1 200 DM	1 200 und mehr DM
	Von den Haushalten verfügbaren ... % über nebenstehende Vermögensformen								
Sparbücher	90	97	96	91	96	83	80	92	97
Lebens- und Aussteuerversicherungen	82	65	71	71	59	29	36	66	73
Sterbegeldversicherungen	47	40	43	47	27	57	49	47	49
Bausparverträge	44	38	33	20	29	12	10	21	41
Wertpapiere	29	19	20	6	15	13	7	10	26
Haus- und Grundbesitz	80	54	50	58	95	53	49	56	64
Nachrichtlich: Zahl der Haushalte	283	194	438	947	190	893	1 349	746	660

mit einem hohen Maß an Sicherheit und, gemessen am Liquiditätsgrad, dem Bargeld sehr nahe, stehen die angesparten Beträge sofort und für alle Verwendungen dem Sparer zur Verfügung. Nicht wenig dürften darüber hinaus die staatliche Förderung des Prämiensparens und die verstärkte Werbung der Banken um den Kleinsparer zur Verbreitung beigetragen haben. Angesichts dieser Ergebnisse darf man wohl den Schluß ziehen, daß die Zeit des sogenannten Sparstrumpfes der Vergangenheit angehört und daß nach zwei großen Inflationen in Deutschland das Vertrauen in die Geldwertstabilität weitgehend wiederhergestellt ist.

Ein gänzlich anderes Bild zeigt sich bei der Vermögensanlage in Wertpapieren, zu denen Aktien, Rentenwerte und Investment-Zertifikate gezählt werden. Während man bald in jedem Haushalt ein Sparbuch finden kann, ist die Form des Wertpapiersparens immer noch einem kleinen Teil der Bevölkerung vorbehalten. Dabei sind sowohl starke Abstufungen nach der Einkommenshöhe zu beobachten als auch größere Abweichungen zwischen den einzelnen Sozialschichten. In der obersten Einkommensschicht war etwa jeder vierte Haushalt im Besitz von Wertpapieren, in der Gruppe von 800 DM bis 1 200 DM jeder zehnte und von den Haushalten mit einem Nettoeinkommen von weniger als 800 DM nur 7%. Unter den Sozialgruppen bilden die Selbständigen (hier und im folgenden ohne Landwirte) mit 29% und die Arbeiter mit 6% die beiden Extreme. Relativ günstig liegen noch die Angestellten und Beamten, von denen etwa jeder fünfte Haushalt über Wertpapiere irgendwelcher Art verfügte. Die Gründe sind einmal in den Kriterien der Wertpapieranlage zu suchen und zum anderen in bestimmten Voraussetzungen beim potentiellen Anleger. Das Wertpapiersparen ist eine rein ertragsorientierte Anlageform mit zum Teil hohem Risiko und eingeschränktem Liquiditätsgrad. Nur wer bereits über einiges freies Kapital verfügen kann, wird daher bereit sein, von anderen gesicherteren Vermögensformen in das risikovolere, aber unter Umständen ertragreichere Wertpapiergeschäft umzusteigen. Darüberhinaus ist eine gute Portion an Sachkenntnis oder Berufserfahrung notwendig und das Interesse, die Entwicklung auf dem Kapitalmarkt laufend zu verfolgen. Diese Vor-

aussetzungen dürften in weiten Kreisen der Bevölkerung nicht gegeben sein.

Lebens- und Aussteuerversicherungen (einschließlich Ausbildungsversicherung u. ä.) sind in ihrer zumeist langfristigen Bindung auf die Familienversicherung ausgerichtet. Da die beiden Arten nicht getrennt erhoben wurden, fällt es natürlich schwer, die Ergebnisse genauer zu analysieren. Überwiegend dürfte es sich jedoch bei den ausgewiesenen Zahlen um Haushalte mit Lebensversicherungsverträgen handeln. Nur so ist es erklärlich, daß der Anteil der Selbständigen-Haushalte mit 82% weit über dem Durchschnitt liegt. Bekanntlich gestalten die Selbständigen weitgehend ihre Zukunfts- und Alterssicherung ohne gesetzlichen Zwang. Überdurchschnittlich sind auch die Angestellten- und Arbeiter-Haushalte mit jeweils 71% an diesen Anlageformen beteiligt. Nur in relativ geringem Umfang (29%) waren Versicherungsverträge der genannten Arten in Haushalten vertreten, deren Haushaltungsvorstand nicht erwerbstätig ist. Da in dieser Gruppe vorwiegend Rentner und Pensionäre zusammengefaßt sind, ist anzunehmen, daß in vielen Fällen frühere Verträge bereits ausgezahlt und die ausgezahlten Beträge für den laufenden Lebensunterhalt verwendet oder in anderen Formen angelegt wurden.

Während verständlicherweise die Einkommenshöhe auf den Abschluß von Lebens- und Aussteuerversicherungen mit ihren immerhin spürbaren Prämienszahlungen einen beachtenswerten Einfluß ausübt, ist eine solche Abhängigkeit bei den im allgemeinen niedrigen Sterbegeldversicherungen nicht erkennbar. Eine entscheidendere Rolle für die Häufigkeit dieser Anlageform dürfte vielmehr die Altersstruktur der einzelnen Haushaltsgruppen spielen. Ein zwingender Nachweis hierfür läßt sich zwar nicht führen, doch legt die vergleichsweise hohe Quote der Nicht-Erwerbstätigen-Haushalte mit Sterbegeldversicherungen (57%) einen solchen Schluß nahe.

Das Bausparen stellt auf Grund seiner Zweckbindung eine Übergangsstufe zwischen reiner Geldanlage und Sachwerten dar. Infolge der großzügigen staatlichen Förderung hat diese Anlageform eine weite Verbreitung in fast allen Bevölkerungsschichten gefunden. Die Spitze halten die

Selbständigen-Haushalte, von denen 44% Bausparverträge besaßen. Erheblich unter dem Durchschnitt der übrigen Schichten liegt mit 12% die Gruppe der Nicht-Erwerbstätigen. Wenn man unterstellt, daß mit steigendem Alter der Anteil der Haushalte wächst, die bereits über ein eigenes Haus verfügen und Verträge dann allenfalls noch für Reparaturen oder Umschuldungen unter Berücksichtigung steuerlicher Vorteile abgeschlossen werden, so ist das Ergebnis der letztgenannten Gruppe, in der vorwiegend Rentner und Pensionäre zusammengefaßt sind, durchaus verständlich. Zusätzlich mag sich hierin natürlich auch die starke Einkommensabhängigkeit des Bausparens auswirken, welche aus der Schichtung nach dem Nettoeinkommen unverkennbar ist.

Erstaunlich gering sind dagegen die Abstufungen nach der Einkommenshöhe, was den Haus- und Grundbesitz betrifft. Immerhin verfügte noch etwa jeder zweite Haushalt in der Gruppe unter 800 DM über diese Vermögensarten. Hierbei ist natürlich zu bedenken, daß neben dem eigenen Hausbau der vorhandene Besitz in vielen Fällen ererbt oder erheiratet sein kann. Die höchste Quote an Haus- und Grundbesitzern stellen erwartungsgemäß die Landwirte mit 95%; bei den restlichen 5% dürfte es sich um Pächter landwirtschaftlicher Betriebe handeln. Aber auch die Selbständigen-Haushalte liegen mit 80% weit über dem Durchschnitt; bei ihnen darf man sogar in vielen Fällen einen Mehrfachbesitz dieser Vermögensart unterstellen.

Dipl.-Volkswirt B. Knoblich

Die wirtschaftliche Leistung des produzierenden Gewerbes 1950 bis 1968

Ergebnisse der Sozialproduktberechnungen

Das produzierende Gewerbe, das sich aus Energiewirtschaft und Wasserversorgung, verarbeitendem Gewerbe und Baugewerbe zusammensetzt, stellt den für Rheinland-Pfalz weitaus wichtigsten Wirtschaftsbereich dar. Sein Anteil an der wirtschaftlichen Leistung des Landes ist während der vergangenen zwei Jahrzehnte im Ganzen stetig gewachsen und macht bereits seit 1960 mehr als 50% des Bruttoinlandsprodukts aus. Im vergangenen Jahr hat es - bedingt durch eine Anzahl Neugründungen von industriellen Großunternehmen - den bis dahin höchsten Stand von 53,5% erreicht. Wegen der gegenüber anderen Wirtschaftsbereichen sehr viel größeren Kapitalausstattung sind im produzierenden Gewerbe allerdings relativ weniger Arbeitskräfte tätig. In den letzten Jahren waren es nach den Ergebnissen des Mikrozensus jeweils zwischen 41 und 43%, also rund ein Fünftel weniger, als es seinem Anteil am Sozialprodukt entspricht.

ger Konjunkturzyklus eingetreten. Die Gipfelpunkte der wirtschaftlichen Aktivität liegen in den Jahren 1951, 1955, 1960, 1964 und 1968, mit Zuwachsraten von jeweils mehr als 10%. Auf ebenfalls mehr als 10% stellte sich das wirtschaftliche Wachstum außerdem in den Jahren 1952, 1953, 1959 und 1961, während 1957, 1958 und 1967 die Veränderungs-raten 5% oder weniger betrugen.

Für die Wirtschaftsstruktur des Landes hat das produzierende Gewerbe in der Nachkriegszeit eine immer stärkere Bedeutung gewonnen. Sein Anteil am gesamten Sozialprodukt des Landes ist von 44,9% im Jahre 1950 auf 53,5% im Jahre 1968 angestiegen. Diese strukturelle Verschiebung verlief im großen und ganzen sehr stetig, sieht man einmal von den stoßartigen Impulsen ab, die zu Beginn der 50er und der 60er Jahre vom Baugewerbe auf die Gesamtentwicklung ausgegangen sind.

Bedingt durch die gegenüber dem Bundesergebnis etwas stärkere Aufwärtsentwicklung - insbeson-

1. Nominales Sozialprodukt

Das Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz belief sich im Jahre 1968 - bei nominaler Betrachtungsweise, das heißt bewertet mit den Marktpreisen des jeweiligen Jahres - auf rund 14,5 Mrd. DM. Es hat sich damit gegenüber 1950, als es nur 2,3 Mrd. DM erreichte, mehr als versechsfacht, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von nahezu 11% entspricht. In keinem Jahr des Berichtszeitraums ist für das produzierende Gewerbe ein Rückgang festzustellen; gleichwohl zeichnen sich im zeitlichen Entwicklungsverlauf eine Reihe konjunkturbedingter Schwankungen ab, deren Expansionsphasen durch größer werdende Zuwachsraten charakterisiert sind, während sich die Kontraktionsphasen auf ein Schrumpfen der Wachstumsraten beschränken. Der Konjunkturverlauf des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz im Berichtszeitraum zeigt deutlich den vierjährigen Zyklus der Kitchin-Wellen. Lediglich in der zweiten Hälfte der 50er Jahre ist anstelle des vierjährigen ein fünfjähri-

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes 1950 - 1968
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am	
				BIP	Bundes- ergebnis
1950	2 277	.	100	44,9	4,7
1951	2 986	31,1	131	46,6	4,9
1952	3 465	16,0	152	46,9	5,0
1953	3 882	12,0	170	48,8	5,1
1954	4 170	7,4	183	48,6	5,1
1955	4 784	14,7	210	49,5	5,0
1956	5 157	7,8	226	49,5	4,9
1957	5 251	1,8	231	48,0	4,6
1958	5 523	5,2	243	47,8	4,6
1959	6 117	10,8	269	48,8	4,6
1960	6 951	13,6	305	50,0	4,4
1961	7 746	11,4	340	50,6	4,4
1962	8 444	9,0	371	51,1	4,4
1963	9 271	9,8	407	51,0	4,7
1964	10 249	10,5	450	51,6	4,7
1965	11 187	9,2	491	51,4	4,7
1966	12 151	8,6	534	51,3	4,9
1967 ^p	12 739	4,8	559	51,7	5,3
1968 ^s	14 545	14,2	639	53,5	5,4

dere in der zweiten Hälfte des Berichtszeitraums - hat der rheinland-pfälzische Anteil am Sozialprodukt des produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet um 0,7 Punkte von 4,7 auf 5,4% zugenommen. Seinen niedrigsten Stand hatte er in den Jahren 1960 bis 1962 mit jeweils 4,4% erreicht. Der Grund für die im Vergleich zur Bundesentwicklung seit Beginn der 60er Jahre wesentlich höheren Zuwachsraten des produzierenden Gewerbes - die rheinland-pfälzische Meßzahl auf Basis 1960 beläuft sich 1968 auf 209, die des Bundesgebietes dagegen auf 171 - ist unter anderem darin zu sehen, daß in Rheinland-Pfalz einige Industriezweige mit überdurchschnittlich hohen Quoten an der Produktion beteiligt sind, die sich als typische Wachstumsindustrien herausgestellt haben, wie die chemische Industrie. Allerdings darf dabei nicht übersehen werden, daß auch die Neugründung einer Reihe industrieller Großunternehmen wesentlich zu diesem positiven Ergebnis beitrug.

Die gleiche konjunkturelle Entwicklung wie in Rheinland-Pfalz nahm das produzierende Gewerbe im Bundesgebiet. Die Gipfelpunkte, das heißt die Jahre mit den höchsten Zuwachsraten innerhalb einer Konjunkturperiode, sind hier die gleichen wie in Rheinland-Pfalz. Dagegen wurde die „Talsole“ in zwei Fällen, 1958 und 1963, erst ein Jahr später als in Rheinland-Pfalz erreicht. Insgesamt hat das Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes im Bundesgebiet während des Berichtszeitraums um nicht ganz das Viereinhalbfache von 48 Mrd. auf 255 Mrd. DM zugenommen, was einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von rund 10% gleichkommt. Unter den Ländern des Bundesgebiets liegt Rheinland-Pfalz mit einer durchschnittlichen jährlichen Zuwachsrate von nahezu 11% an der Spitze, gefolgt von Baden-Württemberg, Hessen und Bayern, die ebenfalls mehr als 10% erreichten. In regionaler Sicht ist das Wachstum des produzierenden Gewerbes ziemlich ausgeglichen gewesen, da die Spanne zwischen der höchsten und niedrigsten Zuwachsrate der Länder nur rund 3 Punkte ausmacht. Hierbei sind das Saarland und Berlin (West) nicht berücksichtigt, da für diese beiden Länder vergleichbare Sozialproduktberechnungen erst ab 1960 vorliegen.

Den Hauptanteil an der wirtschaftlichen Leistung des produzierenden Gewerbes hat das v e r a r b e i t e n d e G e w e r b e, auf das im Jahre 1967 - für 1968 liegen zur Zeit noch keine Ergebnisse in der Gliederung nach elf Wirtschaftsbereichen vor - mit 10,4 Mrd. DM über vier Fünftel des Bruttoinlandsprodukts dieses Bereichs entfielen. Hier ist es wiederum die Industrie, gegenüber deren Leistungsvolumen das Handwerk nur von untergeordneter Bedeutung bleibt. Insbesondere können die chemische Industrie, die Industrie der Steine und Erden, der Maschinen- und Straßenfahrzeugbau, die Schuhindustrie und die Ernährungsindustrie mit Umsätzen von jeweils mehr als 1 Mrd. DM - allein die chemische Industrie setzte mehr als 5 Mrd. DM um - als Hauptträger der industriellen Leistungskraft apostrophiert werden. Wegen seines hohen Anteils ist das verarbeitende Gewerbe von bestim-

memdem Einfluß auf die konjunkturelle Entwicklung des gesamten produzierenden Gewerbes. Sowohl die Gipfelpunkte als auch die Tiefpunkte des Wachstums stimmen mit denen des produzierenden Gewerbes überein. Allerdings sind graduelle Unterschiede im Niveau des Wachstums vorhanden, die durch Sonderentwicklungen in der Bauwirtschaft und zum Teil in der Energiewirtschaft, den beiden anderen Zweigen des produzierenden Gewerbes, begründet sind. Im ganzen gesehen ist die nominale Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes während der letzten zwei Jahrzehnte geringfügig schwächer gewesen als die des produzierenden Gewerbes. Seine Meßzahl auf Basis 1950 beläuft sich 1967 auf 537 gegenüber 559 im produzierenden Gewerbe, das durchschnittliche jährliche Wachstum damit auf 10,4% gegenüber 10,7%.

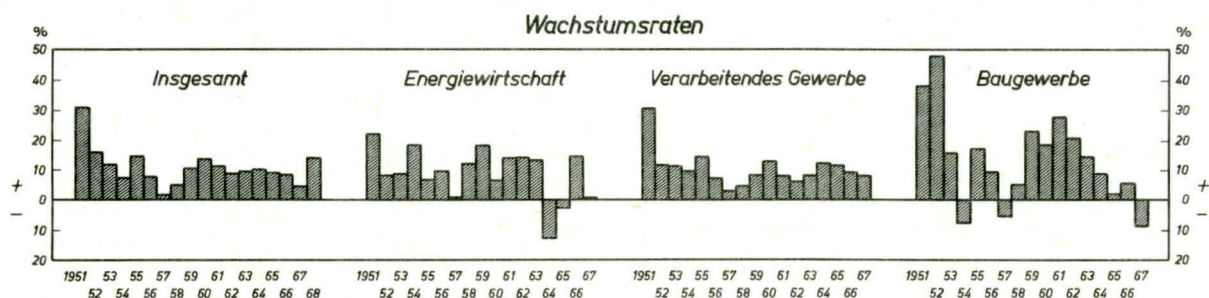
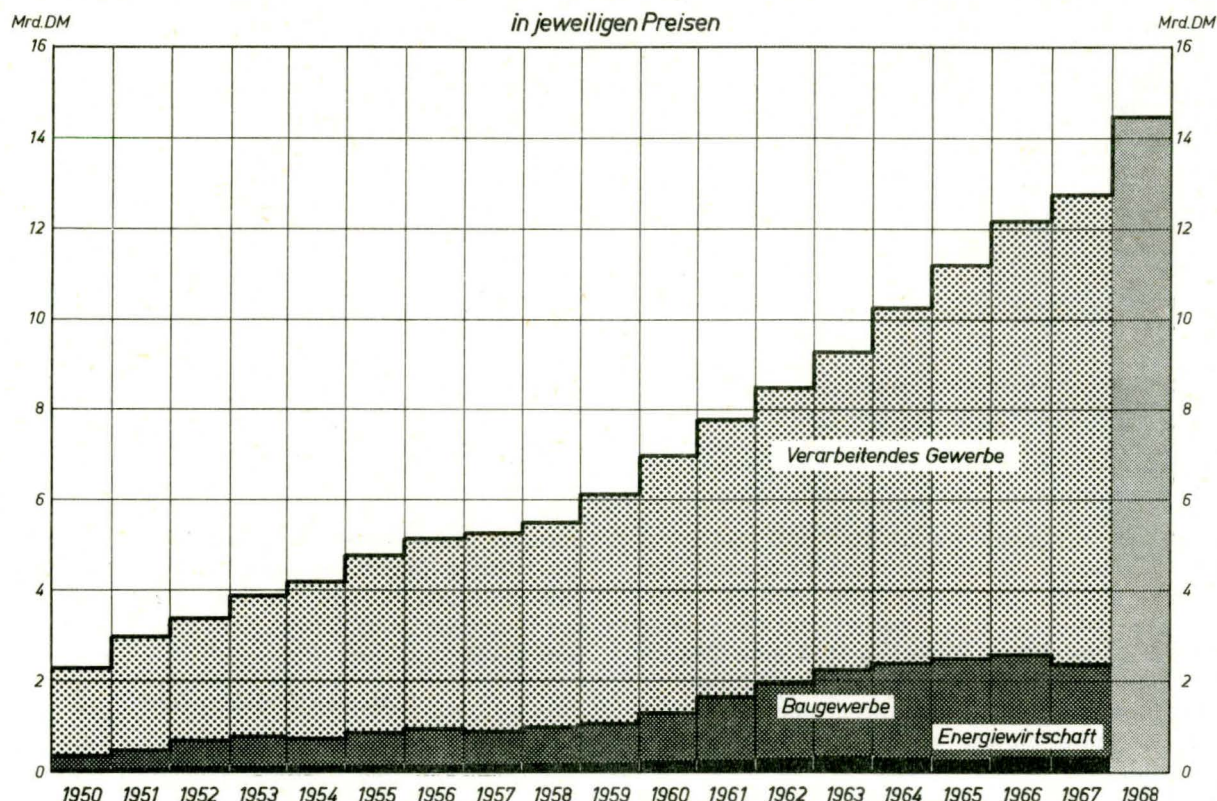
Zum gesamten Bruttoinlandsprodukt des Landes trug 1967 das verarbeitende Gewerbe 42,0% bei; 1950 hatte diese Quote erst 38,0% ausgemacht. Größere Schwankungen konnten während des Berichtszeitraums nicht festgestellt werden, mit Ausnahme des Jahres 1967, als der Anteil - bedingt durch die im Vergleich zu den übrigen Wirtschaftszweigen sehr positive Entwicklung - um 1,6 Punkte anstieg. Zum Bundesergebnis steuerte das verarbeitende Gewerbe des Landes im Jahre 1967 den geringfügig über dem Durchschnitt liegenden Anteil von 5,4% bei. 1950 hatte diese Quote 5,1% ausgemacht, war jedoch nach einem Anstieg bis in die Mitte der 50er Jahre (5,4%) auf 4,4% im Jahre 1962 zurückgefallen.

Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) nahm das Bruttoinlandsprodukt des verarbeitenden Gewerbes zwischen 1950 und 1967 um das 3,7fache von 38 Mrd. auf 180 Mrd. DM, das heißt um jährlich 9,6%, zu. Unter den Ländern des Bundesgebiets rangiert Baden-Württemberg mit einem durchschnittlichen jährlichen Wachstum von 10,6% an erster Stelle vor Rheinland-Pfalz und Hessen mit ebenfalls mehr als 10%. Auch beim verarbeitenden Gewerbe verlief die regionale Entwicklung in den vergangenen zwei Jahrzehnten ziemlich gleichmäßig. Die Spanne zwischen höchstem und niedrigstem jährlichem Wachstum macht wie beim produzierenden Gewerbe weniger als drei Punkte aus.

Vom Volumen her sehr gering ist das Bruttoinlandsprodukt von E n e r g i e w i r t s c h a f t, Bergbau und Wasserversorgung, das sich 1967 in Rheinland-Pfalz auf 364 Mill. DM belief. Gegenüber 1950 mit 89 Mill. DM stellt dieser Betrag etwas mehr als das Vierfache des damaligen Wertes dar, so daß sich für die Energiewirtschaft ein jährliches Wachstum von 8,6% errechnet. Das rechnerische Durchschnittswachstum setzt sich jedoch aus einer Reihe sehr unterschiedlicher Jahreswachstumsraten zusammen, die keinen einheitlichen Trend erkennen lassen.

Das geringe Volumen der Energiewirtschaft schlägt sich in einer nominalen Anteilsquote beim Landesergebnis nieder; 1967 hat dieser Wirtschaftszweig nur noch 1,5% zum rheinland-pfälzischen Brutto-

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes nach Wirtschaftsbereichen 1950-1968



inlandsprodukt beigesteuert. Dies ist umso erstaunlicher, als sich der Anteil zwischen 1950 und 1963 sogar von 1,8 auf 2,1% vergrößern konnte, dann aber durch den starken Einbruch 1964, der durch die Stilllegung von Gruben im Bergbau bewirkt wurde, um 0,5 Punkte zurückging und sich damit auf das jetzige Niveau einstellte. Zum Bundesergebnis steuerte die Energiewirtschaft des Landes 1967 nur 2,0% bei.

Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) hat das Sozialprodukt der Energiewirtschaft zwischen 1950 und 1967 um das 2,2fache von 5,4 Mrd. auf 17,2 Mrd. DM zugenommen. Das entspricht einem durchschnittlichen jährlichen Zuwachs von 7,0%. Hierzu muß allerdings bemerkt werden, daß die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, wo das So-

zialprodukt der Energiewirtschaft in dieser Zeit nur um jährlich 5,8% zugenommen hat, dieses Ergebnis im wesentlichen bestimmt, da auf dieses Land 1967 noch die Hälfte des gesamten Sozialprodukts des Bundesgebiets im Bereich Energiewirtschaft entfiel. Den höchsten Zuwachs unter den Ländern erzielte Schleswig-Holstein mit jährlich 12,0%. Hier zeigen sich also bereits ziemlich deutlich regionale Unterschiede im wirtschaftlichen Wachstum.

Unter allen in den Sozialproduktsberechnungen nachgewiesenen Wirtschaftsbereichen hatte das Baugewerbe in den vergangenen Jahren die weitaus stärkste Aufwärtsentwicklung zu verzeichnen. Seine wirtschaftliche Leistung vergrößerte sich von 262 Mill. DM im Jahre 1950 um nahezu das

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes nach Wirtschaftsbereichen 1950 - 1967
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Energiewirtschaft					Verarbeitendes Gewerbe					Baugewerbe				
	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am		Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am	
				BIP	Bundesergebnis				BIP	Bundesergebnis				BIP	Bundesergebnis
1950	89	.	100	1,8	1,7	1 926	.	100	38,0	5,1	262	.	100	5,2	5,2
1951	108	21,1	121	1,7	1,6	2 517	30,7	131	39,3	5,2	361	37,9	138	5,6	5,8
1952	117	8,1	131	1,6	1,5	2 814	11,8	146	38,1	5,2	534	47,9	204	7,2	7,5
1953	127	8,8	142	1,6	1,4	3 136	11,4	163	39,4	5,4	619	15,9	236	7,8	7,3
1954	151	18,3	168	1,8	1,6	3 446	9,9	179	40,2	5,4	573	- 7,4	219	6,7	6,3
1955	161	6,8	180	1,7	1,5	3 952	14,7	205	40,9	5,4	671	17,1	256	6,9	5,9
1956	177	9,8	198	1,7	1,5	4 245	7,4	220	40,7	5,3	735	9,5	281	7,0	5,8
1957	178	0,9	199	1,6	1,4	4 376	3,1	227	40,0	5,0	697	- 5,2	266	6,4	5,3
1958	200	12,2	224	1,7	1,5	4 589	4,9	238	39,7	5,0	734	5,3	280	6,3	5,1
1959	237	18,3	265	1,9	1,7	4 978	8,5	258	39,7	4,9	902	23,0	345	7,2	5,3
1960	252	6,4	282	1,8	1,6	5 632	13,1	292	40,6	4,6	1 067	18,3	408	7,7	5,3
1961	288	14,2	324	1,9	1,8	6 096	8,2	317	39,8	4,5	1 362	27,6	520	8,9	5,9
1962	329	14,3	367	2,0	2,0	6 474	6,2	336	39,2	4,4	1 641	20,5	626	9,9	6,2
1963	373	13,4	419	2,1	2,1	7 017	8,4	364	38,6	4,6	1 881	14,6	718	10,3	6,6
1964	325	- 12,9	365	1,6	1,8	7 874	12,2	409	39,7	4,7	2 050	9,0	782	10,3	6,2
1965	316	- 2,7	355	1,5	1,7	8 777	11,5	456	40,4	4,7	2 093	2,1	799	9,6	6,1
1966	362	14,6	407	1,5	2,0	9 576	9,1	497	40,4	4,9	2 213	5,7	845	9,3	6,2
1967 ^P	364	0,3	409	1,5	2,0	10 350	8,1	537	42,0	5,4	2 025	- 8,5	773	8,2	6,1

Siebenfache auf mehr als 2,0 Mrd. DM 1967, was einem jährlichen Wachstum von durchschnittlich fast 13% gleichkommt. Besonders hohe Zuwachsraten erreichte die Bauwirtschaft in der ersten Hälfte der 50er Jahre. Zwischen 1950 und 1953 ermöglichten günstige Witterungsbedingungen in Verbindung mit dem Großbauprogramm der damaligen Besatzungsmächte einen jährlichen Anstieg des Sozialprodukts um durchschnittlich ein Drittel. Eine zweite Phase stärkster Expansion leitete 1959 die Aufnahme der Arbeiten zur Moselkanalisierung ein. Die fünf Jahre bis einschließlich 1963 sind durch ein jährliches Wachstum von durchschnittlich rund 20% gekennzeichnet. In der Folgezeit schrumpften die Zuwachsraten wieder. Erstmals seit Mitte der 50er Jahre war 1967, in dem Jahr der allgemeinen wirtschaftlichen Rezession, mit - 8,5% ein Rückgang im Bruttoinlandsprodukt des Baugewerbes zu verzeichnen, der jedoch durch die Belebung der wirtschaftlichen Aktivität im folgenden Jahr wieder aufgeholt werden konnte.

Bedingt durch die enorme Expansion im Berichtszeitraum hat das Baugewerbe seinen Anteil am Sozialprodukt des Landes von 5,2% im Jahre 1950 auf 8,2% im Jahre 1967 ausdehnen können. Die höchsten Quoten erreichte es 1963 und 1964, als die Baumaßnahmen im Rahmen der Moselkanalisierung ihren Höhepunkt erreicht hatten, mit jeweils mehr als einem Zehntel. Am Bundesergebnis war die rheinland-pfälzische Bauwirtschaft 1967 überdurchschnittlich hoch mit 6,1% beteiligt. Während des Booms im Besatzungsbau Anfang der 50er Jahre war diese Quote sogar bis auf 7,5% (1952) geklettert; 1963 hat sie mit 6,6% einen weiteren Gipfelpunkt erreicht.

Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) ist das Bruttoinlandsprodukt des Baugewerbes zwischen 1950 und 1967 um mehr als das Fünffache oder jährlich 11,4% gewachsen. Auch in diesem Bereich hat die Bauwirtschaft von Rheinland-Pfalz

unter den Ländern des Bundesgebiets mit + 12,8% die höchste jährliche Zunahme erzielt. Ebenfalls eine mehr als 12%ige jährliche Steigerung erfuhr das Baugewerbe in diesem Zeitraum in Hessen und Baden-Württemberg.

2. Reales Sozialprodukt

Die reale Entwicklung des produzierenden Gewerbes im Berichtszeitraum läßt sich anhand des Bruttoinlandsprodukts in konstanten Preisen (Preise des Jahres 1954) verfolgen. Sie zeigt, obwohl nunmehr die Preiseinflüsse ausgeschaltet sind, ausnahmslos den gleichen konjunkturellen Verlauf wie die nominale Entwicklung. Lediglich ihr Trend weist wegen der fehlenden Preiskomponente einen geringeren Anstieg auf. Die höchsten Zuwachsraten fallen auf den Beginn der 50er Jahre; 1951 bis 1953 betrug das reale Wachstum des produzierenden Gewerbes jeweils 15% oder mehr. Auch 1955, 1960 und 1964 - Angaben für 1968 liegen zur Zeit noch nicht vor, doch dürfte hier ebenfalls ein beachtlicher

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes 1950 - 1967
(in Preisen von 1954)

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am	
				BIP	Bundesergebnis
1950	2 464	.	100	42,4	4,6
1951	2 903	17,8	118	43,2	4,8
1952	3 375	16,3	137	45,5	4,9
1953	3 881	15,0	158	48,3	5,1
1954	4 170	7,4	169	48,6	5,1
1955	4 768	14,3	194	50,7	5,0
1956	5 044	5,8	205	51,6	4,9
1957	5 112	1,3	207	50,9	4,7
1958	5 251	2,7	213	50,4	4,7
1959	5 704	8,6	231	51,1	4,7
1960	6 347	11,3	258	52,1	4,5
1961	6 719	5,9	273	52,6	4,5
1962	7 025	4,6	285	53,8	4,5
1963	7 443	6,0	302	53,6	4,6
1964	8 203	10,2	333	54,7	4,7
1965	8 844	7,8	359	55,8	4,7
1966	9 466	7,0	384	57,2	4,9
1967 ^P	9 940	5,0	403	58,0	5,3

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes nach Wirtschaftsbereichen 1950 - 1967
(in Preisen von 1954)

Jahr	Energiewirtschaft					Verarbeitendes Gewerbe					Baugewerbe				
	Mill. DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1950= 100	Anteil in % am		Mill. DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1950= 100	Anteil in % am		Mill. DM	Verän- derung zum Vorjahr in %	1950= 100	Anteil in % am	
				BIP	Bun- des- er- gebnis				BIP	Bun- des- er- gebnis				BIP	Bun- des- er- gebnis
1950	110	.	100	1,9	1,4	2 048	.	100	35,2	5,2	306	.	100	5,3	5,2
1951	118	6,6	107	1,7	1,3	2 403	17,4	117	35,7	5,3	382	24,7	125	5,7	5,8
1952	123	4,7	112	1,7	1,3	2 706	12,6	132	36,5	5,3	546	43,1	178	7,4	7,5
1953	132	7,4	120	1,6	1,4	3 114	15,1	152	38,8	5,4	635	16,3	208	7,9	7,3
1954	151	14,0	137	1,8	1,6	3 446	10,7	168	40,2	5,4	573	- 9,8	187	6,7	6,3
1955	177	17,7	161	1,9	1,7	3 957	14,8	193	42,0	5,3	634	10,7	207	6,7	5,9
1956	187	5,3	169	1,9	1,6	4 192	5,9	205	42,9	5,3	665	4,9	217	6,8	5,8
1957	196	4,8	177	1,9	1,7	4 320	3,0	211	43,0	5,1	596	- 10,4	195	5,9	5,3
1958	207	5,8	188	2,0	1,8	4 450	3,0	217	42,7	5,0	594	- 0,3	194	5,7	5,1
1959	218	5,4	198	2,0	1,9	4 803	7,9	235	43,0	5,0	683	14,9	223	6,1	5,3
1960	228	4,4	207	1,9	1,7	5 373	11,9	262	44,1	4,7	746	9,1	244	6,1	5,3
1961	220	- 3,6	200	1,7	1,6	5 610	4,4	274	43,9	4,6	889	19,3	291	7,0	5,9
1962	249	13,3	226	1,9	1,7	5 799	3,4	283	44,4	4,6	977	9,9	319	7,5	6,2
1963	280	12,5	255	2,0	1,9	6 103	5,2	298	43,9	4,7	1 060	8,5	346	7,6	6,6
1964	267	- 4,5	243	1,8	1,7	6 823	11,8	333	45,5	4,8	1 113	5,0	364	7,4	6,2
1965	257	- 3,7	234	1,6	1,7	7 470	9,5	365	47,2	4,9	1 116	0,3	365	7,0	6,1
1966	302	17,2	275	1,8	1,9	8 007	7,2	391	48,4	5,1	1 158	3,7	378	7,0	6,2
1967 ^p	310	2,7	282	1,8	2,0	8 531	6,5	417	49,8	5,5	1 100	- 5,0	359	6,4	6,2

Zuwachs zu verzeichnen sein - lagen die Wachstumsraten jeweils über 10%. Die niedrigsten realen Zuwachsraten hatte das produzierende Gewerbe 1957 und 1958 mit jeweils weniger als 3%. Auch hier stimmt, wie bei der nominalen Betrachtungsweise, die Entwicklung des verarbeitenden Gewerbes in allen wesentlichen Punkten mit derjenigen im produzierenden Gewerbe überein. Das gleiche gilt auch für Energiewirtschaft und Baugewerbe, wobei allerdings der nominale Trend im Baugewerbe wegen des in diesem Bereich sehr starken Preisauftriebs vergleichsweise wesentlich stärker verläuft als der reale.

Zwischen 1950 und 1967 ist das reale Sozialprodukt des produzierenden Gewerbes von 2,5 Mrd. DM um das Dreifache auf 9,9 Mrd. DM angewachsen. Das entspricht einem durchschnittlichen Zuwachs in jedem Jahr von 8,6%. Hiervon entfallen auf das verarbeitende Gewerbe 8,5 Mrd. DM, auf das Baugewerbe 1,1 Mrd. DM und auf die Energiewirtschaft 0,3 Mrd. DM. Die beiden letztgenannten Wirtschaftsbereiche konnten ihr Bruttoinlandsprodukt seit 1950 real um das 2,6fache oder jährlich 7,8% bzw. um das 1,8fache oder jährlich 6,3% steigern, während das verarbeitende wie das produzierende Gewerbe, an dem es zu über 85% beteiligt ist, real um mehr als das Dreifache oder 8,8% jährlich zunahm.

Bei einer strukturellen Betrachtung fällt auf, daß 1967 der Anteil des verarbeitenden Gewerbes und der Energiewirtschaft am Bruttoinlandsprodukt des Landes in konstanten Preisen höher, derjenige des Baugewerbes dagegen niedriger ist als bei nominaler Darstellung, während er 1950 etwa das gleiche Niveau hatte und beim verarbeitenden Gewerbe sogar ebenfalls noch niedriger war. Insgesamt gesehen hat im Jahre 1967 das produzierende Gewerbe 58,0% zum rheinland-pfälzischen Sozialprodukt beigetragen - das sind über 6 Punkte mehr als in jeweiligen Preisen - gegenüber nur 42,4% (nominal 44,9%) zu Beginn des Berichtszeitraums. Diese

Entwicklung hat ihre Ursache in der sehr unterschiedlichen Preisentwicklung der Wirtschaftsbereiche, unter denen das verarbeitende bzw. produzierende Gewerbe die mit Abstand niedrigsten Preissteigerungen aufweist. Hingegen stimmten bei allen Zweigen des produzierenden Gewerbes und in sämtlichen Jahren des Berichtszeitraums die realen rheinland-pfälzischen Anteile am Bundesergebnis fast genau mit den nominalen überein.

Im Bundesgebiet (ohne Saarland und Berlin) hat das Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes real um das 2,3fache von 53,4 Mrd. DM 1950 auf 177,1 Mrd. DM 1967 zugenommen, im Durchschnitt also jedes Jahr um 7,3%. Unter den Ländern rangieren Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg gemeinsam mit einem jährlichen Zuwachs von je 8,6% an erster Stelle vor Hessen und Bayern, die ebenfalls noch mehr als 8% erreichten. Real betrachtet sind die regionalen Wachstumsdifferenzen geringer als nominal, was sich auch aus einer Einzelbetrachtung der drei Wirtschaftsbereiche ergibt.

3. Preisentwicklung

Der Vergleich der nominalen und realen Entwicklung des Sozialprodukts ermöglicht Aussagen über die Preisentwicklung in der gesamten Volkswirtschaft und auch in den einzelnen Wirtschaftsbereichen. Dividiert man nämlich das nominale Bruttoinlandsprodukt durch das reale, so erhält man Preisindizes auf der Basis 1954. Diese Preisindizes haben freilich eine wechselnde Wägung, das heißt, ihnen liegt der „Warenkorb“ des jeweiligen Berichtsjahres zugrunde. Sie zeigen den Preisstand im Berichtsjahr verglichen mit dem von 1954. Die Entwicklung gegenüber dem jeweiligen Vorjahr ist aus ihnen allerdings - wegen der wechselnden Wägung - nur mit einer gewissen Einschränkung abzulesen.

Das produzierende Gewerbe hatte im Berichtszeitraum, wie an anderer Stelle bereits angedeutet,

Preisindizes des Bruttoinlandsprodukts im produzierenden Gewerbe nach Wirtschaftsbereichen 1950 - 1967
(auf Basis 1954 = 100)

Jahr	Insgesamt			Energiewirtschaft			Verarbeitendes Gewerbe			Baugewerbe		
	Index	Veränderung zum Vorjahr in %	Meßzahl 1950=100	Index	Veränderung zum Vorjahr in %	Meßzahl 1950=100	Index	Veränderung zum Vorjahr in %	Meßzahl 1950=100	Index	Veränderung zum Vorjahr in %	Meßzahl 1950=100
1950	92	.	100	81	.	100	94	.	100	86	.	100
1951	103	11,3	111	92	13,1	113	105	11,4	111	95	10,4	110
1952	103	- 0,2	111	95	3,9	118	104	- 0,7	111	98	3,5	114
1953	100	- 2,6	108	96	1,1	119	101	- 3,2	107	97	- 0,3	114
1954	100	- 0,0	108	100	3,9	124	100	- 0,7	106	100	2,6	117
1955	100	0,3	109	91	- 9,0	112	100	- 0,1	106	106	5,8	124
1956	102	1,9	111	95	4,1	117	101	1,4	108	111	4,4	129
1957	103	0,5	111	91	- 4,1	112	101	0,0	108	117	5,8	137
1958	105	2,4	114	97	6,4	119	103	1,8	110	124	5,7	144
1959	107	2,0	116	109	12,5	134	104	0,5	110	132	6,9	154
1960	110	2,1	119	111	1,7	137	105	1,1	111	143	8,3	167
1961	115	5,3	125	131	18,4	162	109	3,7	116	153	7,1	179
1962	120	4,3	130	132	0,9	163	112	2,7	119	168	9,6	196
1963	125	3,6	135	133	0,8	165	115	3,0	122	177	5,7	207
1964	125	0,3	135	122	- 8,6	150	115	0,4	123	184	3,8	215
1965	126	1,2	137	123	1,0	152	117	1,8	125	188	1,8	219
1966	128	1,5	139	120	- 2,5	148	120	1,8	127	191	1,9	223
1967 ^P	128	- 0,2	139	117	- 2,0	145	121	1,4	129	184	- 3,7	215

den geringsten Preisanstieg unter allen vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen, von der Land- und Forstwirtschaft einmal abgesehen, wo die Preisauftriebstendenzen noch um ein geringes niedriger waren. Der Preisindex auf Basis 1954 belief sich 1967 für das produzierende Gewerbe auf 128, was einer Steigerung seit 1950 um insgesamt 39% oder um jährlich etwas weniger als 2,0% gleichkommt. Im gleichen Zeitraum stieg der Preisindex des gesamten Sozialprodukts des Landes um 65% oder 3,0% jährlich. Den größten Einfluß auf den recht niedrigen Anstieg hat das verarbeitende Gewerbe, dessen Preisniveau sich von 1950 auf 1967 nur um 29% hob (jährlich + 1,5%), während die Energiewirtschaft mit einer Zunahme von 45% (jährlich + 2,2%) schon näher an die Gesamtpreisentwicklung heranrückte. Dagegen stiegen im Baugewerbe die Preise überdurchschnittlich stark auf mehr als das Doppelte von 1950 (+ 115%), von Jahr zu Jahr also um 4,6%. Ähnlich verlief die Preisentwicklung im Bundesgebiet, obgleich hier die Energiewirtschaft mit einer Zunahme von insgesamt 75% (jährlich 3,4%) stärker von Preissteigerungstendenzen betroffen war als in Rheinland-Pfalz.

4. Wertschöpfung

Das Nettoinlandsprodukt zu Faktorkosten stellt die im Inland erbrachte Wertschöpfung dar. Es wird durch Subtraktion der indirekten Steuern, die um die Subventionen gekürzt sind, und der Abschreibungen vom Bruttoinlandsprodukt zu Marktpreisen ermittelt und setzt sich somit aus der Summe der gezahlten Löhne und Gehälter (einschließlich Sozialversicherung), der Zinsen, Nettomieten und des Gewinns zusammen. Das Nettoinlandsprodukt des rheinland-pfälzischen produzierenden Gewerbes bezifferte sich im Jahre 1967 auf 9,1 Mrd. DM. Das entspricht einem Anteil am Bruttoinlandsprodukt dieses Bereichs von 71,6%. Auf indirekte Steuern (minus Subventionen) und Abschreibungen, von denen die Steuern mit über 15% ein etwas stärkeres Gewicht haben als die Abschreibungen

(etwa 10%) - die Subventionen machen nicht mehr als rund 1% des Sozialprodukts aus -, entfiel mithin reichlich ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts. Dieser Prozentsatz, der 1950 noch 25,8% betrug, blieb während der ersten zehn Jahre des Berichtszeitraums nahezu unverändert, um danach zunächst schwach, dann aber mit zunehmender Intensität anzusteigen. Allein von 1966 auf 1967 vergrößerte sich die Quote infolge wachsender indirekter Steuern und Abschreibungen bei gleichzeitiger Stagnation der Subventionen um 1,6 Punkte von 26,8 auf 28,4%. Aus der im ganzen gesehen jedoch ungefähr gleichgebliebenen Belastung des Bruttoinlandsprodukts mit Steuern und Abschreibungen resultiert ein fast völlig gleichartiger Verlauf in der Entwicklung von Brutto- und Nettoinlandsprodukt.

Der Anteil der indirekten Steuern und Abschreibungen am Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes wird 1967 unter den vier zusammengefaßten Wirtschaftsbereichen lediglich vom Handel und Verkehr überboten, wo er 33,9% betrug. Die Land- und Forstwirtschaft (11,8%) und die Dienst-

Nettoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes 1950 - 1967
(in jeweiligen Preisen)

Jahr	Mill. DM	Veränderung zum Vorjahr in %	1950=100	Anteil in % am	
				NIP	BIP des Bereichs
1950	1 689	.	100	43,2	74,2
1951	2 228	31,9	132	45,0	74,6
1952	2 592	16,3	153	45,5	74,8
1953	2 915	12,5	173	47,3	75,1
1954	3 110	6,7	184	46,8	74,6
1955	3 628	16,7	215	48,0	75,8
1956	3 901	7,5	231	47,7	75,6
1957	3 917	0,4	232	45,8	74,6
1958	4 150	5,9	246	46,0	75,1
1959	4 600	10,8	272	47,4	75,2
1960	5 262	14,4	312	46,8	75,7
1961	5 856	11,3	347	49,5	75,6
1962	6 377	8,9	378	50,1	75,5
1963	6 951	9,0	412	49,6	75,0
1964	7 651	10,1	453	50,1	74,7
1965	8 300	8,5	491	49,8	74,2
1966	8 890	7,1	526	49,2	73,2
1967 ^P	9 118	2,6	540	49,2	71,6

Bruttoinlandsprodukt des produzierenden Gewerbes in den Ländern des Bundesgebiets 1950 und 1968
(in jeweiligen Preisen)

Land	Produzierendes Gewerbe						Energie- wirtschaft		Verarbeitendes Gewerbe		Baugewerbe	
	insgesamt			Anteil am BIP		Anteil am Bundes- ergebnis	Meßzahl	Anteil am BIP	Meßzahl	Anteil am BIP	Meßzahl	Anteil am BIP
	1950	1968 ^s		1950	1968 ^s		1967 ^p					
	Mrd. DM		1950= 100	%			1950= 100	%	1950= 100	%	1950= 100	%
Schleswig-Holstein	1,5	8,1	547	38,1	43,1	3,0	685	3,3	465	31,2	608	7,9
Hamburg	2,5	10,0	404	41,9	35,0	3,7	291	1,0	364	29,1	522	5,1
Niedersachsen	4,7	26,1	550	42,1	48,3	9,7	341	5,1	483	34,3	648	7,2
Bremen	0,7	3,3	453	41,1	39,0	1,2	366	3,3	431	30,2	387	5,2
Nordrhein-Westfalen	18,4	82,8	450	57,9	53,6	30,6	262	6,4	422	39,9	553	6,3
Hessen	4,1	23,7	584	47,0	47,7	8,8	394	2,0	513	37,8	719	7,6
Rheinland-Pfalz	2,3	14,5	639	44,9	53,5	5,4	409	1,5	537	42,0	773	8,2
Baden-Württemberg	6,9	43,9	634	52,0	56,4	16,2	516	1,9	557	46,3	686	7,0
Bayern	7,4	42,9	581	45,6	51,2	15,9	497	2,5	493	40,0	651	7,1
Saarland	.	4,4	.	.	54,0	1,6	.	10,2	.	37,1	.	6,2
Berlin (West)	.	10,9	.	.	52,6	4,0	.	2,1	.	43,3	.	6,0
Bundesgebiet	48,5	270,6	527 ¹⁾	49,6	50,9	100,0	318 ¹⁾	3,8	472 ¹⁾	39,2	623 ¹⁾	6,8

1) Ohne Saarland und Berlin (West).

leistungen (14,4%) sind dagegen in schwächerem Ausmaß von Abschreibungen und indirekten Steuern belastet, wobei allerdings im erstgenannten Wirtschaftszweig die Subventionen von starker Bedeutung sind.

5. Regionale Unterschiede

Da wegen des Fehlens ausreichender Umrechnungsschlüssel auf Gemeindeebene eine Umrechnung der kreisweisen Sozialproduktzahlen auf die Verwaltungsneugliederung in der für eine normale Kreisberechnung üblichen tiefen wirtschaftssystematischen Gliederung nicht möglich war, kann zur Zeit für die kreisfreien Städte und Landkreise nach dem Gebietsstand 7. Juni 1969 nur das Bruttoinlandsprodukt insgesamt ohne Aufteilung nach Wirtschaftsbereichen vorgelegt werden¹⁾. Die nachfolgende Darstellung muß sich daher auf einige wenige „alte“ Daten beschränken, die einen groben Überblick über die regionale Bedeutung des produzierenden Gewerbes in Rheinland-Pfalz geben sollen. Im übrigen sei auf die entsprechende Veröffentlichung in den Statistischen Monatsheften verwiesen²⁾.

Im Landesdurchschnitt machte 1966 der Anteil des produzierenden Gewerbes am Sozialprodukt 51,3% aus, wobei er in den kreisfreien Städten mit einer Quote von 54,2% etwas stärker ins Gewicht fällt als in den Landkreisen (49,1%). Über das stärkste Industriepotential verfügen die Städte Ludwigshafen und Mainz, deren Sozialprodukt im pro-

duzierenden Gewerbe sich 1966 auf 1,9 bzw. 1,1 Mrd. DM bezifferte. Gemessen an der absoluten Höhe des Bruttoinlandsprodukts folgen die Landkreise Neuwied (535 Mill. DM), Mayen (495 Mill. DM) und Kreuznach (405 Mill. DM). Kaum überraschend ist die Tatsache, daß der Gesamtbetrag, der in den Landkreisen erwirtschaftet wurde, mit 6,6 Mrd. DM nicht unbeträchtlich über dem der kreisfreien Städte (5,6 Mrd. DM) liegt. Hier dürfte die Verwaltungsreform jedoch zu einer gewissen Angleichung geführt haben.

Über die Hälfte der damals noch 51 rheinland-pfälzischen Kreise, darunter sechs kreisfreie Städte und 23 Landkreise, waren in ihrer Wirtschaftsstruktur vom produzierenden Gewerbe bestimmt, das dort jeweils mehr als die Hälfte des gesamten Bruttoinlandsprodukts ausmachte. Besonders hohe Anteilssätze verzeichneten die Städte Ludwigshafen und Frankenthal sowie der Landkreis Pirmasens, wo das produzierende Gewerbe jeweils rund drei Viertel des Sozialprodukts ausmacht. In weiteren vier Kreisen, zwei kreisfreien Städten und zwei Landkreisen, überstieg der Beitrag des produzierenden Gewerbes 60%, und zwar in den Städten Zweibrücken und Worms sowie im Unterwesterwaldkreis und im Landkreis Mayen. Ebenfalls noch über dem Landesdurchschnitt von 51,3% lagen die Stadt Speyer und die Landkreise Neuwied, Kirchheimbolanden, Koblenz, Altenkirchen, Birkenfeld, Frankenthal und der Oberwesterwaldkreis. Von vergleichsweise geringerer Bedeutung ist dagegen das produzierende Gewerbe 1966 in der kreisfreien Stadt Koblenz sowie in den Landkreisen Alzey, Mainz, Ludwigshafen, Cochem und Prüm gewesen, wo es jeweils weniger als ein Drittel des Sozialprodukts auf sich vereinigte.

Dipl.-Volkswirt J. Gebauer

1) F. Kuch: Das Wirtschaftsgefüge der neuen kreisfreien Städte und Landkreise. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 22, Heft 6, Juni 1969.

2) J. Gebauer: Regionale Wirtschaftskraft und Wirtschaftsstruktur 1957 bis 1966. Statistische Monatshefte Rheinland-Pfalz, Jg. 21, Heft 9, September 1968.

Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau im Jahre 1968

Die Statistik der Bewilligungen im öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbau wurde ab 1. Januar 1968 insofern erweitert, als nunmehr neben dem sozialen Wohnungsbau im traditionellen Sinne auch die mit direkten staatlichen Hilfen außerhalb des öffentlich geförderten Wohnungsbaues begünstigten Bauvorhaben ausgewiesen werden. Die Notwendigkeit einer Erfassung der begünstigten Wohnungen ergab sich aus der Tatsache, daß in einigen Bundesländern das Verhältnis zwischen beiden Förderungswegen schon bei 50:50 liegt. Die wachsende Bedeutung des direkten Einsatzes staatlicher Mittel im steuerbegünstigten Wohnungsbau ist im wesentlichen darauf zurückzuführen, daß im Rahmen dieses sogenannten Zweiten Förderungsweges auch denjenigen ein Bezug steuerbegünstigter Wohnungen ermöglicht werden soll, die wegen Überschreitung der Einkommensgrenzen keine Sozialwohnung erhalten können und auch nicht in der Lage sind, die Miete für eine nichtsubventionierte steuerbegünstigte Wohnung aufzubringen. Hierbei ist nicht nur an die mit Annuitätzuschüssen nach § 88 des II. WoBauG geförderten Wohnungen gedacht, sondern darüber hinaus auch an Wohnungen, die mit sonstigen, nicht als öffentliche Mittel im Sinne des II. WoBauG geltenden Haushaltsmitteln außerhalb des engeren Bereichs des öffentlich geförderten sozialen Wohnungsbaues gefördert werden. Für Rheinland-Pfalz spielen dabei die im Rahmen des Mittelstands- sowie des II. Investitionsprogramms zur Verfügung gestellten Gelder eine besondere Rolle.

Die folgenden Ausführungen befassen sich zunächst mit dem sozialen Wohnungsbau im engeren Sinne. Die geplanten Maßnahmen des Zweiten Förderungsweges werden abschließend in einem besonderen Abschnitt dargestellt.

1. Sozialer Wohnungsbau

a. Förderungsvolumen: Im Berichtsjahr 1968 wurden in Rheinland-Pfalz Bewilligungsbescheide für insgesamt 5 216 Sozialwohnungen erteilt. Das bedeutet gegenüber 1967 eine Steigerung um knapp 6%. Neben Nordrhein-Westfalen (+14%) ist Rheinland-Pfalz das einzige Bundesland mit einer positiven Veränderungsrate im Vergleich zu 1967. Der Anteil der öffentlich geförderten Woh-

nungen an der gesamten Bauplanung - gemessen an der Anzahl der erteilten Baugenehmigungen - stieg damit gegenüber dem Vorjahr (17%) auf 18% an. Von den geplanten Sozialwohnungen entfielen rund 92% auf vollgeforderte reine Wohnbauten und 8% auf sonstige Wohnbauten, wozu insbesondere solche Bauvorhaben zählen, in denen außer Wohnungen auch gewerbliche oder landwirtschaftlich zu nutzende Räume vorgesehen sind.

Im Hinblick auf die Eigentumsbildung ist die Entwicklung der Wohnungsanteile in Ein- und Zweifamilienhäusern gegenüber dem Mehrfamilienhausbau von besonderer Bedeutung. Unter Vernachlässigung der Wohnungen in Kleinsiedlerstellen und sonstigen Gebäuden (Anstalten, Wohnheime), deren Anteil in den letzten Jahren immer unter 3% lag, ergibt sich dabei folgendes Bild: In den Jahren 1963 bis 1966 bewegte sich der Anteil der Sozialwohnungen in Mehrfamilienhäusern zwischen 39,5 (1966) und 43,6% (1964), in Ein- und Zweifamilienhäusern zwischen 54,5 (1964) und 59,5% (1966). In den beiden folgenden Jahren gewannen die Wohnungen in Mehrfamilienhäusern immer mehr an Gewicht. Auf diese Gruppe entfiel 1968 ein Anteil von 58,2% (1967: 52,6%), während umgekehrt die Bewilligungen für den Bau von Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern von 44,7% (1967) auf nunmehr 40,7% zurückgingen. Noch 1963 waren von 100 geplanten Sozialwohnungen 57 in Ein- und Zweifamilienhäusern und davon der überwiegende Teil in Form von Eigentümerwohnungen vorgesehen. Im Berichtsjahr 1968 waren es nur noch knapp 41 Wohnungen. Aus der beschriebenen Entwicklung wird sehr deutlich ein Nachlassen der Eigentumsbildung im sozialen Wohnungsbau sichtbar.

Im engen Zusammenhang mit den eben gemachten Ausführungen müssen auch die Umschichtungen bei den Bauherren gesehen werden. Noch 1966 dominierten die privaten Bauherren mit einem Anteil von 51% der Sozialwohnungen, während auf diese Bauherrengruppe 1968 nur noch 39% entfielen. Im gleichen Zeitraum wuchs die Bedeutung der gemeinnützigen Wohnungs- und ländlichen Siedlungsunternehmen, deren Anteil von 43% (1966) auf fast 56% im Berichtsjahr anstieg. Rund 1 100 Sozialwohnungen (21%) waren für kinderreiche Fa-

Bewilligte Sozialwohnungen nach Wohnform und Eigentumsverhältnis 1964 - 1968

Jahr	Ins- gesamt	In Mehrfamilienhäusern			In Ein- und Zwei- familienhäusern		In Kleinsiedlerstellen		In sonstigen Gebäuden
		zusammen	eigengenutzte und Kauf- eigentums- wohnungen	Eigen- tümer- wohnungen	zusammen	Eigen- tümer- wohnungen	zusammen	Eigen- tümer- wohnungen	
1964	6 454	2 814	105	24	3 519	3 051	82	62	39
1965	6 171	2 644	8	32	3 466	2 892	26	25	35
1966	4 073	1 609	9	14	2 422	2 100	16	15	26
1967	4 929	2 595	7	8	2 201	1 995	116	109	17
1968	5 216	3 037	44	3	2 124	1 959	14	12	41

milien zweckbestimmt, wobei zu berücksichtigen bleibt, daß Wohnungen, die eventuell später an kinderreiche Familien vergeben werden, ohne daß für sie eine entsprechende Zweckbindung vorgesehen war, in dieser Zahl nicht enthalten sind.

b. **Finanzierungsquellen und Baukosten:** Die Summe aller Finanzierungsmittel der bewilligten Sozialwohnungen, die identisch ist mit den geplanten Gesamtherstellungskosten, wurde 1968 auf 394 Mill. DM veranschlagt, was eine Steigerung um gut 1% gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die Finanzierung erfolgt dabei mit Hilfe öffentlicher Mittel, Kapitalmarktmittel sowie sonstiger Mittel. Öffentliche Mittel im Sinne der Bewilligungsstatistik sind Gelder des Bundes, der Länder und des Lastenausgleichsfonds sowie Mittel der Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit sie unter gleichzeitiger Inanspruchnahme von Landesdarlehen gewährt werden. Nicht zu den öffentlichen Mitteln zählen die im Rahmen des Zweiten Förderungsweges zur Verfügung gestellten Gelder sowie Wohnungsbauprämien, Bürgschaften des Landes, Einkommens- und Grundsteuervergünstigungen u. ä. Als Kapitalmarktmittel bezeichnet man Darlehen und Hypotheken von Pfandbriefin-

Finanzierungsmittel der bewilligten Sozialwohnungen 1959 - 1968

Jahr	Ins- gesamt	Öffentliche Mittel		Kapitalmarkt- mittel		Sonstige Mittel	
	1 000 DM		%	1 000 DM	%	1 000 DM	%
1959	351 039	132 298	37,7	104 022	29,6	114 719	32,7
1960	205 924	66 250	32,2	64 513	31,3	75 161	36,5
1961	273 627	74 963	27,4	98 062	35,8	100 601	36,8
1962	358 130	91 898	25,7	137 890	38,5	128 341	35,8
1963	336 791	76 631	22,8	137 422	40,8	122 738	36,4
1964	390 907	86 291	22,1	146 920	37,6	157 696	40,3
1965	431 835	123 579	28,6	142 060	32,9	166 195	38,5
1966	318 072	91 240	28,7	107 498	33,8	119 334	37,5
1967	389 227	101 226	26,0	138 893	35,7	149 108	38,3
1968	393 855	91 168	23,1	157 833	40,1	144 854	36,8

stituten, Sparkassen, Banken, Versicherungen, sowie Bausparkassen. Zu den sonstigen Mitteln rechnen in erster Linie eigene Ersparnisse, Gegenwert oder Eigenhilfe, eingebrachte Baugrundstücke sowie Arbeitgeber- und Mieterdarlehen.

An der Finanzierung der Sozialwohnungen beteiligte sich die öffentliche Hand mit 91 Mill. DM, was einem Anteil von 23% an den gesamten Finanzierungskosten entspricht. Demgegenüber stehen Kapitalmarktmittel in Höhe von 158 Mill. DM (40%) sowie 145 Mill. DM sonstige Mittel (37%). Noch vor zehn Jahren lag der Anteil der öffentlichen Gelder bei 43%, der der Kapitalmarktmittel bei 26%. Die wachsende Inanspruchnahme des Kapitalmarktes kann wesentlich darauf zurückgeführt werden, daß immer mehr Kreditinstitute ihr Augenmerk auf die Wohnungsbaufinanzierung lenken, so daß auf diesem Gebiet ein verhältnismäßig breites Angebot vorliegt, das zudem noch weitgehend auf die Bedürfnisse im Einzelfall ausgerichtet werden kann.

Bei der Finanzierungsfrage spielt naturgemäß die Entwicklung der Baukosten eine wesentliche Rolle. Die geplanten Gesamtherstellungskosten für Sozialwohnungen in vollgeforderten reinen Wohn-

Veranschlagte Gesamtherstellungskosten
der bewilligten Sozialwohnungen¹⁾ 1959 - 1968

Jahr	Ins- gesamt	Reine Baukosten				
	1 000 DM		% der Gesamt- kosten	DM je Wohnung	DM je cbm	DM je qm
1959	261 305	217 239	83,1	22 991	59	317
1960	154 444	126 665	82,0	26 154	63	338
1961	223 106
1962	282 621	229 644	81,3	31 930	73	389
1963	282 638	223 285	79,0	37 060	83	449
1964	312 097	249 450	79,9	41 506	91	497
1965	311 777	247 639	79,4	44 507	96	531
1966	238 460	182 922	76,7	49 545	99	550
1967	262 036	196 854	75,1	46 373	98	530
1968	297 422	219 110	73,7	45 772	101	535

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude).

bauten - die Kosten der sonstigen Gebäude werden ausgeklammert - beliefen sich 1968 auf rund 297 Mill. DM. Von dieser Summe waren 219 Mill. (74%) für reine Bauleistungen, das heißt Kosten der Bauleistungen am Gebäude, veranschlagt. Der Anteil der reinen Baukosten, der 1958 noch bei 84% lag, hat sich im vergangenen Jahrzehnt infolge ständiger Rationalisierungsmaßnahmen stetig verringert. Andererseits sind die sonstigen Kostenarten (Baugrundstückswerte und Erwerbskosten, Erschließungskosten und Baunebenkosten) durch steigende Baulandpreise und größere und damit kostenaufwendigere Außenanlagen, besonders im Eigenheimbau, kontinuierlich angestiegen.

Die veranschlagten reinen Baukosten einer Wohnungseinheit gingen um 600 DM auf 45 800 DM zurück. Vergleichsweise mußten 1958 nur durchschnittlich 20 600 DM für eine Wohnung aufgewendet werden. Die Baukosten je Quadratmeter Wohnfläche erhöhten sich geringfügig um 1% auf 535 DM. Schließt man Kostensenkungen auf Grund verschlechterter Qualität von Baumaterialien aus, so kann das Preisniveau im Berichtsjahr durchaus als stabil bezeichnet werden. Rationalisierungsbemühungen und wachsender Konkurrenzdruck im Baugewerbe führten zu dieser für den Bauwilligen erfreulichen Entwicklung.

c. **Wohnungsgröße und Raumzahl:** Die durchschnittliche Wohnfläche der bewilligten vollgeforderten Sozialwohnungen lag 1968 bei 85,5 qm, während sie ein Jahr vorher noch 87,4 qm betrug. Eine Differenzierung nach den beiden bedeutendsten Bauherrengruppen läßt einen erheblichen Unterschied in der Wohnungsgröße erkennen. Die Durchschnittsfläche je Wohnung liegt bei privaten Haushalten (104,3 qm) erheblich höher als bei den gemeinnützigen Wohnungsunternehmen (74,3 qm). Die Differenz von 30 qm entspricht etwa zwei Normalräumen. Eine Erklärung dafür liefert die Tatsache, daß Wohnungsunternehmen in erster Linie Mehrfamilienhäuser bauen, deren Wohnungen erfahrungsgemäß kleiner ausfallen als solche in den von privaten Haushalten bevorzugten Ein- und Zweifamilienhäusern. Eine Unterscheidung der Sozialwohnungen nach der Anzahl der vorgesehenen Räume zeigt, daß Vierraumwohnungen mit einem Anteil von 37% die Spitze halten, gefolgt von Fünfraumwohnungen mit 24%, Dreiraumwohnun-

Bewilligte Sozialwohnungen¹⁾ nach Wohnungsgröße
und Bauherren 1959 - 1968

Jahr	Insgesamt			Private Haushalte ²⁾		Gemeinnützige Wohnungs- und ländl. Siedlungsunternehmen ²⁾	
	Raumzahl	cbm	qm	cbm	qm	cbm	qm
	je Wohnung						
1959	4,3	387,0	72,5	432,7	77,3	321,8	65,9
1960	4,5	416,8	77,4	465,2	82,1	347,2	70,9
1961	4,5	.	76,2	471,0	82,8	332,7	66,2
1962	4,6	434,9	82,1	489,2	86,0	347,5	71,9
1963	4,7	446,2	82,5	530,1	89,5	369,7	76,2
1964	4,7	455,0	83,5	528,0	91,2	388,3	78,9
1965	4,7	464,0	83,9	554,3	93,7	369,9	74,4
1966	4,9	499,6	90,1	599,0	99,7	416,8	82,8
1967	4,8	474,5	87,4	635,0	105,3	360,0	74,7
1968	4,7	453,1	85,5	624,3	104,3	361,2	74,3

1) Nur vollgeforderte reine Wohnbauten (Errichtung neuer Gebäude). -
2) Ab 1961 nur vollgeforderte reine Wohnbauten, bei denen Baugrundstücks- und Erwerbskosten ausgewiesen waren.

gen mit 16% und Sechsräumwohnungen mit 13%. Der Anteil der Ein- und Zweiräumwohnungen ging weiter zurück (1,5%). Eine Unterscheidung nach den beiden wichtigsten Gebäudearten ergibt, daß sich bei den Mehrfamilienhäusern die Vierräumwohnung mit einem Anteil von 56% zu einer Art Standardwohnung entwickelt hat. Bei den Sozialwohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern entfallen auf Fünfräumwohnungen 34%, auf Sechsräumwohnungen 31% und auf Wohnungen mit sieben und mehr Räumen 22%.

2. Zweiter Förderungsweg

Zur Abrundung des Gesamtbildes der staatlichen Wohnungsbauförderung mit direkten Mitteln sei

abschließend noch auf die Maßnahmen des Zweiten Förderungsweges im nur steuerbegünstigten sozialen Wohnungsbau eingegangen. Insgesamt wurden dabei in Rheinland-Pfalz im Berichtsjahr 2 247 Wohnungen durch Darlehen in Höhe von 8,9 Mill. DM und durch objektbezogene Zins- bzw. Annuitätzuschüsse in Höhe von 1,4 Mill. DM gefördert. Der Gesamtbetrag der subventionierten Hypotheken und sonstigen Kapitalmarktdarlehen betrug 24,2 Mill. DM. Damit erreichte diese Förderungsförderungsvolumen des Jahres 1968 (7 500 Wohnungen). Von der Gesamtzahl der begünstigten Wohnungen wurden fast 1 300 (58%) im Rahmen des II. Investitionsprogramms sowie knapp 900 Wohnungen (40%) durch das Mittelstandsprogramm der Landesregierung gefördert. Entsprechend den Zielsetzungen des Mittelstandsprogramms handelt es sich bei den geförderten Bauvorhaben ausschließlich um Ein- und Zweifamilienhäuser. Unter dem Gesichtspunkt der Eigentumbildung ist deshalb der relativ geringe Anteil der Mietwohnungen (18%) als positiv zu betrachten. Bei den mit Hilfe des II. Investitionsprogramms geförderten Bauprojekten entfielen dagegen 73% der Wohnungen auf Mehrfamilienhäuser, die restlichen 27% auf Ein- und Zweifamilienhäuser. Der Anteil der Mietwohnungen lag bei 79%. Hierbei ist zu berücksichtigen, daß es bei den Investitionsprogrammen aus konjunkturpolitischen Erwägungen wesentlich auf eine schnelle Mittelvergabe ankam, die wiederum durch Wohnungsbaugesellschaften am ehesten gewährleistet ist.

Dipl.-Volkswirt K.-H. Zimmermann

Ernteaussichten für 1969

1. Witterungsverlauf

Im Gegensatz zu den fünf vorangegangenen Jahren gab es 1968/69 einen langandauernden und schneereichen Winter. Von Anfang Dezember bis Ende Februar herrschte mit nur wenigen kurzen Unterbrechungen überwiegend winterliches Wetter. Lediglich in der zweiten Januarhälfte blieben die Temperaturen längere Zeit über dem Gefrierpunkt. Strengere Frostperioden mit 10 und mehr Kältegraden traten allerdings auch nur während der zweiten Dezember- bzw. Februarwoche auf. Der Winter 1968/69 kann daher keineswegs als besonders kalt angesehen werden. Als außergewöhnlich müssen aber die Schneefälle gelten, die hauptsächlich in der dritten Dezemberwoche, den letzten Dezembertagen und insbesondere in der ersten Februarhälfte fielen. Schneehöhen in diesem Ausmaß waren in Rheinland-Pfalz zuletzt im Winter 1962/63 zu verzeichnen.

Zu Beginn der dritten Februardekade setzte verbreitet Tauwetter ein. Nach wenigen Tagen kam es jedoch unter dem Einfluß von nordöstlicher Kaltluft wieder häufig zu Nachtfrosten und damit zu einer Verzögerung der Schneeschmelze, die nur tagsüber bei wolkenlosem Himmel in Tallagen und an den der Sonne zugeneigten Hängen merkliche Fortschritte zeigte. Dadurch konnten die Flüsse und

Bäche das Schmelzwasser im wesentlichen aufnehmen, so daß größere Überschwemmungen nicht auftraten. Erst in der zweiten Märzwoche blieben die Temperaturen infolge nun herangeführter milder Meeresluft auch nachts über dem Gefrierpunkt, während sie bei Tage auf Werte über 10° C anstiegen. Bis etwa Mitte März taute auch in höheren Lagen und an Nordhängen die Schneedecke ab. Zu diesem Zeitpunkt hatten 1966 im Rheintal bereits die Aprikosen geblüht.

Mit Beginn der zweiten Märzhälfte erreichte aber erneut polare Kaltluft das Gebiet von Rheinland-Pfalz, die öfters Nachtfroste und auch Schneefälle brachte und die Temperaturen tagsüber nur wenige Grade über den Gefrierpunkt ansteigen ließ. Erst Ende der ersten Aprilwoche, als eine warme Luftströmung aus südlichen Breiten die Kaltluft verdrängte, kam es zu einer starken Erwärmung und überall zum Einsetzen des Pflanzenwachstums. Der Beginn der Vegetation lag damit etwa drei Wochen später als im Jahre 1968. Trotzdem waren die allgemeinen Wachstums Voraussetzungen nicht ungünstig, denn größere Schäden an den überwinternden Getreidearten und Futterpflanzen sowie an den Reb- und Obstgehölzen hatte der Winter nicht verursacht. Auch hatte der Boden während der allmählichen Schneeschmelze reichlich Feuchtigkeit

aufgenommen. Lediglich in den Wäldern waren Anfang Dezember und im Februar einige Eis- bzw. Schneebruchschäden entstanden.

Nachdem in der zweiten Aprilwoche kühle Witterung mit starken Regenfällen geherrscht hatte und es Ende der dritten Woche nochmals zu Nachtfrosten und sogar zu starken Schneefällen gekommen war, setzte sich in den letzten Apriltagen endgültig wärmeres Frühlingswetter durch, das mit nur kurzen Unterbrechungen bis Ende der vierten Maiwoche anhielt. In den ersten Maitagen stellte sich mit dem Beginn der Kirschblüte der Vollfrühling ein. Danach kam es bei schwülwarmer Witterung bereits verschiedentlich zur Ausbildung von Gewittern. Die Zeit der kalendermäßigen „Eisheiligen“ war durch sommerliches Wetter mit Temperaturen um 30° C gekennzeichnet. Unmittelbar danach gelangten Kaltluftströmungen aus nördlichen Breiten nach Rheinland-Pfalz und bestimmten für wenige Tage das Wettergeschehen. Die gefürchteten Spätfröste traten – wie im vergangenen Jahre – zu Beginn der dritten Maidekade auf, sie verursachten jedoch keine nennenswerten Schäden.

Von Ende Mai bis Ende Juli wurde der Wetterablauf durch starke Gegensätze charakterisiert. Kühle und regnerische Zeitabschnitte wechselten verschiedentlich mit warmen und trockenen Perioden ab. Ende Mai und Anfang Juni sowie in der dritten Juniwoche und Ende der ersten Julidekade herrschte eine für diese Jahreszeit erheblich zu kühle Witterung. Anfang Juni lagen die Tageshöchstwerte bei 10 bis 12° C, während die Temperaturen nachts nur wenige Grade über dem Gefrierpunkt blieben. Sommerliches Wetter stellte sich dagegen in der zweiten Juniwoche, von Ende Juni bis Ende der ersten Juliwoche und in der zweiten Julidekade ein und hielt dann mehrere Wochen. In der zweiten Julihälfte lagen die Tageshöchsttemperaturen meist über 25°, verschiedentlich sogar über 30° C. Ende der zweiten Julidekade kam es in Verbindung mit Gewittern zu heftigen Regenfällen, die vor allem am Mittelrhein erhebliche Abschwemmungen verursachten. Im übrigen wurde durch diese Niederschläge der Boden wieder reichlich mit Feuchtigkeit versorgt, was sich auf die allgemeine Pflanzenentwicklung positiv auswirkte.

2. Feldfrüchte und Futterpflanzen

a. Getreide: Anfang April wurde der Wachstumsstand des Wintergetreides durchweg geringer als mittel und deutlich schlechter als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres beurteilt. Die ungünstige Bewertung war in erster Linie eine Folge des späten Vegetationsbeginns. Von geringen Ausnahmen abgesehen, herrschte zu dieser Zeit noch allgemein Winterruhe in der Natur, während im vergangenen Jahre das Wachstum des Wintergetreides bereits erhebliche Fortschritte gezeigt hatte. Das Sommergetreide wurde hauptsächlich in der zweiten Aprilwoche und damit etwa zwei Wochen später als im Jahre 1968 bestellt. Anfang Mai fiel die Beurteilung des Wintergetreides erheblich günstiger aus als im Vormonat, gegenüber dem Vorjahr bestand jedoch weiterhin ein deutlicher Rückstand. In der zweiten

Wachstumsstand von Feldfrüchten und Futterpflanzen
Anfang Juli 1967 – 1969

Fruchtart	1967	1968	1969
	Noten ¹⁾		
Körnermais	2,8	2,8	3,0
Erbsen	2,4	2,2	2,2
Ackerbohnen	2,6	2,4	2,5
Wicken	2,6	2,5	2,4
Spätkartoffeln ²⁾	2,5	2,6	2,6
Zuckerrüben	2,4	2,4	2,4
Runkelrüben	2,8	2,7	2,8
Kohlrüben	3,1	3,0	2,9
Klee und Klee gras	2,7	2,6	2,7
Luzerne	2,6	2,6	2,8
Wiesen	2,8	2,7	2,7
Viehweiden	2,8	2,7	2,6
Tabak	2,8	2,9	2,8

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering. –
2) Einschl. der mittelfrühen und mittelspäten Sorten.

Maiwoche schoßte das Sommergetreide, und nach der Monatsmitte begann das Ährenschieben der Wintergerste und des Winterroggens. Anfang Juni ließ das Getreide fast überall einen ähnlich günstigen Stand wie im Vorjahr erkennen. Im Juni und Juli verlief die weitere Entwicklung, von kurzen Wachstumsverzögerungen abgesehen, durchaus vorteilhaft, wenn auch der allgemeine Rückstand gegenüber dem Vorjahr nicht ganz aufgeholt wurde. Positiv ist auch zu werten, daß es erst in der zweiten und dritten Juliwoche wegen der starken Regenfälle zu einer teilweisen Lagerung des Getreides kam. Zu Beginn der zweiten Julihälfte setzte in den klimatisch begünstigten Gebieten die Ernte der Wintergerste ein. Die Reife der Sommergerste und des Winterweizens wurde durch die hochsommerliche Witterung zwar beschleunigt, sie zog sich jedoch bis Ende Juli, in den Höhengebieten bis Mitte August hin.

Nach der ersten Vorschätzung, die Anfang Juli von den Ernteberichterstellern vorgenommen wurde, ist in diesem Jahre wieder mit erheblich höheren Hektarerträgen als im Sechsjahresdurchschnitt 1963/68 zu rechnen. Die Vorschätzungsergebnisse liegen auch größtenteils über denen vom gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Wenn die Witterung in den nächsten Wochen normal verlaufen sollte, sind somit auch günstigere Flächenleistungen als im Jahre 1968 zu erwarten. Die Rekorderträge von 1967 dürften jedoch nicht erreicht werden. Für Winterweizen wurden 37,6 dz je ha geschätzt, für Sommergerste 33,6 dz und für Hafer 30,4 dz. Die hier mitgeteilten Erträge sind insofern noch relativ unsicher, weil zum Zeitpunkt der ersten Vorschätzung noch keinerlei Druschergebnisse vorliegen und der weitere Witterungsverlauf nicht abgesehen werden kann. Genauere Zahlenangaben über die voraussichtliche Getreideernte lassen sich erst Anfang September machen, wenn Druschergebnisse aus der Besonderen Erntermittlung bekannt sind. Nach den inzwischen vorliegenden Ernteergebnissen dürften die obengenannten Vorschätzungswerte jedoch mehr oder weniger übertroffen werden.

b. Futterpflanzen: Das Wachstum der Futterpflanzen und des Dauergrünlandes setzte etwa drei Wochen später ein, als es im Jahr vorher der Fall war. Ab Ende April verlief die Entwick-

Ernteschätzung für Feldfrüchte und Futterpflanzen 1969

Fruchtart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung Anfang Juli 1969
	Ø	1968	
	1963/68	1968	
dz/ha			
Getreide	32,0	34,3	34,1
Brotgetreidearten	33,3	35,5	36,1
Winterweizen	36,2	37,6	37,6
Sommerweizen	31,8	33,8	33,6
Winterroggen	28,9	31,2	32,6
Sommerroggen	23,6	26,4	29,4
Wintermenggetreide	29,9	32,5	31,9
Futter- und Industrie- getreidearten	30,6	32,8	32,3
Wintergerste	35,2	38,2	36,9
Sommergerste	32,2	34,4	33,6
Hafer	28,6	30,7	30,4
Sommernenggetreide	29,6	30,7	30,9
Frühkartoffeln	204,2	224,7	182,3
Winterraps	21,8	25,5	25,5
Sommerraps und Rübsen	18,0	22,5	21,5
Rauhfutter ¹⁾	46,5	48,4	51,4
Klee und Klee gras	51,7	55,9	60,0
Luzerne	53,9	57,0	60,0
Wiesen	45,3	47,2	50,2
Ackerwiesen	45,4	47,8	51,9

1) Heuertrag des ersten Schnittes.

lung bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit sehr vorteilhaft. Eine zeitweise kühlere Witterung wirkt sich für diese Arten ohnehin nicht in dem Maße wachstumshemmend aus wie bei verschiedenen anderen Kulturen.

Der Weideauftrieb des Rindviehs erfolgte hauptsächlich Anfang Mai und damit etwa zwei Wochen später als im Jahre 1968. Ende Mai zeigten sich bereits in allen Gebieten reichliche Futterbestände. Anfang Juni wurde der Wachstumsstand der Wiesen und Viehweiden, die den weitaus größten Teil der Futterfläche ausmachen, schon besser beurteilt als zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Infolge der sommerlichen Witterung konnten in den Tallagen bis Mitte Juni beträchtliche Heumengen des ersten Rauhfutterschnittes eingebracht werden. Nach einer kurzen Verzögerung kam die Heuernte hier Ende Juni zum Abschluß. In den Höhengebieten wurde die Ernte im wesentlichen Ende Juni und Anfang Juli eingebracht.

Die Schätzung der Hektarerträge brachte ein Rekordergebnis. Für alle Rauhfutterarten zusammen ergaben sich 51,4 dz Heu je ha gegenüber 48,4 im Vorjahr und 46,5 dz im Sechsjahresdurchschnitt 1963/68. Die bisher höchste Flächenleistung für den ersten Rauhfutterschnitt aus dem Jahre 1966 wurde noch um 1,6 dz übertroffen. Wiesen lieferten 50,2 dz je ha gegenüber 47,2 bzw. 45,3 dz in den Vergleichsjahren, Klee und Luzerne jeweils 60,0 dz und Ackerwiesen 51,9 dz. Da der Schnitt meistens zum richtigen Zeitpunkt und die Arbeiten bei guter Witterung in vielen Gebieten ziemlich rasch erfolgen konnten, sind im Gegensatz zu den vier vorangegangenen Jahren keine größeren Qualitätsverluste entstanden. Die diesjährige Heuernte des ersten Rauhfutterschnittes weist daher eine überdurchschnittlich gute Beschaffenheit auf.

Infolge der während der zweiten und dritten Juliwoche fallenen Niederschläge lassen die Futterflächen in allen Gebieten inzwischen wieder einen reichlichen Nachwuchs erkennen. Auch die Vieh-

weiden zeigen weiterhin einen günstigen Wachstumsstand, so daß vorerst in der Futterversorgung des Rindviehs keine Schwierigkeiten auftreten dürften.

c. Hackfrüchte: Frühkartoffeln fanden in diesem Jahre zunächst weniger günstige Wachstumsbedingungen. Vor allem mußte sich der späte Pflanztermin in der zweiten Aprilwoche für eine Kulturart, die ohnehin eine sehr kurze Vegetationszeit hat, nachteilig auswirken. Ferner behinderte die kalte Witterung in den ersten zwei Wochen nach dem Pflanzen das Auflaufen der Frühkartoffeln erheblich. Ab Anfang Mai entwickelten sie sich dann durchaus normal. Die erste Vorschätzung von Anfang Juli blieb mit 182,3 dz je ha deutlich unter dem Ergebnis vom gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Da im Laufe des Monats Juli eine weitere Verbesserung eingetreten sein dürfte, kann für das endgültige Ergebnis noch mit einem durchschnittlichen Hektarertrag gerechnet werden.

Das Auspflanzen der mittelfrühen und späten Kartoffelsorten sowie die Aussaat der Zucker- und Runkelrüben erfolgten hauptsächlich Ende April und in der ersten Maiwoche. Die Bestellung dieser Hackfrüchte hatte damit gegenüber dem Vorjahr eine etwa zweiwöchige Verspätung. Bei ausreichender Wärme und Bodenfeuchtigkeit entwickelten sie sich jedoch von Anfang an sehr vorteilhaft. Anfang Juni wiesen die Kulturen im Vergleich zu 1968 noch einen merklichen Wachstumsrückstand auf, der aber im Laufe des Monats voll ausgeglichen wurde. Während der zeitweise sommerlichen Witterung konnten auch die erforderlichen Hackarbeiten zur Niederhaltung des Unkrautes leicht durchgeführt werden. Anfang Juli, als sich die Bestandsreihen überall geschlossen hatten, wurde der Wachstumsstand mit Noten zwischen 2,4 und 2,9 ebenso günstig beurteilt wie zum gleichen Zeitpunkt des Vorjahres. Wenn die Witterung weiterhin normal verläuft, kann somit auch bei Spätkartoffeln, Zucker- und Runkelrüben wieder mit reichlichen Mengenerträgen gerechnet werden.

3. Wein

Der Austrieb der Reben setzte verbreitet Ende der ersten Maidekade ein und war damit gegenüber dem Vorjahr um volle zwei Wochen im Rückstand. Während der letzten zehn Jahre hatte dieser für die Entwicklung der Reben erste wichtige Termin nur 1962, 1963 und 1965 noch später gelegen. Der Austrieb verlief zunächst zögernd, dann aber mit dem Ansteigen der Temperaturen rascher. Die Berichtersteller beurteilten ihn etwas besser als im Vorjahr und wesentlich günstiger als 1967. Die Holzausreife fand dagegen eine geringere Beurteilung als in den beiden vorangehenden Jahren. Bei überwiegend warmer Witterung verlief die Entwicklung im Mai zunächst sehr vorteilhaft. Ende des Monats fiel die Bewertung des Rebenstandes mit der Note 2,3 im Landesdurchschnitt sogar etwas günstiger aus als zur gleichen Zeit des Vorjahres. Anfang Juni trat jedoch infolge der sehr niedrigen Temperaturen eine deutliche Verzögerung ein.

Den Gescheinansatz beurteilten 75% der Berichtersteller als mittel und 24% als gut, während im

Weinbaugebiet	Wachstum- stand		Traubenansatz 1969		
	1968	1969	schlecht	mittel	gut
	Noten 1)		% der eingegangenen Berichte		
Mittelrhein	2,5	2,2	-	61	39
Nahe (Koblenz)	2,6	2,3	-	58	42
Obermosel	2,7	2,2	-	63	37
Saar	2,4	2,2	-	50	50
Ruwer	2,5	1,9	-	56	44
Mittelmosel	2,4	2,1	-	41	59
Untermosel	2,4	2,3	-	79	21
Ahr	2,0	2,0	-	67	33
Lahn	2,8	2,6	-	100	-
Worms	2,3	2,3	-	71	29
Oppenheim	2,4	2,5	-	75	25
Mainz	2,0	2,4	-	100	-
Ingelheim	2,2	2,5	-	82	18
Wiesbach	2,6	2,6	-	75	25
Bingen	2,1	2,4	-	50	50
Nahe (Rheinessen)	2,2	2,5	-	60	40
Alzey	2,3	2,3	-	61	39
Mittelhaardt	2,5	2,2	-	48	52
Oberhaardt	2,5	2,2	-	49	51
Unterhaardt mit Zellertal	2,3	2,4	-	81	19
Nahe (Pfalz)	2,6	2,5	-	85	15
Rheinland-Pfalz	2,4	2,3	-	62	38

1) 1,0 = sehr gut, 2,0 = gut, 3,0 = mittel, 4,0 = gering, 5,0 = sehr gering.

vergangenen Jahr 60% als gut bezeichnet worden waren. Die Rebenblüte begann ebenfalls etwas später als 1968, und zwar in den guten Lagen zu Beginn der zweiten Junihälfte, verbreitet aber erst Ende Juni. In den begünstigten Gebieten wurde die Rebenblüte verschiedentlich durch Regenfälle, vor allem aber während der vierten Juniwoche durch niedrige Nachttemperaturen beeinträchtigt. In den mittleren und geringeren Lagen verlief die Rebenblüte unter dem Einfluß der ab Ende Juni herrschenden hochsommerlichen Witterung sehr vorteilhaft. Ende der ersten Juliwoche, als wieder unbeständiges und vor allem kühles Wetter einsetzte, war sie selbst in Nebentälern abgeschlossen. Nennenswerte Verrieselungsschäden sind daher nur in den Lagen mit einer frühen Blüte entstanden. Insgesamt gesehen ist die diesjährige Rebenblüte wesentlich günstiger verlaufen als im Jahre 1968. Die weitere Entwicklung im Juli gestaltete sich bei überwiegend hochsommerlichen Temperaturen durchaus positiv. Ende Juli wurde auch, im Gegensatz zum vergangenen Jahr, der Traubenansatz erheblich besser beurteilt als der Gescheinansatz im Vormonat. In 38% der Berichtsgemeinden ist der Traubenansatz als gut, in 62% als mittel bezeichnet worden.

Wenn auch bisher noch keine Ertragsvorschätzungen vorgenommen wurden, so lassen sich doch aus den vorgenannten Unterlagen gewisse Rückschlüsse auf die diesjährige Weinmosternte ziehen. Nachdem Ende Juni die Mengenaussichten noch sehr vorsichtig beurteilt worden waren, kann nunmehr, insbesondere auf Grund des überraschend günstigen Blüteverlaufs und des Ende Juli bewerteten Traubenansatzes, eine Weinmostmenge erwartet werden, die etwa dem Sechsjahresdurchschnitt 1963/68 entspricht. Auch hinsichtlich der Qualität sind bisher noch die Voraussetzungen für einen ansprechenden Jahrgang gegeben.

Im südlichen Landesteil sowie im Rheintal begann die Blüte der frühen Steinobstarten Ende der ersten Aprildekade, in den meisten Gebieten jedoch erst Ende April. Bei den übrigen Obstarten setzte sie verbreitet Anfang Mai ein. Mit Ausnahme der Pflaumen, Zwetschen, Mirabellen und Renekloden wiesen alle Obstarten einen reichlichen Blütenbesatz auf. Auf Grund der in der ersten Maihälfte herrschenden warmen Witterung gestaltete sich der Blüteverlauf größtenteils vorteilhaft. Mitte Mai, als vorübergehend kühles Wetter folgte, war auch die Kernobstblüte bis auf die Höhengebiete im wesentlichen abgeschlossen. Frost- und sonstige Witterungsschäden sind hauptsächlich an Aprikosen und Pfirsichen aufgetreten, deren Blüte Mitte April teilweise von Nachfrösten, Schnee und heftigen Regenfällen beeinträchtigt war.

Die weitere Entwicklung des Obstes verlief nicht immer günstig. Vor allem bei Kirschen und den Beerenobstarten, für die nach der ersten Vorschätzung Mitte Mai recht gute Ertragsaussichten bestanden hatten, wirkten sich die sehr kühlen Temperaturen Anfang Juni nachteilig aus. Die Süßkirschenerte, die bereits endgültig geschätzt wurde, belief sich auf rund 200 000 dz und blieb damit um etwa 40 000 dz unter der reichlichen Menge des Vorjahres. Sauerkirschen lieferten 18,0 kg je Baum gegenüber 24,4 kg im Jahre 1968 und 20,5 kg im Sechsjahresdurchschnitt 1963/68. Die Gesamtmenge fiel um etwa ein Viertel geringer aus als 1968. Die Qualität der Kirschenerte war befriedigend, in einigen Gebieten wurde jedoch ein Teil der Früchte durch die Regenfälle in der vierten Juni- und zweiten Juliwoche beschädigt. Bei Johannis- und Stachelbeeren lagen die endgültigen Straucherträge ebenfalls deutlich unter den Vergleichswerten der Vorjahre. Erdbeeren brachten 77,1 dz je ha gegen-

Ernteschätzung für Obst 1969

Obstart	Endgültiger Ertrag		Vor- schätzung im Juli 1969
	Ø		
	1963/68	1968	
kg je Baum			
Äpfel, Standort I ¹⁾	25 133	28 268	24 779
Äpfel, Standort II und III	24,3	26,6	32,0
Hoch- und Halbstämme	28,4	29,3	36,5
Viertelstämme und Buschbäume	17,4	20,1	19,9
Spindelbüsche, Spindeln u. Spaliere	11,3	12,6	12,6
Birnen	23,5	33,5	26,6
Hoch- und Halbstämme	29,1	38,9	31,3
Viertelstämme und Buschbäume	18,1	25,7	19,5
Spindeln und Spaliere	10,3	16,6	12,4
Kirschen	23,2	28,2	22,0 ²⁾
Süßkirschen	25,8	32,8	26,8 ²⁾
Sauerkirschen	20,5	24,4	18,0 ²⁾
Pflaumen und Zwetschen	22,8	38,6	22,2
Mirabellen und Renekloden	19,2	29,6	17,8
Aprikosen	16,6	28,0	15,5
Pfirsiche	13,1	23,9	11,5
Johannisbeeren (kg je Strauch)	2,7	2,9	2,3 ²⁾
rote und weiße	2,8	3,1	2,4 ²⁾
schwarze	2,3	2,4	2,2 ²⁾
Stachelbeeren (kg je Strauch)	2,8	3,1	2,7 ²⁾
Himbeeren (kg je qm)	1,5	1,7	2,0
Erdbeeren (dz je ha)	60,9	82,1	77,1 ²⁾

1) Gesamterntemenge in t. - 2) Endgültiger Ertrag.

über dem Rekordergebnis von 82,1 dz im Vorjahr und 60,9 dz im mehrjährigen Durchschnitt. Die Gesamternte an Erdbeeren blieb um annähernd 1 000 dz unter der von 1968.

Für die übrigen Steinobstarten, die im vergangenen Jahre sehr hohe Mengen geliefert hatten, bestehen Aussichten auf durchschnittliche Erträge. Die Ergebnisse der bisher vorgenommenen Vorschätzungen belaufen sich bei Pflaumen und Zwetschen auf 22,2 kg je Baum, bei Mirabellen und Renekloden auf 17,8 kg, bei Aprikosen auf 15,5 kg und bei Pfirsichen auf 11,5 kg. Alle Arten werden damit nur etwas mehr als die Hälfte der vorjährigen Mengen bringen. Die Birnenernte dürfte voraussichtlich ebenfalls unter der von 1968, aber noch deutlich über dem mehrjährigen Durchschnitt liegen. Bei Äpfeln muß dagegen wieder mit einer großen Ernte gerechnet werden, die nach der Alternanz und den geringeren Erträgen im Vorjahr ohnehin zu erwarten war. Nach der ersten Vorschätzung im Juli wird sie etwa 1,1 Mill. dz betragen und die Menge von 1968 um etwa 100 000 dz übertreffen. Für die Apfelernte müssen daher im Herbst wieder erhebliche Absatzschwierigkeiten befürchtet werden, wie sie zuletzt 1967 aufgetreten waren.

5. Gemüse

Die überwinterten und frühen Gemüsekulturen hatten in diesem Jahre infolge des verzögerten Vegetationsbeginns keine günstigen Anfangsbedingungen. Neben der späten Bestellung des Frühgemüses, die gegenüber Normaljahren um zwei bis drei Wochen in Verzug war, wirkte sich die kalte Witterung in der zweiten Aprilwoche nachteilig aus. Ab Anfang Mai verlief die Entwicklung dann aber größtenteils sehr vorteilhaft. Lediglich Anfang Juni wurde ihr Wachstum nochmals vorübergehend gehemmt. Ende Juni war jedoch der ursprüngliche Rückstand weitgehend aufgeholt.

Von den überwinterten Gemüsearten lieferten Adventswirsing und Winterkopfsalat Hektarerträge

Ernteschätzung für Gemüse 1969

Gemüseart	Endgültiger Ertrag		
	Ø	1968	1969 ¹⁾
	1963/68	dz/ha	
Adventswirsing	155,8	181,1	149,7
Winterkopfsalat	101,3	108,9	95,0
Winterspinat	126,6	156,4	153,7
Frühjahrsspinat	111,1	129,4	129,5
Frühweißkohl	235,2	279,6	283,5
Frührotkohl	216,2	259,1	263,2
Frühwirsing	181,0	211,9	219,6
Frühblumenkohl	141,7	154,1	164,6
Frühe Möhren u. Karotten	223,7	248,1	202,2
Frischerbsen	81,7	109,0	92,6
Dicke Bohnen	118,0	133,7	130,8
Frühkohlrabi	151,1	168,0	165,1
Frühjahrskopfsalat	140,8	158,0	157,1
Spargel	44,3	50,5	40,5
Rhabarber	252,9	280,0	270,3
Steckzwiebeln	229,9	266,7	251,1 ²⁾
Buschbohnen	81,2	85,2	85,4 ²⁾
Stangenbohnen	109,6	116,9	118,6 ²⁾
Einleggurken	138,1	143,3	136,5 ²⁾
Schälgurken	166,5	202,2	181,7 ²⁾
Tomaten	284,9	225,4	264,2 ²⁾

1) Errechnet nach den Flächen der Erhebung über den beabsichtigten Gemüseanbau vom Februar 1969, für Rhabarber nach der Erhebung vom Juli 1968. - 2) Vorschätzung Mitte Juli 1969.

Wachstumsstand der späten Gemüsearten im Juli 1967 - 1969

Gemüseart	1967	1968	1969
	Noten 1)		
Mittelfrüher und Spätblumenkohl	2,5	2,1	2,3
Sommer- und Herbstkopfsalat	2,5	2,2	2,2
Späte Möhren und Karotten	2,5	2,4	2,4
Saatzwiebeln	2,4	2,0	2,3
Herbstweißkohl	2,6	2,5	2,5
Dauerweißkohl	2,5	2,5	2,5
Herbstrotkohl	2,5	2,3	2,6
Dauerrotkohl	2,3	2,3	2,3
Herbstwirsing	2,5	2,2	2,5
Dauer- einschl. Winterwirsing	2,3	2,3	2,6

1) 1, 0 = sehr gut, 2, 0 = gut, 3, 0 = mittel, 4, 0 = gering, 5, 0 = sehr gering.

ge, die wesentlich unter den Ergebnissen des Vorjahres und im mehrjährigen Durchschnitt lagen. Die Flächenleistung des Winterspinats übertraf dagegen mit 153,7 dz je ha den Sechsjahresdurchschnitt sehr deutlich, blieb aber noch etwas unter dem Ergebnis von 1968.

Die bis Ende Juli endgültig geschätzten frühen Gemüsearten brachten mit Ausnahme von frühen Möhren und Spargel überdurchschnittliche Erträge, die sehr guten Flächenleistungen des Vorjahres wurden allerdings in vielen Fällen nicht erreicht. Spargel lieferte 40,5 dz je ha gegenüber 50,5 dz im Jahre 1968 und 44,3 dz im Sechsjahresdurchschnitt 1963/68. Die Spargelernte insgesamt lag mit rund 28 000 dz um etwa 9 000 dz unter der Menge von 1968. Für Frühjahrskopfsalat ergab sich eine Flächenleistung von 157,1 dz gegenüber 158,0 bzw. 140,8 dz in den Vergleichsjahren. Die Gesamtmenge fiel jedoch infolge einer Anbauausdehnung um etwa 5 000 dz reichlicher aus als im Vorjahr. Bei frühen Möhren und Karotten blieb der Hektarertrag mit 202,2 dz unter beiden Vergleichswerten.

Für die meisten mittelfrühen Gemüsearten können ebenfalls überdurchschnittliche Flächenleistungen erwartet werden. Buschbohnen und Stangenbohnen dürften auch höhere Erträge bringen als 1968. Bei Steckzwiebeln und Gurken bestehen zwischen den diesjährigen vorläufigen Ergebnissen und den endgültigen des Vorjahres auch nur geringe Unterschiede. Tomaten haben ebenfalls recht gut angesetzt, so daß die geringen Erträge von 1968 voraussichtlich deutlich übertroffen werden. Vorbedingung hierfür ist jedoch, daß die Entwicklung im Spätsommer und Herbst nicht wie im vergangenen Jahre durch anhaltende Regenfälle beeinträchtigt und das Auftreten der Braunfäule stark begünstigt wird.

Die späten Gemüsearten wurden bisher noch keiner Ertragsschätzung unterzogen. Da aber ihr Wachstum bei ausreichender Bodenfeuchtigkeit und Wärme ungehindert verlaufen konnte und die erste Beurteilung des Wachstumsstandes Ende Juli wesentlich besser als mittel ausfiel, dürfen bei weiterhin normaler Witterung auch für diese Arten recht gute Flächenerträge erwartet werden. Besonders günstig stehen gegenwärtig Sommer- und Herbstkopfsalat sowie Blumenkohl, späte Möhren, Saatzwiebeln und Dauerrotkohl.

Dr. J. Töniges

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Die mit einem Stern (*) versehenen Angaben werden von allen Statistischen Landesämtern im "Zahlenspiegel" veröffentlicht

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerungsstand										
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	3 335	3 635	3 630	3 632	3 634	3 652
Natürliche Bevölkerungsbewegung										
* Eheschließungen 1)	Anzahl	2 568	2 141	2 138	2 998	2 062	2 094	2 250 ^p	3 205 ^p	2 098 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	9,2	7,0	7,2	9,7	6,9	6,8	7,5 ^p	10,3 ^p	7,0 ^p
* Lebendgeborene 2)	Anzahl	5 123	4 878	5 414	5 242	4 515	4 996	4 660 ^p	4 470 ^p	4 779 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	18,4	16,1	18,2	17,0	15,1	16,1	15,5 ^p	14,4 ^p	15,9 ^p
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ³⁾	Anzahl	3 014	3 685	3 702	3 506	3 267	4 193	3 798 ^p	3 513 ^p	3 457 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	10,8	12,2	12,4	11,4	10,9	13,5	12,7 ^p	11,3 ^p	11,5 ^p
* Gestorbene im 1. Lebensjahr	Anzahl	200	118	119	131	126	138	96	106	...
* je 1 000 Lebendgeborene	a.T.	39,0	24,2	22,0	25,0	27,9	27,6	20,6	23,7	...
* Geburtenüberschuß	Anzahl	2 109	1 193	1 712	1 736	1 248	803	862 ^p	957 ^p	1 322 ^p
* je 1 000 Einw. und 1 Jahr	a.T.	7,6	3,9	5,7	5,6	4,2	2,6	2,9 ^p	3,1 ^p	4,4 ^p
Wanderungen										
* Über die Landesgrenze Zugezogene	Anzahl	9 505	9 092	10 005	8 471	7 015	10 109
* Über die Landesgrenze Fortgezogene	"	8 211	8 735	9 486	8 202	7 019	8 077
* Wanderungsgewinn bzw. -verlust (-)	"	1 294	357	519	269	- 4	2 032
* Binnenwanderung ⁴⁾	"	9 508	11 172	11 515	10 661	9 321	10 156
Arbeitsmarkt										
* Arbeitslose	1 000	44,1	18,3	17,5	13,2	11,2	11,1	6,6	5,3	4,9
* Männer	"	35,8	14,5	13,3	9,5	7,8	8,6	4,5	3,3	2,9
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe										
Bauberufe	Anzahl	2 727	890	324	231	197	503	129	79	68
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	17 668	2 253	1 283	562	401	1 270	331	137	116
Offene Stellen	"	14 493	9 911	10 389	7 907	6 592	5 689	3 420	2 726	2 614
Männer	"	7 719	19 460	17 609	20 132	21 219	29 836	31 392	33 207	34 845
Ausgewählte Berufsgruppen: Land- und forstwirtschaftliche Berufe	"	3 950	10 430	8 828	10 268	11 029	17 373	18 788	19 605	21 403
Bauberufe	"	386	342	350	472	379	460	404	398	367
Industrielle und handwerkliche Berufe	"	1 218	1 911	1 569	1 998	2 217	2 901	2 978	2 987	3 051
	"	2 989	9 405	7 883	9 368	10 094	15 141	16 406	17 669	19 233
Landwirtschaft										
Viehbestand 5)										
* Rindvieh (einschl. Kälber)	1 000	694	755	.	.	784	.	.	.	778
* Milchkühe	"	327	294	.	.	301	.	.	.	295
* Schweine	"	659	787	.	.	814	733	.	.	736
* Zuchtsauen insgesamt	"	42	65	.	.	71	64	.	.	69
* Trächtige Zuchtsauen	"	24	39	.	.	43	39	.	.	43
Schlachtungen von Inlandtieren 6)										
* Rinder (ohne Kälber)	"	17	19	18	18	15	20	18	17	17
* Kälber	"	10	4	5	5	3	4	3	3	3
* Schweine	"	93	105	110	107	85	118	98	96	100
* Hausschlachtungen	"	28	25	25	23	11	30	20	14	10
Gesamtschlachtgewicht aus gewerbli. Schlachtungen 7)										
* Rinder (ohne Kälber)	1 000 t	10,2	11,7	12,1	12,2	10,5	12,6	11,2	11,6	12,1
* Kälber	"	4,1	4,8	4,8	4,9	4,1	5,1	4,6	4,6	4,6
* Schweine	"	0,4	0,2	0,3	0,3	0,2	0,2	0,2	0,2	0,2
	"	5,6	6,6	7,0	7,0	6,1	7,2	6,4	6,7	7,3
Milcherzeugung										
* Kuhmilcherzeugung	"	69	88	95	105	98	91	91	100	95
* Milchlieferungen an Molkeereien	%	63,8	76,6	75,2	78,5	79,0	75,8	76,9	80,2	80,8
* Milchleistung je Kuh und Tag	kg	6,7	9,8	10,7	11,4	11,0	10,0	10,4	11,0	10,8

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Innerhalb des Landes umgezogene Personen, ohne Umzüge innerhalb der Gemeinden. - 5) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 6) Gewerbliche und Hausschlachtungen. - 7) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt		April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni
Industrie und Handwerk										
Industrie 1)										
Betriebe (örtliche Einheiten)	Anzahl	2 933	3 022	3 033	3 024	3 021	2 998	3 004	2 995	2 998
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	336	368	362	364	364	381	382	382	382
* Arbeiter 2)	"	274	278	273	274	275	289	289	288	289
* Geleistete Arbeiterstunden 3)	Mill. Std.	47	44	44	45	39	47	46	45	44
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	144	350	330	341	349	355	375	384	403
* Löhne (Bruttosumme)	"	104	232	217	231	230	234	249	259	268
* Gehälter (Bruttosumme)	"	40	118	113	110	119	121	126	125	135
* Kohleverbrauch	1 000 tSKE 4)	279	128	120	124	113	132	127	112	121
Gasverbrauch	Mill. Nm 3	41	41	43	44	39	35	33	31	32
* Heizölverbrauch	1 000 t	15	160	154	147	133	191	169	151	144
* Stromverbrauch	Mill. kWh	367	695	672	690	668	746	708	714	715
* Stromerzeugung 5)	"	138	311	290	293	270	342	311	293	295
* Umsatz 6) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	789	1 905	1 828	1 887	1 682	2 173	2 151	2 098	2 104
* Auslandsumsatz	"	126	408	379	383	354	465	468	456	460
Index der industriellen Produktion 7)										
Gesamtindustrie	1962=100	70	164	164	166	173	179	187	191	194 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	70	169	167	168	173	190	193	195	198 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	70	171	169	170	174	192	196	197 ^x	201
Energieversorgungsbetriebe	"	74	137	131	130	134	154	145	141	136 ^p
Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien	"	69	179	177	183	183	203	202	202 ^x	207
Industrie der Steine und Erden	"	78	123	130	147	147	110	149	163	167
Eisenschaffende Industrie, NE-Metallindustrie	"	69	137	151	150	159	167	159	163 ^x	177
Chemische Industrie (einschl. Mineralölverarbeitung)	"	64	212	205	210	206	249	235	228 ^x	232
Investitionsgüter	"	69	201	195	191	218	223	238	250	275
Maschinenbau	"	81	187	182	168	193	187	201	220	255
Elektrotechnische Industrie	"	61	140	135	129	155	171	186	186	198
Eisen-, Blech- und Metallwarenindustrie	"	65	169	159	169	184	189	193	206	224
Verbrauchsgüter 8)	"	66	140	144	139	135	165	169	164	152
Holz verarbeitende Industrie	"	58	141	145	134	171	155	160	165	157
Schuhindustrie	"	71	113	128	119	61	144	144	119	70
Textilindustrie	"	84	160	149	149	158	211	222	214	231
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	145	144	141	147	136	149	154	155
Bauhauptgewerbe	"	57	134	143	155	175	120	155	173	170
Handwerk										
* Beschäftigte (Ende des Vj.)	Mai 1962=100	.	105	.	.	102	101
* Umsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	1962=100	.	140	.	.	137	125
* Handwerksumsatz 9) (einschl. Umsatzsteuer)	"	.	140	.	.	132	118
Öffentliche Energieversorgung										
* Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	61	234	231	226	166	279
Strombezug (netto)	"	318	528	496	522	523	578	541	552	...
Stromaufkommen	"	375	749	717	737	679	842	776	778	...
* Gaserzeugung	Mill. cbm	11	107	111	103	86	130	106	73	74
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
* Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	66	90	88	90	91	91	92	92	93
Facharbeiter	"	30	48	47	48	51	48	49	49	52
Helfer und Hilfsarbeiter	"	24	28	27	28	27	28	29	29	27
* Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	11	13	13	15	14	11	14	15	14
* Wohnungsbauten	"	5	5	6	6	6	4	6	6	6
Landwirtschaftliche Bauten	"	0	0	0	1	0	0	0	1	0
Gewerbliche Bauten	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
* Verkehrs- und öffentl. Bauten	"	4	5	5	6	6	5	6	6	6
Hochbau	"	1	1	1	2	2	1	2	2	2
Straßenbau	"	3	2	2	2	2	2	2	2	2
Sonstiger Tiefbau	"	2	2	2	2	2	2	2	2	2
Löhne und Gehälter (Bruttosumme)	Mill. DM	26	76	76	87	81	70	89	95	93
* Löhne (Bruttosumme)	"	24	69	69	80	74	62	81	87	85
* Gehälter (Bruttosumme)	"	2	7	7	7	7	8	8	8	8
* Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	"	76	196	144	168	250	148	168	198	244

1) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 2) Einschließlich gewerblicher Lehrlinge. - 3) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 4) 1 t Steinkohleeinheit (t SKE) = 1 t Steinkohle = 1,03 t Steinkohlenkoks = 1,45 t Braunkohlenbriketts = 3,85 t Rohbraunkohle. - 5) Gesamte industrielle Eigenenerzeugung. - 6) Einschließlich Verbrauchssteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 7) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 8) Ohne Nahrungs- und Genußmittel. - 9) Vierteljahresdurchschnitt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe, ab März 1969 vorläufige Ergebnisse.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Baugenehmigungen										
* Wohngebäude 1)	Anzahl	1 045	1 103	1 193	1 211	926	1 200	1 254	1 183	1 231
Veranschlagte reine Baukosten	DM/cbm	56,3	108,4	109,3	109,0	107,6	112,5	112,2	110,5	112,6
Bruttowohnfläche	1 000 qm	159	198	210	225	183	235	230	215	225
* Nichtwohngebäude 1)	Anzahl	585	300	313	358	246	275	294	412	330
* Umbauter Raum insgesamt 1)	1 000 cbm	1 465	1 990	2 032	2 141	1 667	2 225	2 054	2 830	3 246
* in Wohngebäuden	"	929	1 151	1 227	1 277	975	1 324	1 231	1 236	1 296
* Wohnungen	Anzahl	2 724	2 408	2 494	2 755	2 038	2 768	2 436	2 558	2 560
* in ganzen Wohngebäuden 1)	"	2 200	2 186	2 252	2 474	1 831	2 539	2 166	2 353	2 338
Baupreise 2)										
Meßziffern ausgewählter Bauleistungspreise	1962=100									
Ausheben einer Baugrube (mittelschwerer Boden)	"	.	101	.	101	.	.	.	101	.
Ziegelmauerwerk	"	.	128	.	128	.	.	.	133	.
Hohlblockmauerwerk	"	.	130	.	130	.	.	.	136	.
Leichttrennwand	"	.	126	.	125	.	.	.	132	.
Stahlbetondecke	"	.	116	.	115	.	.	.	121	.
Beton B 80 für Wände	"	.	127	.	126	.	.	.	133	.
Beton B 160 für Fundamente	"	.	114	.	115	.	.	.	119	.
Dachverbandholz liefern	"	.	102	.	101	.	.	.	106	.
Innenwandputz (Mauerwerk)	"	.	132	.	131	.	.	.	136	.
Deckenputz	"	.	132	.	131	.	.	.	136	.
Außenwandputz	"	.	141	.	140	.	.	.	144	.
Wandbekleidung (Fliesen)	"	.	119	.	118	.	.	.	122	.
Handel und Gastgewerbe										
Einzelhandel (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	96	95	94	94	96	96	96	95
Umsätze	"	.	128	130	126	118	137	139	144	132
Waren verschiedener Art	"	.	196	192	176	151	191	190	199	175
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	118	121	120	114	124	128	134	125
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	118	130	108	95	124	125	142	107
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	121	113	120	115	123	124	133	126
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	124	106	102	94	118	113	112	108
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	111	123	125	132	148	146	145	146
Handel mit Berlin (West)										
* Bezüge	1 000 DM	5 493	13 939	12 427	12 706	11 136	18 256	18 278	17 434	...
* Lieferungen	"	14 040	37 011	36 960	35 672	28 755	38 753	33 884	36 764	...
Ausfuhr										
* Ausfuhr insgesamt	Mill. DM	145,2	446,2	423,4	424,3	368,6	559,3	535,4	524,2	497,5
Nach Warengruppen:										
* Ernährungswirtschaft	"	4,8	14,5	13,9	13,5	13,2	14,8	19,3	18,8	17,3
* Gewerbliche Wirtschaft	"	140,4	431,7	409,5	410,8	355,5	544,5	516,1	505,4	480,2
* Rohstoffe	"	5,8	8,0	7,6	9,3	7,7	8,4	9,8	9,3	10,5
* Halbwaren	"	23,1	28,4	27,1	26,3	22,5	29,8	28,1	25,3	25,4
* Fertigwaren	"	111,5	395,3	374,8	375,3	325,3	506,3	478,3	470,8	444,4
* Vorerzeugnisse	"	59,5	167,1	156,9	165,9	141,2	211,2	185,7	193,8	184,5
* Enderzeugnisse	"	52,0	228,2	217,9	209,4	184,1	295,1	292,6	276,9	259,9
Nach ausgewählten Verbrauchsländern:										
* EWG-Länder	"	41,0	167,0	157,1	154,3	141,2	213,5	209,6	202,2	205,3
Belgien-Luxemburg	"	9,5	28,9	24,2	28,3	23,4	34,9	37,0	37,3	38,7
Frankreich	"	9,6	67,0	65,5	51,0	60,7	89,7	87,9	83,8	82,3
Italien	"	9,6	34,6	33,2	35,0	29,1	43,2	43,2	41,0	44,3
Niederlande	"	12,2	36,5	34,1	40,0	28,0	45,8	41,4	40,2	40,0
* EFTA-Länder	"	36,4	98,7	91,0	96,1	82,9	114,9	106,7	110,0	100,8
Dänemark	"	3,4	11,4	10,7	11,7	8,7	10,8	10,9	13,4	10,3
Großbritannien	"	9,5	20,1	20,7	20,2	17,3	24,0	21,3	21,6	21,1
Österreich	"	6,8	19,6	17,6	18,9	15,9	21,0	22,1	22,2	18,1
Schweden	"	5,4	13,8	12,0	13,0	13,6	19,6	16,6	16,5	13,7
Schweiz	"	8,3	24,9	22,4	24,0	20,9	30,0	25,4	27,3	28,5
USA und Kanada	"	10,1	28,6	32,5	31,0	33,3	34,9	37,0	34,8	33,3
Ostblockländer	"	3,6	24,4	26,5	23,4	12,7	36,3	27,7	24,4	19,6
Gastgewerbe (Meßziffern)										
Beschäftigte	1962=100	.	111	110	113	116	107	118	121	117
Teilbeschäftigte	"	.	157	150	152	168	176	177	194	172
Umsätze insgesamt:	"	.	133	124	135	150	116	139	160	154
Übernachtungen	"	.	156	152	180	225	93	171	192	229
Beköstigung	"	.	131	121	134	147	117	138	158	150
Fremdenverkehr in 258 Berichtsgemeinden										
* Fremdenanmeldungen	1 000	167	204	179	218	286	119
* Auslandsgäste	"	36	46	31	44	75	12

1) Bis Dezember 1962 ohne Gebäudeteile und Umbau ganzer Gebäude, ab Januar 1963 ohne Gebäudeteile. - 2) Einschl. Umsatz-(Mehrwert-)steuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
* Fremdenübernachtungen	1 000	625	764	663	816	1 067	444
* Auslandsgäste	"	68	102	73	84	161	26
Nach Gemeindegruppen:										
Heilbäder	"	255	325	312	390	455	223
Luftkurorte	"	43	45	39	47	64	18
Sonstige	"	327	394	312	379	548	203
Verkehr										
Bundesbahn 1)										
Zugkilometer	"	2 960	2 982	2 760	2 997	3 008	3 056	2 992	3 077	3 213
Wagenachskilometer	"	104 960	119 692	109 905	123 154	126 453	123 032	124 907	128 815	131 859
Bruttotonnenkilometer	Mill.	1 017	1 270	1 158	1 302	1 344	1 313	1 330	1 374	1 405
Nettotonnenkilometer	"	293	377	336	394	387	402	409	422	414
Gestellte Güterwagen	Anzahl	74 911	61 288	56 358	60 636	56 282	61 707	61 684	59 951	64 083
Binnenschifffahrt										
Güterumschlag	1 000 t	1 812	3 049	3 113	3 503	3 094	2 952	3 519	3 329	3 492
* Gütereingang	"	811	1 481	1 440	1 659	1 465	1 522	1 730	1 632	1 761
* Güterversand	"	1 001	1 568	1 673	1 844	1 629	1 430	1 789	1 697	1 731
Schiffs- und Güterdurchgangsverkehr an der Koblenzer Fähre										
Bergverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 315	3 947	3 694	4 161	4 276	3 709	3 952	4 272	4 262
Ladung	1 000 t	2 938	2 924	2 612	3 110	3 378	2 816	3 125	3 418	3 396
Auslastungsgrad 2)	%	80	88	88	89	89	87	89	90	90
Talverkehr										
Güterschiffe	Anzahl	4 367	4 135	3 769	4 275	4 287	3 956	4 162	4 485	4 610
Ladung	1 000 t	893	1 608	1 713	1 821	1 629	1 599	1 537	1 726	1 717
Auslastungsgrad 2)	%	70	85	87	87	88	84	85	88	89
Straßenverkehr										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	4 999	7 705	10 195	9 539	7 237	12 995	12 462	11 198	...
Krafträder (einschließlich Motorroller)	"	366	26	26	45	38	40	54	39	...
* Personenkraftwagen	"	2 840	6 047	8 131	7 660	5 629	10 414	10 066	9 064	...
* Kombinationskraftwagen	"	275	628	856	758	629	959	915	863	...
* Lastkraftwagen	"	346	499	608	594	504	712	695	675	...
Zugmaschinen	"	640	453	520	426	390	807	651	514	...
Kraftfahrzeughänger	"	132	255	357	356	340	380	452	477	...
Personenverkehr der Straßenverkehrsunternehmen										
Beförderung Personen 3)	1 000	20 118	20 888	18 872	21 465	19 554	22 245	19 828	21 428	21 496
Allgemeiner Linienverkehr	"	19 451	19 899	18 059	20 349	18 335	20 303	18 512	19 354	19 258
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	663	602	651	649	1 722	1 078	1 614	1 641
Berufsverkehr 3)	"	233	605	582	593	593	624	587	606	585
Schülerverkehr 4)	"	}	.	58	20	58	56	1 096	489	1 007
Markt- und Theaterfahrten	"		2	2	1
Gelegenheitsverkehr	"		434	326	211	465	571	220	238	460
Ausflugsfahrten	"	99	79	44	110	134	56	82	105	145
Ferienziel-Reisen	"	.	1	0	0	1	0	2	2	2
Mietwagenverkehr	"	335	246	167	355	435	164	154	353	450
Wagenkilometer	"	7 991	9 420	8 432	10 435	10 245	9 483	8 954	10 858	11 257
Allgemeiner Linienverkehr	"	6 338	6 462	6 059	6 614	5 943	6 682	6 146	6 438	6 369
Sonderformen des Linienverkehrs	"	233	1 160	1 084	1 159	1 050	1 841	1 448	1 659	1 756
Berufsverkehr 3)	"	233	1 131	1 073	1 131	1 017	1 186	1 138	1 112	1 127
Schülerverkehr 4)	"	}	.	29	11	28	33	651	307	546
Markt- und Theaterfahrten	"		4	3	1
Gelegenheitsverkehr	"		1 420	1 798	1 289	2 662	3 252	960	1 360	2 761
Ausflugsfahrten	"	479	566	448	780	955	325	471	791	918
Ferienziel-Reisen	"	.	34	4	20	61	8	64	51	69
Mietwagenverkehr	"	941	1 198	837	1 862	2 236	627	825	1 919	2 145
Straßenverkehrsunfälle	Anzahl	3 491	6 418	5 793	6 366	6 199	5 175	5 883	6 519	6 729
* Unfälle mit Personenschaden	"	1 464	1 752	1 648	1 857	1 917	1 306	1 512	1 846	1 951
Unfälle mit nur Sachschaden	"	2 027	4 666	4 145	4 509	4 282	3 869	4 371	4 673	4 778
bis 1 000 DM 5)	"	.	3 952	3 515	3 799	3 631	3 281	3 769	3 935	3 977
über 1 000 DM 6)	"	.	714	630	710	651	588	602	738	801
* Getötete Personen 7)	"	68	97	77	104	106	62	85	76	100
* Verletzte Personen	"	1 913	2 490	2 404	2 597	2 775	1 846	2 238	2 690	2 806
Schwerverletzte	"	765	868	867	874	994	596	762	1 000	939
Bundespost										
Gewöhnliche Briefsendungen	1 000	27 688	36 110	38 813	36 524	30 577	39 073	39 566	37 090	...
Gewöhnliche Paketsendungen	"	931	1 084	1 120	996	661	1 227	1 154	911	...
Telegramme	"	99	65	74	74	63	62	66	72	...
Postscheckverkehr										
Gutschriften	1 000 DM	469 430	831 772	815 550	915 483	766 851	828 056	833 977	887 831	...
Lastschriften	"	460 840	832 210	818 434	919 694	758 789	825 106	834 923	884 474	...
Postsparkassendienst										
Einzahlungen	"	5 814	10 891	10 456	11 847	9 551	11 619	11 618	10 683	...
Auszahlungen	"	5 296	10 430	10 764	13 178	9 492	11 528	11 251	11 653	...
Rundfunkgenehmigungen										
Tonrundfunk	1 000	181	1 064	1 052	1 053	1 054	1 074	1 076	1 078	...
Fernsehrundfunk	"	78	852	818	821	823	878	883	886	...

1) Nur Bundesbahndirektion Mainz. - 2) Auslastungsgrad der beladenen Schiffe. - 3) 1958 ohne mittelbar entgeltlichen Berufsverkehr (§ 1 Abs. 1 Satz 2 PBefG.). - 4) Ab Januar 1969 einschließlich freigestellter Schülerverkehr. - 5) Bei jedem der Beteiligten. - 6) Bei einem der Beteiligten. - 7) Einschließlich der innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen verstorbenen Personen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Geld und Kredit										
Kreditinstitute 1)										
* Kredite an Nichtbanken 2)	Mill. DM	3 307	13 370	12 396	12 484	12 635	15 041	15 191	15 286	15 531
* Kurzfristige Kredite	"	1 376	3 507	3 243	3 215	3 312	3 835	3 853	3 824	3 956
* an Wirtschaft und Private	"	1 367	3 445	3 173	3 168	3 254	3 743	3 747	3 730	3 853
* an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	9	62	70	47	58	92	106	94	103
* Mittel- und langfristige Kredite 2)	"	1 931	9 863	9 153	9 269	9 323	11 206	11 338	11 462	11 575
* an Wirtschaft und Private 2)	"	1 551	7 507	6 941	7 030	7 089	9 137	9 207	9 315	9 409
* an öffentlich-rechtliche Körperschaften	"	380	2 356	2 212	2 239	2 234	2 069	2 131	2 147	2 166
* Einlagen von Nichtbanken	"	3 282	12 512	11 412	11 601	11 523	13 124	13 500	13 927	13 745
* Sicht- und Termineinlagen	"	1 426	4 107	3 740	3 864	3 746	4 358	4 674	5 038	4 804
* von Wirtschaft und Privaten	"	1 055	3 383	2 992	2 934	2 910	3 598	3 862	4 140	3 921
* von öffentlich-rechtlichen Körperschaften	"	371	724	748	930	836	759	812	898	883
* Spareinlagen	"	1 857	8 405	7 672	7 737	7 777	8 766	8 826	8 889	8 941
* bei Sparkassen	"	1 274	5 496	5 048	5 091	5 112	5 655	5 695	5 723	5 746
* bei Kreditbanken	"	.	981	896	904	908	1 027	1 035	1 047	1 059
* Gutschriften auf Sparkonten 3)	"	105	434	368	375	330	423	427	406	418
* Lastschriften auf Sparkonten	"	78	344	316	310	293	389	367	343	366
Zahlungsschwierigkeiten										
Konkurse	Anzahl	13	12	10	9	10	12	19	16	12
Vergleichsverfahren	"	3	2	3	4	1	1	-	1	2
Wechselproteste 4)	"	2 860	1 969	1 974	2 181	1 971	1 859	1 901	2 030	1 967
"	1 000 DM	2 017	2 772	2 871	2 760	2 519	2 911	3 073	3 928	3 772
Steuern										
* Einnahmen für Rechnung des Landes	1 000 DM	49 700	147 152	87 703	98 557	248 959	237 240	102 862	114 445	245 509
* Vermögensteuer	"	2 443	7 461	1 075	19 082	962	1 475	617	20 153	1 783
* Kraftfahrzeugsteuer	"	5 495	16 625	17 889	17 311	14 635	19 253	19 894	17 563	16 806
* Biersteuer	"	3 176	5 214	4 150	4 150	5 768	4 423	4 855	5 678	6 447
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	35 809	112 710	60 473	53 221	223 330	205 512	72 361	65 204	215 255
* Einnahmen für Rechnung des Bundes	"	115 170	224 120	167 704	178 538	302 480	300 872	255 205	249 883	306 856
* Umsatzsteuer 5)	"	46 123	79 516	70 757	68 863	77 467	92 488	108 827	102 138	110 504
* Umsatzausgleichsteuer 6)	"	6 102	1 766	12 908	15 324	38 024	23 390	48 812	40 975	22 705
* Beförderungsteuer 7)	"	1 582	272	114	106	89	18	25	26	23
* Zölle	"	8 704	8 129	6 740	6 973	10 745	7 230	9 226	14 933	4 855
* Verbrauchsteuern	"	32 345	45 201	40 032	54 827	37 667	59 112	46 838	54 230	44 892
* Tabaksteuer	"	18 677	6 474	2 926	7 316	2 624	7 874	4 678	8 543	3 823
* Mineralölsteuer	"	2 522	6 528	5 852	6 842	6 324	6 962	7 169	7 906	7 489
* Anteil an den Steuern vom Einkommen	"	18 944	66 195	35 516	31 256	131 163	110 661	38 964	35 110	115 906
* Lastenausgleichsabgaben	"	6 486	5 220	1 146	13 034	1 407	1 223	1 428	13 063	967
* Steuern vom Einkommen	"	54 753	178 905	95 989	84 477	354 493	316 173	111 325	100 315	331 161
* Lohnsteuer	"	19 833	79 948	60 153	61 172	66 812	72 061	75 002	79 234	72 837
* Veranlagte Einkommensteuer	"	20 055	62 652	22 740	13 294	159 090	164 597	22 189	13 646	175 305
* Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	"	1 800	7 173	6 503	1 397	57 603	- 101	470	2 724	2 712
* Körperschaftsteuer	"	13 065	29 132	6 593	8 614	70 988	79 616	13 664	4 711	80 307
* Gemeindesteuereinnahmen 8)	"	83 725	196 164	.	.	204 013	192 433	.	.	.
* Realsteuern	"	76 545	181 145	.	.	189 230	174 791	.	.	.
* Grundsteuer A	"	8 599	9 541	.	.	11 910	7 404	.	.	.
* Grundsteuer B	"	15 026	26 468	.	.	30 737	26 489	.	.	.
* Gewerbesteuer nach Ertrag und Kapital	"	49 114	135 495	.	.	137 817	129 897	.	.	.
* Lohnsummensteuer	"	3 806	9 641	.	.	8 766	11 001	.	.	.
* Sonstige Steuern	"	7 180	15 019	.	.	14 783	17 642	.	.	.

1) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats; anstelle von Monatsdurchschnitten Kontenstand am Ende des Jahres. Von Dezember 1968 auf Januar 1969 teilweise statistisch bedingte Zunahme infolge Neugestaltung der Bankenstatistik. - 2) Einschließlich durchlaufender Kredite; ab Januar 1969 einschließlich Landeswohnungsbaufonds der Landesbank und Girozentrale Rheinland-Pfalz. - 3) Einschließlich Zinsen. - 4) Ohne die durch die Post protestierten Wechsel. - 5) Ab 1.1.1968 einschließlich Mehrwertsteuer. - 6) Ab 1.1.1968 einschließlich Einfuhrumsatzsteuer. - 7) Nach bis zum 31.12.1967 geltenden Recht. - 8) Einschließlich Steuern der Kreise: Vierteljahresdurchschnitte bzw. Vierteljahreszahlen.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	April	Mai	Juni	März	April	Mai	Juni	
Löhne und Gehälter ¹⁾										
Arbeiter in der Industrie ²⁾										
Bruttowochenverdienste	DM	96	205	202	.	.	.	225	.	.
* Männliche Arbeiter	"	106	223	219	.	.	.	244	.	.
Facharbeiter	"	113	236	232	.	.	.	258	.	.
Angelernte Arbeiter	"	107	219	216	.	.	.	240	.	.
Hilfsarbeiter	"	87	185	181	.	.	.	203	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	61	139	136	.	.	.	148	.	.
Bruttostundenverdienste	"	2,10	4,63	4,59	.	.	.	5,01	.	.
* Männliche Arbeiter	"	2,28	4,94	4,90	.	.	.	5,33	.	.
Facharbeiter	"	2,44	5,24	5,18	.	.	.	5,65	.	.
Angelernte Arbeiter	"	2,25	4,84	4,83	.	.	.	5,24	.	.
Hilfsarbeiter	"	1,90	4,12	4,06	.	.	.	4,44	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	1,43	3,38	3,22	.	.	.	3,59	.	.
Bezahlte Wochenarbeitszeit	Std.	45,8	44,0	43,9	.	.	.	44,8	.	.
* Männliche Arbeiter	"	46,8	44,8	44,7	.	.	.	45,8	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	42,8	41,1	41,0	.	.	.	41,2	.	.
Geleistete Wochenarbeitszeit	"	42,1	40,4	38,9	.	.	.	39,8	.	.
* Männliche Arbeiter	"	43,1	41,2	39,6	.	.	.	40,7	.	.
* Weibliche Arbeiter	"	39,2	37,3	36,0	.	.	.	36,5	.	.
Angestellte										
Bruttomonatsverdienste	DM	542	1 132	1 112	.	.	.	1 208	.	.
in der Industrie ²⁾	"	495	1 026	1 005	.	.	.	1 091	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	595	1 244	1 214	.	.	.	1 330	.	.
Männliche Angestellte	"	377	781	771	.	.	.	828	.	.
* Weibliche Angestellte	"	648	1 312	1 295	.	.	.	1 406	.	.
* Technische Angestellte	"	665	1 349	1 332	.	.	.	1 446	.	.
Männliche Angestellte	"	452	901	893	.	.	.	971	.	.
Weibliche Angestellte	"	355	777	765	.	.	.	823	.	.
im Handel ³⁾	"	351	773	761	.	.	.	819	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	485	1 013	994	.	.	.	1 067	.	.
Männliche Angestellte	"	279	607	600	.	.	.	646	.	.
Weibliche Angestellte	"	438	962	943	.	.	.	1 027	.	.
in Industrie ²⁾ und Handel ³⁾	"	404	877	860	.	.	.	934	.	.
zusammen	"	536	1 122	1 097	.	.	.	1 193	.	.
* Kaufmännische Angestellte	"	307	669	660	.	.	.	713	.	.
Männliche Angestellte	"	625	1 297	1 278	.	.	.	1 387	.	.
Weibliche Angestellte	"	646	1 335	1 314	.	.	.	1 428	.	.
Technische Angestellte	"	418	882	876	.	.	.	953	.	.
Öffentliche Sozialleistungen										
Soziale Krankenversicherung ⁴⁾										
Mitglieder (einschl. freiwillige)	1 000	1 021	1 069	1 065	1 065	1 065	1 091	1 088	1 090	1 088
Pflichtmitglieder	"	649	649	647	644	641	655	651	650	647
Rentner	"	227	327	325	328	330	340	341	342	343
Krankenstand der Pflichtmitglieder	%	4,5	4,6	4,1	4,0	4,0	5,5	4,9	4,1	4,2
Männer	"	4,6	4,7	4,1	4,1	4,1	5,4	4,8	4,1	4,3
Frauen	"	4,3	4,5	4,1	3,8	3,8	5,7	5,0	4,0	4,1
Soziale Rentenversicherung ⁵⁾										
Rentenempfänger	Anzahl	344 570
Arbeiterrentenversicherung	"	260 463	346 815	342 871	344 755	345 159	354 580	346 108	359 511	358 349
Angestelltenversicherung	"	84 107
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	46 425
Arbeiterrentenversicherung	"	32 663	82 415	80 767	81 631	81 960	90 398	91 426	92 199	92 596
Angestelltenversicherung	"	13 762
Arbeitslosenversicherung und Arbeitslosenhilfe										
Hauptunterstützungsempfänger	Anzahl	38 890	15 574	15 805	11 148	9 602	16 106	6 265	4 373 ^T	3 963
Arbeitslosenversicherung	"	31 577	12 604	11 761	8 048	6 866	13 384	4 552	3 134	2 805
Ausgezahlte Unterstützungen	1 000 DM	8 703	7 562	12 621	8 787	3 630	10 065	3 938	1 682	1 472
Arbeitslosenversicherung	"	7 369	6 510	10 367	7 191	2 822	9 271	3 124	1 305	1 186
Kriegsopferversorgung										
Rentenempfänger	1 000	231	167	.	.	167	165	.	.	164
Ausgezahlte Renten	1 000 DM	18 112	30 053	30 340	30 285	30 344	29 012	28 960	29 300	29 248

1) Ab 1964 neuer Berichtskreis; daher mit früheren Ergebnissen nicht voll vergleichbar; Monatsdurchschnitt 1958 auf neuen Berichtskreis umgerechnet. - 2) Einschließlich Bau. - 3) Handel, Kredit und Versicherungen. - 4) Ohne Ersatzkassen, Betriebskrankenkassen der Bundesbahn und Bundespost, Seekasse und Knappschaftskassen. - 5) Ohne Knappschaftsversicherung.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Bevölkerung und Erwerbstätigkeit										
Bevölkerung insgesamt	1 000	54 292	60 184 ^p	60 024	60 067	60 115
Eheschließungen 1)	Anzahl	41 187	36 977 ^p	34 201	35 581	50 883	28 213	34 839	35 559	52 696
Lebendgeborene 2)	"	75 361	80 705 ^p	85 813	86 166	86 516	74 583	84 439	80 433	80 063
Gestorbene 3)	"	49 784	61 042 ^p	65 770	59 368	57 260	59 007	68 501	61 241	58 662
Geburtenüberschuß	"	25 577	19 663 ^p	20 043	26 798	29 256	15 576	15 938	19 192	21 401
Arbeitslose	1 000	769	324 ^p	460	331	265	374	243	155	123
Männer	"	500	239 ^p	348	232	180	300	182	100	77
Landwirtschaft										
Schweinebestand 4)	"	14 747	18 732	19 285	.	.	.	19 120	.	.
Gesamtschlachtgewicht aus gewerblichen Schlachtungen 5)	1 000 t	186	273	260	282	279	242	285	273	277
Milcherzeugung	"	1 490	1 843	1 975	2 049	2 253	1 649	1 988	2 052	2 223
Industrie und Energiewirtschaft										
Industrie 6)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	8 015	7 900	7 768	7 791	7 813	8 149	8 196	8 220 ^p	8 228 ^p
Geleistete Arbeiterstunden 7)	Mill. Std.	1 139	942	936	931	966	947	993	995 ^p	979 ^p
Umsatz 8) (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	18 166	36 467	34 872	34 665	36 537	36 171	40 939	40 816 ^p	40 649 ^p
Auslandsumsatz	"	2 698	6 660	6 409	6 338	6 629	6 516	7 835	7 799 ^p	7 717 ^p
Index der industriellen Produktion 9)										
Gesamtindustrie	1962=100	75	131	125	131	132	137	143	150	155 ^p
ohne Bauhauptgewerbe	"	76	132	126	131	132	141	145	150	155 ^p
ohne Bauhauptgewerbe und Energieversorgungsbetriebe	"	76	131	125	130	132	139	143	149	154 ^p
Energieversorgungsbetriebe	"	74	153	157	143	140	189	185	171	161 ^p
Bergbau	"	99	93	95	91	92	99	99	97	97 ^p
Verarbeitende Industrie	"	74	133	127	133	134	141	147	153	158 ^p
Grundstoffe und Produktionsgüter	"	71	152	144	152	155	156	162	170	177 ^p
Investitionsgüter	"	73	123	117	121	123	136	142	148	155 ^p
Verbrauchsgüter (ohne Nahrungs- und Genußmittel)	"	76	130	127	131	130	139	146	150	150 ^p
Nahrungs- und Genußmittel	"	81	128	119	128	127	124	125	132	138 ^p
Bauhauptgewerbe	"	72	122	101	133	139	65	97	141	154 ^p
Steinkohlenförderung (brutto)	1 000 t	12 403	9 334	9 865	8 992	9 414	9 422	9 922	9 359	8 759
Braunkohlenförderung (brutto)	"	7 791	8 460	8 059	7 303	8 168	8 492	9 264	8 398	8 369
Produktion von Roheisen	"	1 645	2 526	2 585	2 379	2 572	2 495	2 855	2 640	2 768
Stahlrohblöcke	"	2 143	3 377	3 522	3 183	3 437	3 388	3 876	3 514	3 582
Walzstahlfertigerzeugnissen	"	1 470	2 381	2 430	2 259	2 446	2 449	2 756	2 554	2 536
Stromerzeugung (brutto)	Mill. kWh	8 457	16 994	17 566	15 562 ^p	15 946	18 581	19 939	17 956	...
Gaserzeugung (brutto)	Mill. cbm
Bauwirtschaft und Wohnungswesen										
Bauhauptgewerbe 10)										
Beschäftigte (einschl. tätiger Inh.)	1 000	1 322	1 487	1 436	1 485	1 504	1 402	1 458
Geleistete Arbeitsstunden	Mill. Std.	213	206	177	220	239	106	164
Umsatz (einschl. Umsatzsteuer)	Mill. DM	1 431	3 176	1 976	2 181	2 585	2 177	2 173
Baugenehmigungen:										
Wohnungen	Anzahl	48 466	44 719	49 605	49 871	45 483
Handel										
Umsätze	1962=100	.	138	132	140	137	119	145	148	...
Waren verschiedener Art	"	.	173	159	170	161	131	175	170	...
Nahrungs- und Genußmittel	"	.	137	135	139	141	129	142	147	...
Bekleidung, Wäsche, Sportartikel und Schuhe	"	.	126	115	137	120	87	127	134	...
Waren aus Metall, Kunststoff, Keramik und Holz	"	.	132	116	123	130	106	133	132	...
Elektrotechn., feinmech. u. optische Erzeugnisse	"	.	132	106	109	110	102	120	118	...
Fahrzeuge, Maschinen und Büroeinrichtungen	"	.	118	131	139	137	115	159	162	...
Außenhandel (Spezialhandel)										
Einfuhr	Mill. DM	2 594	6 765	6 634	6 604	6 761	6 858	8 218	8 313	8 097
Ausfuhr	"	3 083	8 296	8 409	7 703	8 062	7 914	9 813	9 624	9 528
Ein- (-) bzw. Ausfuhrüberschuß	"	489	1 531	1 775	1 100	1 301	1 055	1 595	1 311	1 432

1) Nach dem Ereignisort. - 2) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 3) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 4) Anstelle von Monatsdurchschnitten Bestand Anfang Dezember. - 5) Einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 6) Betriebe mit 10 und mehr Beschäftigten; ohne Bauindustrie und ohne öffentliche Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke. - 7) Einschließlich Lehrlingsstunden. - 8) Einschließlich Verbrauchsteuern und Entgelt für Reparaturen, Lohn- und Montagearbeiten, aber ohne Umsatz von Handelswaren. - 9) Von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt. - 10) Nach den Ergebnissen der Totalerhebung hochgerechnet für alle Betriebe; ab März 1969 vorläufige Ergebnisse.

Quelle: Statistisches Bundesamt.

Ausgewählte Bevölkerungs- und Wirtschaftszahlen des Bundesgebietes

Berichtsmerkmal	Einheit	1958	1968				1969			
		Monatsdurchschnitt	März	April	Mai	Februar	März	April	Mai	
Verkehr										
Meßziffern des Güterverkehrs (kalendertäglich)										
Eisenbahn:										
Beförderte Güter	1962=100	95	109	101	103	105
Binnenschifffahrt:										
Beförderte Güter	"	80	136	132	137	145
Seeschifffahrt: Güterumschlag	"	66	135	117	131	139
Meßziffern des Personenverkehrs (kalendertäglich)										
Eisenbahn:										
Beförderte Personen	"	124	83	80	82	78
Straßenbahnen und Obusse:										
Beförderte Personen	"									
Öffentliche Straßenverkehrsmittel	"	...	89	91	86	88	89	88
Geld und Kredit										
Bargeldumlauf 1)	Mill. DM	17 940	32 342	31 022	30 603	31 589
Kreditinstitute 2)										
Kredite an Nichtbanken	"	100 615	360 074	326 135 ^r	327 807	331 462
Kurzfristige Kredite	"	32 530	82 889	74 504 ^r	74 033	74 992
Mittel- und langfristige Kredite	"	68 085	277 185	251 631	253 774	256 470
Einlagen von Nichtbanken	"	82 561	283 017	247 597	250 650	252 553
Sicht- und Termineinlagen	"	46 496	119 135	98 489	100 645	101 562
Spareinlagen	"	36 065	163 882	149 109	150 002	150 990
Index der Aktienkurse	31.12.65=100	48	129,6	121,4	126,7	128,3	137,3	137,6	137,5	143,4
Steuern										
Bundes- und Landessteuern 3)	Mill. DM	3 573	8 799	10 197	6 044	6 683	7 908	12 362	7 668	8 409
Besitz- und Verkehrsteuern	"	1 732	4 745	6 858	2 655	2 906	3 278	7 793	2 991	3 294
Umsatzsteuer (einschl. Ausgleichsteuer)	"	1 080	2 141	1 575	1 698	1 814	2 610	2 642	2 873	3 017
Zölle und Verbrauchsteuern	"	761	1 913	1 764	1 691	1 963	2 020	1 927	1 804	2 098
Preise										
Index der Erzeugerpreise landwirtschaftlicher Produkte 4)	1961/62 bis 1962/63=100	96,6	99,8	98,9	96,8	97,3	106,0	107,9 ^p	107,2 ^p	104,7 ^p
Index der Einkaufspreise landwirtschaftlicher Betriebsmittel 5)	1962/63=100	88,1	105,9	105,2	104,8	102,3	102,9	103,7	103,5 ^r	103,5
Index der Erzeugerpreise industrieller Produkte	1962=100	97,2	99,3	99,5	99,1	98,9	100,1	100,2	100,4	100,6
Preisindex für Wohngebäude 6)	"	75,8	120,8	.	.	119,9	122,6	.	.	125,7
Preisindex für den Straßenbau 7)	"	80,5	96,2	.	.	95,6	96,9	.	.	99,8
Preisindex für die Lebenshaltung 8)	1938=100	183,4	229,9	229,1	229,1	229,3	234,3	234,9	235,6	236,2
"	1958=100	100	125,2	124,8	124,8	124,9	127,6	127,9	128,4	128,7
"	1962=100	92,7	116,1	115,7	115,7	115,8	118,3	118,6	119,0	119,3
Ernährung	"	93,0	110,8	111,0	111,1	111,0	113,2	113,7	114,8	115,5
Getränke und Tabakwaren	"	100,2	111,1	110,7	110,7	110,7	111,4	111,4	111,5	111,5
Wohnung	"	82,0	147,4	143,9	145,0	146,3	157,6	158,4	159,4	160,0
Heizung und Beleuchtung	"	94,6	115,6	116,6	113,3	112,9	117,6	117,4	114,7	114,3
Hausrat	"	97,7	102,6	102,6	102,6	102,5	102,7	102,7	102,7	102,8
Bekleidung	"	93,8	112,1	112,0	112,0	112,0	112,7	112,8	112,9	112,9
Reinigung und Körperpflege	"	91,6	119,9	119,4	119,4	119,5	121,1	121,2	121,3	121,4
Bildung, Unterhaltung und Erholung	"	88,6	125,3	124,7	124,8	125,1	126,9	126,8	127,0	127,3
Verkehr	"	93,2	116,6	116,2	116,2	116,2	116,7	116,7	116,7	116,7
Index der Löhne in der Industrie (einschl. Bau) 9)										
Bruttowochenverdienste										
Männliche Arbeiter	1962=100	72,5	141,6	.	138,9
Weibliche Arbeiter	"	67,8	147,0	.	144,7
Bruttostundenverdienste										
Männliche Arbeiter	"	71,5	146,2	.	143,9
Weibliche Arbeiter	"	66,4	150,3	.	148,1
Bezahlte Wochenarbeitszeit										
Männliche Arbeiter	"	101,6	96,9	.	96,6
Weibliche Arbeiter	"	102,0	97,5	.	97,4

1) Ohne Bestand der Kreditinstitute, einschließlich Münzumsatz; bis Juni 1959 ohne Saarland. - 2) Ohne Zentralbanksystem; jeweiliger Kontenstand am Ende des Monats, anstelle von Monatsdurchschnitt Kontenstand am Ende des Jahres; bis 1959 ohne Saarland. - 3) Bis März 1960 ohne Saarland. - 4) Durchschnittsziffern für das Wirtschaftsjahr; berechnet durch Wägung der Vierteljahresdurchschnittspreise der einzelnen Waren mit den vierteljährlichen Verkaufsmengen der Wirtschaftsjahre 1961/62 bis 1962/63. - 5) Monatsdurchschnitte für das Wirtschaftsjahr (Juli - Juni). - 6) Bauleistungen am Gebäude ohne Baunebenleistungen, bis einschließlich 1962 ohne Saarland. - 7) Bundesfernstraßen (vierbahnig). - 8) Arbeitnehmerhaushalte mittleren Einkommens. - 9) Bis 1959 ohne Saarland und Berlin, ab 1960 ohne Berlin, ab 1964 mit Berlin (West). - 10) Nettopreisindizes (ohne Mehrwertsteuer).

AUSZUG AUS DEN

VERÖFFENTLICHUNGEN DES STATISTISCHEN LANDESAMTES RHEINLAND-PFALZ

Zusammenfassende Veröffentlichungen

Rheinland - Pfalz im Spiegel der Statistik

Statistisches Jahrbuch für Rheinland - Pfalz 1958, 1960, 1962, 1964, 1966, 1968

Statistische Monatshefte Rheinland - Pfalz Jg. 11 ff., 1958 ff.

Gemeindestatistik 1946, 1950, 1958, 1960/61

Bevölkerung und Erwerbstätigkeit

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1, 3, 12, 17, 114	Volkszählung 1946, 1950, 1961
" 34	Bevölkerung der Gemeinden 1815 - 1950
" 81, 91, 97, 136, 170	Bevölkerungsentwicklung 1951 - 1958, 1959, 1960, 1961, 1962, 1963 - 1965
" 9	Natürliche Bevölkerungsbewegung 1946 - 1950
" 117	Haushalte und Familien 1961
" 28, 113	Pendelwanderung 1950, 1961
" 2, 13, 18, 115, 116	Berufszählung 1946, 1950, 1961
Statistische Berichte: 10 Reihen	

Unterricht und Bildung, Rechtspflege

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 1*, 5*, 8, 17*, 26*,	Allgemeinbildende Schulen 1947/48, 1949/50, 1950/51, 1951/52,
" 30*, 32*, 34*, 57, 99, 143	1952/53, 1953/54, 1954/55, 1955/56, 1957/58, 1961/62, 1964/65
" 6*, 23*, 29*, 31*, 40, 99,	Berufsbildende Schulen 1949/50, 1951/52, 1952/53, 1953/54, 1954/55,
" 143	1956/57, 1961/62, 1964/65
Statistische Berichte: 4 Reihen	

Wahlen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 4, 29, 53, 94, 152	Bundestagswahl 1949, 1953, 1957, 1961, 1965
" „, 11, 38, 69, 130, 171	Landtagswahl 1947, 1951, 1955, 1959, 1963, 1967
" „, 24, 46, 87, 142	Kommunalwahlen 1948, 1952, 1956, 1960, 1964
" 39	Wahlen zum Landtag und Bundestag 1947 - 1955
Statistische Berichte: 3 Reihen (Mitteilungen des Landeswahlleiters)	

Landwirtschaft

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 16, 26	Landwirtschaftliche Betriebszählung 1949 und Schleppererhebung 1950
" 119, 120, 121, 141	Betriebsverhältnisse in der Land- und Forstwirtschaft im Jahre 1960
" 28*, 122	Gartenbauerhebung 1950, 1961
" 27	Struktur der Landwirtschaft 1949 - 1952
" 78	Produktions- und Absatzverhältnisse des Weinbaus 1957
" 33*, 44*, 162	Arbeitskräfte der Landwirtschaft 1953 und 1954, 1956, 1964/65
" 36, 42, 37*, 43*, 58, 70,	Bodennutzung und Ernte 1949 - 1953, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958,
" 82, 92, 100, 129, 138, 148, 156, 169, 182	1959, 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 75	Wein- und Gartenbau 1958
" 60	Gemüseanbau und Gemüseernte 1950 - 1957
" 18*,	Obstbaumzählung 1951
" 61, 165	Obstanbau und Obsternte 1950 - 1957, 1965
" 55, 167	Weinbau 1950 - 1957, 1964
" 45, 54, 64, 74, 83, 93,	Viehwirtschaft 1949 - 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960, 1961, 1962,
" 104, 133, 140, 149, 159, 168, 185	1963, 1964, 1965, 1966, 1967
Statistische Berichte: 19 Reihen	

Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 5	Industrie 1936, 1944, 1946 und 1947
" 89, 103, 132, 139, 150, 160, 175, 184	Industrie 1950 - 1960, 1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 6	Index der industriellen Produktion 1948 - 1950

*) Hefte der Kleinen Schriftenreihe des Statistischen Landesamtes Rheinland - Pfalz, die im Rahmen der Reihe Statistik von Rheinland - Pfalz aufgeführt wurden.

noch: Industrie und Handwerk, Handel, Verkehr

Band 15, 20, 123	Arbeitsstättenzählung 1950, 1961
" 7, 62, 164	Handwerkszählung 1949, 1956, 1963
" 124	Großhandel, Handelsvermittlung und Einzelhandel 1960
" 125	Gaststätten- und Beherbergungsgewerbe 1960
" 126	Gewerblicher und Werkverkehr der gewerblichen Wirtschaft 1962
" 44, 181	Verkehrsstruktur 1950 - 1955, 1956 - 1965
" 77	Gemeindestraßen 1956
" 128, 173	Straßennetz am 1. Januar 1961, 1966
" 155	Wasserversorgung und Abwasserbeseitigung 1963

Statistische Berichte: 15 Reihen

Bau- und Wohnungswesen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 14, 19, 56, 118	Wohnungszählung 1950, 1956, 1961
" 35, 51, 67, 76, 85, 98,	Bautätigkeit 1950 - 1952, 1953 - 1955, 1956 - 1957, 1958, 1959, 1960,
" 107, 134, 144, 151, 161, 176, 187	1961, 1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967
" 158, 174, 183	Bauhauptgewerbe 1950 - 1965, 1966, 1967

Statistische Berichte: 6 Reihen

Geld und Kredit

Statistische Berichte: 2 Reihen

Öffentliche Sozialleistungen

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 23, 43	Öffentliche Fürsorge 1949 - 1950, 1951 - 1954
" 71, 84, 90, 96, 106,	Öffentliche Fürsorge und Jugendhilfe 1955 - 1957, 1958, 1959, 1960, 1961,
" 127, 145, 153, 166, 180, 189	1962, 1963, 1964, 1965, 1966, 1967

Öffentliche Finanzen

Taschenbuch der Finanz- und Steuerstatistik für Rheinland - Pfalz Jg. 1 ff., 1953 ff.

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 10	Steuerkraft der Finanzamtsbezirke 1936, 1947 - 1950
" 80	Steuerkraft der kreisfreien Städte und Landkreise 1958
" 102	Öffentliche Finanzen 1951 - 1960
" 25	Finanzen der Gemeinden und Gemeindeverbände 1948 (DM-Abschnitt), 1949 und 1950
" 59	Umlagen der Landkreise, der Ämter und des Bezirksverbandes 1953 - 1957
" 86	Lohn-, Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1957
" 30, 66, 135, 179	Lohnsteuerstatistik 1950, 1955, 1961, 1965
" 31, 49, 146, 188	Einkommen- und Körperschaftsteuerstatistik 1950, 1954, 1961, 1965
" 68, 79, 131, 154, 186	Vermögensteuer- und Einheitswertstatistik 1953, 1957, 1960, 1963, 1966
" 32, 41, 48, 50, 65, 72,	Umsatzsteuerstatistik 1950, 1954, 1955, 1956, 1957, 1958, 1959, 1960,
" 88, 95, 105, 137, 157, 178	1961, 1962, 1964, 1966
" 101	Gewerbsteuer 1958

Statistische Berichte: 4 Reihen

Preise, Löhne und Gehälter

Statistik von Rheinland - Pfalz

Band 21*	Lohnstrukturerhebungen in der Landwirtschaft, im Weinbau und in der Forstwirtschaft 1949/50
" 33, 147	Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen 1951/53, 1962
" 73	Gehalts- und Lohnstrukturerhebung in Industrie und Handel 1957

Statistische Berichte: 7 Reihen

Sozialprodukt, Wirtschaftsrechnungen

Band 45*, 177	Sozialprodukt 1950 - 1955, 1950 - 1966
" 47	Einkommen und Verbrauch von privaten Haushaltungen 1950 - 1955

Verzeichnisse

Amtliches Gemeindeverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1950, 1955, 1957, 1962, 1967
Behördenverzeichnis für Rheinland - Pfalz 1952, 1957
Anstalten und Heime in Rheinland - Pfalz 1950, 1951, 1952, 1960, 1963, 1966
Messen und Märkte in Rheinland - Pfalz 1949 ff.